Bedarfsanmeldung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – Seite 31

4,00 €
Juni
21. Jahrgang

6|23

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:
Patricia Alberth
Christian Höppner
Joybrato Mukherjee
Barbara Schneider-Kempf
Jörg Stüdemann
und viele andere

Lesekompetenz
Die IGLU-Studie zeigt desaströse Ergebnisse bei der Lesekompetenz: Deutschland braucht ab sofort eine stärkere Leseförderung. Seite 3

Auswärtige Kulturpolitik
Wie ist es um die dritte Säule der Außenpolitik bestellt? Bundestagsabgeordnete und Mittlerorganisationen zur aktuellen Lage. Seiten 6 bis 11

Europäisches Kino
Vom Publikumspreis zu den Oscars? Der LUX-Preis soll zu einem Qualitätssiegel für europäische Filmproduktionen werden. Seite 13

Architektur & Afrika
Heute Zukunft gestalten: Die Architekturbiennale in Venedig zeigt, dass die Zukunftslabore im Bereich Bauen in Afrika liegen. Seite 28

Vorgaukeln

Der Deutsche Bundestag hat Anfang Mai einen ersten Bürgerrat zum Thema »Ernährung im Wandel« eingesetzt. 160 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, aus einer Gruppe von 20.000, die von der Bundestagspräsidentin eine Einladung erhalten, sollen ein Bürgergutachten erarbeiten und damit konkrete Handlungsempfehlungen an die Politik adressieren, die dann der Deutsche Bundestag im parlamentarischen Prozess einbinden will. Noch zwei weitere Bürgerräte sollen in dieser Legislaturperiode folgen.

Das, was auf den ersten Blick nach mehr Demokratie aussieht, ist in Wirklichkeit ein Frontalangriff auf die organisierte Zivilgesellschaft. Auch der Deutsche Kulturrat und die vielen anderen Verbände des Kultur-, Sozial-, Umwelt- und Sportbereiches sind davon betroffen. Bislang wurden für die externe Beratung des Deutschen Bundestages und auch der Bundesministerien neben Wissenschaftlern Verbände eingeladen, die nach dem Repräsentanzprinzip funktionieren. Interessen werden gebündelt und abgestimmt und dann der Politik als Vorschläge vorgelegt.

Das Grundgesetz schützt in Artikel 9 explizit die Vereinigungsfreiheit. Darauf folgt zum Beispiel in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien sogar eine geschäftsordnungsrechtliche Pflicht zur Beteiligung von Verbänden bei Gesetzgebungsvorhaben, wenn deren Belange berührt werden. Der Deutsche Bundestag sagt richtigerweise, dass die Vertretung gesellschaftlicher Interessen gegenüber Politik und Öffentlichkeit zu den Wesensmerkmalen einer Demokratie gehört.

Interessenvertretung durch Verbände muss, davon bin ich fest überzeugt, transparent geschehen. Deswegen hat der Deutsche Kulturrat immer die Einrichtung einer öffentlich einsehbaren Liste über die beim Deutschen Bundestag registrierten Verbände, das sogenannte Lobbyregister, unterstützt und hat sich selbstverständlich auch eingetragen.

Die jetzt in Gründung befindlichen Bürgerräte werden wahrscheinlich keinen nachhaltigen Einfluss im Politikbetrieb entfalten können. Sie sind ausgeloste Einzelpersonen, die den Politikprofis im Parlament und den Ministerien in vielen Fällen nicht gewachsen sein werden. Wirkungsvolle Interessenvertretung verlangt professionelles Arbeiten auf Augenhöhe mit den Regierungs- und Parlamentsvertretern.

Die Demokratie ist ein hohes Gut. Wahlrecht, Repräsentanzprinzip, Gewaltenteilung, Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft sind einige Grundlagen für ein gutes Funktionieren. Die neuen Bürgerräte dagegen gaukeln mehr Demokratie nur vor.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: PICTURE ALLIANCE / WESTEND61 | GABY WOJCIECH

Abschied von der Rasenfläche

Welchen Beitrag leistet Stadtgrün für den Klimaschutz im 21. Jahrhundert?

NATASCHA MEUSER

Steineiche, Blumenesche, Johanniskraut, Ährenveronika, Erdbeerbaum und Ginster: Mitten im Mailänder Zentrum, unweit des Bahnhofs Porta Garibaldi, sind in den vergangenen Jahren mehr als 800 Bäume und Tausende weitere Pflanzen in die Höhe gewachsen – an der Fassade und auf den Terrassen und Balkonen zweier Hochhäuser. Bosco Verticale, auf Deutsch »Vertikaler Wald«, heißt der spektakuläre Komplex aus dem Jahr 2014; entworfen hat ihn ein Architektenteam um den Italiener Stefano Boeri. Allein die Bepflanzung dauerte mehr als ein Jahr. Zuvor hatten Experten den Entwurf in einem Windkanal getestet, um sicherzustellen, dass das Grün auch stärkeren Böen standhalten kann. Die Türme, 116 und 84 Meter hoch, prägen nun nicht nur die Silhouette des neu entwickelten Stadtteils Porta Nuova. Ausgezeichnet mit dem Internationalen Hochhauspreis sind sie das vermutlich bekannteste Beispiel für den Trend zur vertikalen Begrünung.

Die Idee dahinter: Architektur selbst zum Träger und Nährboden von Pflanzen zu machen – zum Vorteil der Bewohner und der Natur. Begrünung kann die Luftqualität verbessern, die Staubbelastung verringern und als natürlicher Schalldämpfer wirken, sie spendet aber auch Schatten und lässt die Temperatur sinken. Wo Dachflächen zu Gärten werden, entstehen außerdem neue Erholungsräume für Menschen und Biotope für Insekten und Vögel.

Trotz dieser unzweifelhaften Vorteile stellt sich die Frage, wie viel eine Begrünung dieser Art am Ende für den Umwelt- und Klimaschutz tatsächlich bewirken kann – und was der richtige Ansatz für Stadtgrün im 21. Jahrhundert ist.

Zu oft ist Grün in zweifachem Sinne reine Fassade: »Greenwashing« hilft Maklern, ihre Bauten im Immobilienmarkt zu positionieren und Architekten, ihren Kunden neue Fassadenlösungen zu verkaufen – ohne dass der tatsächliche Nutzen klar wäre. Die Pflanzen des Bosco Verticale in Mailand etwa binden laut Stefano Boeri jährlich 30 Tonnen Kohlendioxid. So eindrucksvoll das klingen mag: Schon ein Economy-Flug von Frankfurt nach New York verursacht einen ökologischen Fußabdruck einer Tonne CO2. Ernüchternd sind in diesem Zusammenhang auch die Studienergebnisse von Martin Thiele, Absolvent der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde: »Bei einer realistischen Begrünung von zehn Prozent aller potenziellen Flächen und Standorte würden die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 2009 um eineinhalb Prozent reduziert werden«, hielt er bereits 2015 fest. Die Ergebnisse legen nahe, dass das Klimaschutzpotenzial von Begrünungen in einem dicht bebauten Wohnquartier unter realistischen Entwicklungsbedingungen nur einen geringen Beitrag zur Minderung von Treibhausgasen leisten kann.

Pflanzen an Gebäuden verursachen zudem erhebliche Kosten, für die am Ende die Nutzer aufkommen müssen. In einer Zeit, in der Mieten und Energiepreise stark steigen, wird es schwierig sein, dafür breite Akzeptanz zu gewinnen. Das Mailänder Projekt bezeichnete das Wirtschaftsmagazin Brandeins denn auch als »Edelforst für Besserverdienende«. Begrünungen an Bauteilen erfordern nicht nur aus ästhetischen Gründen kontinuierliche Pflege, sondern schon allein deshalb, weil die Pflanzen ansonsten die konstruktiven Träger beschädigen könnten. Kletterpflanzen wie Efeu besitzen die Kraft, aus Haarrissen in der Fassade einsturzgefährdende Fugen zu bilden. Obwohl Begrünungen in einigen Fällen zur Verbesserung der Wärmedämmung beitragen, besteht darüber hinaus die Gefahr, dass Feuchtigkeit in die Gebäudehülle eindringt. Nicht zuletzt: Die Bereitstellung einer geeigneten Bewässerungsinfrastruktur kann den Wasserverbrauch sogar erhöhen.

Große Rasenflächen könnten zukünftig sowohl volkswirtschaftlich als auch politisch nicht mehr vertretbar sein

Stadtgrün im 21. Jahrhundert

Pflanzen einfach überall dort anzubringen, wo es technisch möglich und schön anzusehen ist, wird also kaum einen entscheidenden Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Wenn wir bessere Lösungen finden möchten, müssen wir analysieren, wie sich unser kulturelles Verständnis von Stadtgrün verändert hat und welche Herausforderungen der Klimawandel mit sich bringt. Ein Beispiel: Große Rasenflächen, die eine intensive Bewässerung erfordern, könnten zukünftig aufgrund der heißen Sommer und langen Trockenzeiten sowohl volkswirtschaftlich als auch politisch nicht mehr vertretbar sein. Es ist erforderlich, sie durch andere Formen von städtischem Grün zu ersetzen. Für Landschaftsplaner mag die Debatte nicht neu sein. Aber Kommunalpolitiker, die bei städtischen Grünanlagen vor einem Dilemma stehen, müssen entscheiden zwischen Unterhaltskosten und Nutzerfreundlichkeit der öffentlichen Anlagen. Der Abschied von der urbanen Rasenfläche wird schmerzhaft, aber wohl unvermeidlich sein.

Stadtgrün im 21. Jahrhundert muss anders gedacht werden als noch zu barocken Zeiten, als Gartenarchitekten bei der Bändigung der Natur elitäre Paradiesgärten für wenige gestalteten. Es muss massentauglich und intensiv nutzbar sein. Das erfordert eine großmaßstäbliche Planung. Kaltluftschneisen, Stadtparks und urbane Wasserläufe galten in Zeiten der Industrialisierung als Antwort auf die zunehmende Belastung der Umwelt. Bis heute tragen diese gründerzeitlichen Beiträge zur Stadthygiene in vielen deutschen Großstädten dazu bei, dass das Klima im Sommer erträglich bleibt. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass sich längst nicht mehr nur Umweltschützer, sondern auch Stadtplaner und Architekten für den Schutz dieser Freiräume einsetzen.

So war es dem Berliner Senat nach der Wende in den 1990er Jahren ein besonderes Anliegen, die

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 6/2023
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Vorgaukeln
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Stadtgrün und Klimaschutz im 21. Jahrhundert: Abschied von der Rasenfläche
Natascha Meuser 01

SEITE 2

Kulturmensch Joe Chialo 02

AKTUELLES

IGLU-Studie mit desaströsen Ergebnissen zur Lesekompetenz: Jetzt klotzen statt kleckern bei der Leseförderung
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

»Das Kulturleben verändert sich, auch die Kulturpolitik muss sich verändern«
Jörg Stüdemann im Gespräch 04

Der hessische »Masterplan Kultur«: Kulturpolitik für alle
Angela Dorn im Gespräch 05

Aktuelle Vorhaben der Bundesregierung und Reformvorschläge: Zur Zukunft der Auswärtigen Kultur- & Bildungspolitik
Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen, Michael Müller, Monika Grütters, Erhard Grundl, Thomas Hacker, Matthias Moosdorf und Sevim Dağdelen, geben Auskunft 06–07

Das Fundament der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik: Vertrauen
Johannes Ebert 08

»Sicherheit entsteht auch durch internationalen akademischen Austausch und Kooperation«
Joybrato Mukherjee im Gespräch 09

Mit internationalen Studierenden die Fachkräftelücke verkleinern: Potenzial für eine Erfolgsgeschichte
Sven Werkmeister 10

Eltern und Kinder müssen auf die langfristige Orientierung Deutscher Auslandsschulen vertrauen können: Schulbildung basiert auf Verlässlichkeit
Thilo Klingebiel 11

Das Miteinander von Lehrkräften und Schülern: Gute Lehrer, schlechte Lehrer, fehlende Lehrer
Regine Möbius 12

Ethnologische Museen als Wissensinstitutionen und ihr (post-)koloniales Erbe: Im Dienst der Wissenschaft
Maxim Peters 12

EUROPA

Der LUX-Preis 2023: Vom Publikumspreis zu den Oscars?
Sabine Verheyen 13

»Wir wollen Künstlerinnen und Künstlern mehr Vertragsmacht geben«
Niklas Nienaß im Gespräch 14

KULTURELLES LEBEN

Nachruf auf Peter Lilienthal: Ein Jahrhundertwerk, teilweise unverfilmt
Johannes Kagerer 15

Claussens Kulturkanzel: Die veränderte Rolle des Laizismus in Frankreich – Rassistisches Propaganda-Tool?!
Johann Hinrich Claussen 15

Personen & Rezensionen 16

GARTENKULTUR

Gartenkultur ist ein fester Bestandteil der Kultur- und Naturgeschichte: Vom Garten Eden zum Urban Gardening
Olaf Zimmermann 17

Historische Ableitungen aktueller Phänomene: Gartenkultur?
Stefan Schweizer 18

Zu den Bildern 18

Garten als Politikum: Zerstückelt und zerstört
Clemens Alexander Wimmer 19

Garten, Genossenschaft, Gemeinwesen: »Wir bau(t)en eine neue Stadt«
Ralf Bei der Kellen 20

Experimentierfeld für aktuelle Fragestellungen
Fünf Fragen zur Gartenschau 20

Einblick in ausgewählte Künstlergärten: Inspirationsorte
Karin Wiedemann 21

Grüne Literatur
Drei Fragen zur Deutschen Gartenbaubibliothek 21

Gärten in Transformation & sozial-ökologischem Wandel: Ein Garten der Vielen
Michaela Fenske im Gespräch 22

»Im Garten gestalten wir Natur und drücken uns gleichzeitig aus«
Fünf Fragen zum Garten der Zukunft 22

Urban Gardening: Grüner Freiraum in der Stadt
Robert Shaw im Gespräch 23

Garten auf dem Balkon: Pflanzt Vielfalt!
Drei Fragen an Birgit Schattling 24

Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft: Kulturelles Phänomen – Schrebergärten
Caterina Paetzelt 24

Der heimische Garten als Lebensraum: Insektensommer
Laura Breitkreuz 25

»Der Klimawandel zwingt zu Anpassungen«
Barbara Schneider-Kempf im Gespräch 25

Der Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau: Natürliche Verjüngung gegen den Klimawandel
Cord Panning im Gespräch 26

»Durch die Jahrhunderte wechselte die Funktion der Gärten«
Vier Fragen zu den Staatlichen Schlössern und Gärten Baden-Württemberg 27

Der Garten in der persischen Kultur: Paradiesgarten?
Jochen Wiede 27

INTERNATIONALES

Das Bauen von morgen in Afrika: Architekturlabore der Zukunft
Philipp Meuser 28

Gemeinsamkeiten entdecken: Migration der Kulturen
Klaus-Dieter Lehmann 29

MEDIEN

Die Zeitenwende im ÖRR: Was wäre, wenn …?
Christian Höppner 30

Bundesländer kritisieren höhere Bedarfsanmeldungen des ÖRR: Die KEF-Empfehlung ist für den Rundfunkbeitrag entscheidend
Helmut Hartung 31

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 32

Lawrows Träume 32

DER AUSBLICK

7/8 2023

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Juli 2023.
Im Fokus steht das Thema »Krisen- & Katastrophenschutz von Kulturgut«.

Fortsetzung von Seite 1

traditionellen Kaltluftschneisen in der dicht bebauten Innenstadt zu erhalten. Ein prominentes Beispiel ist der Bereich zwischen dem Bahnhof Südkreuz und dem Spreebogen. Andere Großstädte wie Bremen, Köln und Frankfurt wiederum profitieren noch heute von den Grüngürteln, die nach dem Abriss der Wallanlagen entstanden sind. In Frankfurt stellt sich derzeit die Frage, wie die grüne Lunge der Innenstadt weiterentwickelt werden kann. Der Frankfurter Zoo lässt derzeit von Dan Pearlman einen Masterplan erarbeiten, in dem auch die Frage geklärt wird, inwieweit die Grünflächen mit Tropenhallen überbaut werden können und Teile des alten Baumbestands gefällt werden müssen. Der Architekt ist bekannt dafür, weltweit Zooanlagen zu planen und Fauna und Flora zusammenzudenken. Man muss in diesem Fall abwägen, was Priorität besitzt: ein exotisches Tier auszustellen oder einen mitteleuropäischen Baum zu erhalten.

FOTO: DOMPUBLISHERS

Fauna und Flora als Bildungsauftrag

Es ist wichtig, dass wir uns darüber im Klaren sind, dass unsere städtischen Landschaften anpassungsfähig sein müssen, um den Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen. Wir sollten uns auf die Entwicklung und Umsetzung von städtischen Grünflächen konzentrieren, die weniger Wasser benötigen und widerstandsfähiger gegen Hitze und Trockenheit sind. Dabei sollten wir auch die Vorteile der biologischen Vielfalt berücksichtigen und städtische Ökosysteme schaffen, die Insekten und Tieren einen Lebensraum bieten. Das Thema Stadtgrün darf nicht bei Straßenbaum und Stadtteilpark enden. Erst ein breites Bewusstsein dafür, dass der Verzicht auf versiegelte Flächen zu einem besseren Mikroklima führt, kann spürbare Veränderungen bewirken. Das reicht von der Wildblumenwiese, die vom Grünflächenamt bewusst als solche gepflegt wird, bis hin zu Medienkampagnen.

Längst gehört es zum guten Ton, dass große Konzerne und Medienanstalten sich mit dem Thema Stadtgrün auseinandersetzen. Kürzlich hat die Wochenzeitung Die Zeit eine umfangreiche Initiative mit dem vielversprechenden Titel »1 m² Grün« ins Leben gerufen. Über mehrere Monate hinweg hat die Redaktion gemeinsam mit einem Expertenteam aus Architekten, Raumplanern, Naturschützern und Wissenschaftlern daran gearbeitet, eine Auswahl einheimischer blühender Pflanzen zusammenzustellen, die dann einer Ausgabe beigelegt wurde. Die Leser sollen in den kommenden Monaten einen beliebigen Quadratmeter bepflanzen und die Veränderungen beobachten. Eine moderne und aufgeklärte Gesellschaft muss ein Bewusstsein für die biologische Vielfalt unseres Planeten entwickeln – warum sollte dieser Prozess nicht auf Balkonen beginnen? Die Einsichten, die wir aus der Beschäftigung mit der Natur im Kleinen beziehen, wecken den Ehrgeiz für das Schaffen von mehr Grünflächen und Gärten, auch und besonders in den Städten.

Unsere städtischen Landschaften müssen anpassungsfähig sein, um den Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen

Welchen Einfluss die Zeitungsredakteure und ihr wissenschaftliches Team auf das Stadtgrün im Sommer 2023 haben, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Noch wichtiger ist jedoch ein anderer Aspekt: Es geht um die Verbreitung und praktische Anwendung einer Idee, die bereits seit den 1970er Jahren von Ökologen diskutiert wird: Bildung muss im jungen Alter beginnen, und Vermittlung von Wissen über die Natur sollte dabei einen besonders hohen Stellenwert erhalten. Am besten schon im Kindergarten.

Natascha Meuser ist Architektin in Berlin und berät die Wochenzeitung Die Zeit zum Thema Stadtgrün

Kulturmensch Joe Chialo

FOTO: HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Joe Chialo ist seit Ende April der neue Berliner Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Berlins. Der aus einer tansanischen Diplomatenfamilie stammende Politiker ist 1970 in Bonn geboren und wuchs in einem rheinisch-katholischen Umfeld auf. Nach seinem am Kölner Salesianer-Internat abgelegten Abitur machte er eine handwerkliche Ausbildung zum CNC-Fräser und studierte dann für einige Semester Geschichte, Politik und Wirtschaftliche Staatswissenschaften in Erlangen. Chialo entschied sich schließlich, eine Karriere als Sänger bei der fränkischen Funk-Metall-Band »Blue Manner Haze« anzustreben, und brach daraufhin sein Studium zugunsten eines Plattenvertrags bei Sony Music ab. So kam er in die Musikbranche und später zum Musikmanagement, für das er sich bis heute auf verschiedenste Weise einsetzt. So gründete er 2009 sein eigenes Label »Airforce1 Music Group«. 2018 folgte ein weiteres Musiklabel, »Afroforce1«, gemeinsam mit Universal zur Förderung afrikanischer Musik. Zudem engagiert sich Joe Chialo für mehr kreative und ökonomische Zusammenarbeit mit Afrika: Als sogenannter Executive Vice President A&R Universal Music Central Europe & Africa für Universal Music kümmert er sich seit 2020 um die Förderung von aus dem afrikanischen Kulturraum stammenden Künstlerinnen und Künstlern durch die Akquisition, Förderung und Vermarktung in Deutschland und Europa. Neben seiner Tätigkeit im Musikbereich engagiert sich Chialo seit Langem politisch. Nach einer Station als Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen in den 1990er Jahren trat er 2016 der CDU bei. Sein politisches Engagement für die Kultur umfasst unter anderem seinen Einsatz für die Kultur- und Kreativwirtschaft und die Förderung junger Nachwuchstalente. Als Mitglied der Initiative Hauptstadt Berlin steht er für eine tolerante und kreative Identität der Stadt. Politik & Kultur gratuliert vielmals zu Joe Chialos Wahl zum Kultursenator – und freut sich auf die Zusammenarbeit!

Jetzt klotzen statt kleckern bei der Leseförderung

IGLU-Studie mit desaströsen Ergebnissen zur Lesekompetenz erschienen

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

Mitte Mai 2023 wurden die Ergebnisse der IGLU-Studie 2021 veröffentlicht, und das Ergebnis für Deutschland ist geradezu desaströs. Ein Viertel aller Viertklässler kann nicht oder nur unzureichend lesen und hat ein nur mangelhaftes Textverständnis. Eigentlich hätte ein Sturm der Entrüstung entbrennen müssen.

Die jetzt veröffentlichte IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) erlaubt erstmals einen Rückblick auf 20 Jahre, denn im Jahr 2001 wurde erstmals die Lesekompetenz von Viertklässlern international vergleichend untersucht. Die Ergebnisse für die deutschen Schülerinnen und Schüler sind ernüchternd. Von dem genannten Viertel an Grundschülern, die schlecht bis sehr schlecht lesen können, haben 6,4 Prozent beim Lesen nur ein rudimentäres Textverständnis. Der Wert ist in den letzten 20 Jahren von 3,0 Prozent (2001) über 5,5 Prozent (2016) auf die bereits genannten 6,4 Prozent angestiegen. Oder anders gesagt: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, der so wie gut gar nicht lesen bzw. einen Text nicht verstehen kann, hat sich verdoppelt. Wenn diese Schülerinnen und Schüler nicht in der Sekundarstufe, also den Klassen 5 bis 10, einen immensen Sprung im Leseverständnis machen, werden sie weder in Mathematik, in den Fremdsprachen, in den Naturwissenschaften oder Politik, Geschichte oder Erdkunde folgen können. Sie werden als Erwachsene ihren Mietvertrag, ihren Arbeitsvertrag, komplexe Gebrauchsanweisungen, ganz zu schweigen von komplizierteren Texten nicht lesen können. Ganz abgesehen davon, dass ihnen das Lesen von Literatur kaum möglich sein wird, werden sie von der schriftlichen Meinungsbildung ausgeschlossen sein. Das hat Auswirkungen auf die unabhängige Meinungsbildung, die in einer Demokratie unabdingbar ist. Diese Schülerinnen und Schüler werden, wenn sich ihre Lesekompetenz nicht grundlegend verbessert, ebenfalls auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben. Die Tätigkeiten in der Berufswelt werden in allen Berufen immer komplexer, Lesen ist die grundlegende Kompetenz zum Verstehen und zur Teilhabe an einer Gesellschaft.

Aber auch die 19 Prozent, deren Lesefähigkeit sich darin erschöpft, explizit angegebene Informationen zu verstehen und auf lokaler Ebene verknüpfen zu können, drohen zu den »Abgehängten« des Bildungssystems zu werden. Ihre Lesefähigkeit ist nicht ausreichend, um den Anforderungen der modernen Welt, auch nicht der Arbeitswelt gerecht zu werden. Überdies ist der Anteil dieser Gruppe von 14 Prozent im Jahr 2001 über 13,4 Prozent (2016) auf die genannten 19 Prozent angewachsen.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die sehr gut lesen können, also »unter Bezug auf Textpassagen beziehungsweise den Gesamttext Informationen ordnen und Aussagen selbstständig interpretierend oder kombinierend begründen«, ist von 8,6 Prozent im Jahr 2001 über 11,1 Prozent (2016) auf 8,3 Prozent gesunken. Hier war also mal ein deutlicher Aufwärtstrend zu beobachten, der allerdings einen Rückfall erfuhr.

Die im Zuge der Coronapandemie verfügten Schulschließungen können einen Einfluss auf die Verschlechterung gehabt haben. Allerdings ist bei der untersuchten Stichprobe zu berücksichtigen, dass es sich um Schülerinnen und Schüler handelt, die im Jahr 2021 in der vierten Klasse waren, also 2018 eingeschult wurden. Erste Grundlagen für den Schrifterwerb und das Leseverständnis wurden also vor der Pandemie und den Schulschließungen gelegt.

Werden die mangelnden Lesekompetenzen analysiert, erweist sich wiederum einmal mehr, dass eine erhebliche soziale Segregation besteht. Kinder aus Familien in schwierigen sozialen Verhältnissen mit wenig Einkommen gehören sehr viel häufiger zu denen mit geringer Lesekompetenz als Kinder aus einkommensstarken Familien. Die Autorinnen und Autoren der neuen IGLU-Studie schreiben: »Ein weiteres wesentliches Fazit ist: In den 20 Jahren seit der Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten IGLU-Studie hat sich im Hinblick auf die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland praktisch nichts verändert. Die Befunde von IGLU 2021 zeigen, dass die sozialen Disparitäten in Deutschland stark ausgeprägt sind … die migrationsbezogenen Disparitäten in Deutschland im internationalen Vergleich sogar stärker ausgeprägt sind. Die Befunde anderer Teilnehmerstaaten und -regionen mit positiveren Ergebnissen, wie beispielsweise Dänemark oder Italien, machen deutlich, dass diese Zusammenhänge mit der familiären Herkunft kein unausweichlicher Automatismus sind.«

Die Autorinnen und Autoren der IGLU-Studie stellen der Bildungspolitik ein schlechtes Zeugnis aus. Sie schreiben: »Nach dem PISA Schock formulierte die KMK 2001 Ziele für die Weiterentwicklung der Bildung in Deutschland. Die in diesem Bericht vorgelegten Ergebnisse, die die Entwicklung der letzten 20 Jahre bilanzieren, zeigen in einiger Klarheit: Die Ziele wurden an vielen Stellen verfehlt.« Ein schlechteres Zeugnis für Bildungspolitik und -verwaltung kann kaum ausgestellt werden. Konkret werden in der IGLU-Studie folgende Vorschläge zur Verbesserung des Lesenlernens gemacht:

- Die Quantität des Lesens in der Grundschule muss zunehmen.
- Die Binnendifferenzierung muss verbessert werden, um den jeweiligen Schülergruppen gerecht zu werden. Gleichfalls sollte Ganztagsunterricht mit entsprechend qualifizierten Fachkräften genutzt werden, um insbesondere Schülerinnen und Schüler mit geringer Lesekompetenz zu unterstützen.
- Die individuelle Diagnostik der Lesekompetenz muss mit gezielter Förderung verknüpft werden.
- Die Aus- und Weiterbildung der Grundschullehrkräfte in der Sprach- und Leseförderung muss verbessert werden. Hierzu zählt auch die systematische, zielführende Nutzung digitaler Medien im Unterricht.
- Die Frühförderung in den Kindertagesstätten muss insbesondere mit Blick auf den Spracherwerb verbessert werden.
- Die Sprachförderung auch in der Grundschule muss systematisiert und verbessert werden.

Die Umsetzung dieser richtigen und wichtigen Ziele wird, so ist der bildungspolitische Erfahrungswert, allerdings Zeit beanspruchen. Es wird daher erforderlich sein, direkt und unmittelbar zu handeln.
Dabei brauchen wir keine bundesländerspezifische Auswertung. Es ist mit Blick auf Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe an der Gesellschaft und die Gewinnung von Arbeitskräften vollkommen unerheblich, ob die Schülerinnen und Schüler in Sachsen, Thüringen oder Bayern um ein paar Prozentpunkte besser sind als die in Bremen oder Berlin, um die »klassischen Gewinner- und Verliererländer« von Bildungsstudien zu benennen. Niemand wird von Bremen nach Sachsen ziehen, nur weil dort die Schulen tatsächlich oder vermeintlich besser sind. Schulabsolventinnen und -absolventen aus Berlin werden aber vielleicht in Bayern eine Ausbildung oder ein Studium beginnen und dann an den dort geltenden Standards gemessen.

In den kommenden Jahrzehnten wird Deutschland einen erheblichen Fachkräftemangel haben. Bereits jetzt werden erhebliche Anstrengungen unternommen, Fachkräfte aus sogenannten Mangelberufen, z. B. in der Pflege, im Ausland anzuwerben. Wenn alle Betrachtungen außer Acht gelassen werden, welch einen persönlichen Verlust mangelnde Lesekompetenzen für den Einzelnen bedeuten und welche Einschränkungen an der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und letztlich der Demokratie damit verbunden sind, ist es ökonomisch verantwortungslos, wenn hingenommen wird, dass ein Viertel aller Viertklässler über unzureichende Lesekompetenzen verfügt.

Was ist unserer Ansicht nach jetzt zu tun?

1. **Bundesprogramm Leseförderung**
   Der Bund sollte ein ausreichend ausgestattetes Bundesprogramm Leseförderung auflegen und dabei auf eine Kooperation mit den Ländern verzichten. Das Programm sollte außerunterrichtlich in den Schulen durch kompetente Organisationen, gerne auch zivilgesellschaftliche Partner, umgesetzt werden. Dieses Programm sollte insbesondere die Grundschulen in den Blick nehmen, denn es steht zu befürchten, dass die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler, die im Jahr 2020 eingeschult wurden und lange Phasen des Lockdowns gerade in der ersten Phase des Leseerwerbs erfahren haben, in wenigen Jahren noch verheerender sein werden als in der aktuellen IGLU-Studie.
2. **Jungenspezifische Leseangebote**
   Eine Zielgruppe sollte dabei besonders in den Blick genommen werden: die Jungen. Wieder einmal erweist sich in der IGLU-Studie, dass Mädchen im Durchschnitt besser abschneiden als Jungen. Sie können besser lesen und sind leseinteressierter. Jungenspezifische Leseangebote sind daher sehr wichtig, um deren Chancen zu verbessern.

Mit den Bibliotheken, der Stiftung Lesen und anderen gibt es kompetente Akteure, mit denen eine Leseoffensive umgesetzt werden kann. Jetzt gilt es zu klotzen und nicht zu kleckern, um Kindern Bildungschancen und damit die Teilhabe an Demokratie und Gesellschaft zu ermöglichen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Mein kulturpolitisches Pflichtenheft — Olaf Zimmermann

Jetzt bestellen:

Mein kulturpolitisches Pflichtenheft

Olaf Zimmermann, der langjährige Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, legt sein ganz persönliches kulturpolitisches Pflichtenheft vor, in dem er zeigt, welche Themen unter welchen Rahmenbedingungen die Arbeit auf der Kulturbaustelle heute bestimmen, oder bestimmen sollten. Die Themenbereiche sind: Werte, Kunst, Medien, Handel, Bildung, Religion, Erinnerung, Digitales, Natur und Nachhaltigkeit.

216 Seiten · 19,80 Euro · ISBN 978-3-947308-38-5

Jetzt bestellen:
www.kulturrat-shop.de

»Das Kulturleben verändert sich, auch die Kulturpolitik muss sich verändern«

Jörg Stüdemann im Gespräch

Stark in der Vokalmusik, innovativ in digitaler Kunst und Kultur, vielfältig im Bereich Urban Culture … – Dortmund steht für mehr als Fußballkultur. Jörg Stüdemann, Stadtdirektor, Kämmerer und Kulturdezernent, zeigt im Gespräch mit Theresa Brüheim, was die Stadt am Rande des Ruhrgebiets ausmacht – und wie man große kulturpolitische Herausforderungen – Stichwort Strukturwandel – erfolgreich bewältigt.

Theresa Brüheim: Herr Stüdemann, welche kulturpolitischen Themen stehen in Dortmund hoch oben auf Ihrer Agenda für dieses Jahr?
Jörg Stüdemann: 2020 haben wir ein Vokalmusikzentrum für Vokal- und Chormusik eröffnet. Dieses Jahr können wir dieses Objekt – es sind rund 3.000 Quadratmeter – erstmalig ganzjährig bespielen. Das ist ein großes Thema. Außerdem veranstalten wir gemeinsam mit den Communities seit zehn Jahren das Roma-Kulturfestival »Djelem Djelem«. Im August und September steht die Jubiläumsausgabe an – mit Open-Air-Veranstaltungen, Ausstellungen, Kunstaktionen, einem Symposium über die Rolle der Frauen sowohl in der Perspektive Diskriminierung und Vernichtung als auch bzgl. Emanzipation und Veränderung in und aus den Roma-Communities heraus. Gerade hat das Frauenfilmfestival stattgefunden, im November folgen die türkischen Filmtage.

Baulich beschäftigen wir uns im Moment intensiv mit dem Bau eines Kinder- und Jugendtheaters mit Kinderoper sowie mit der Sanierung oder dem Neubau des Schauspielhauses.

Zeitnah werden wir noch ein Produktionslabor für digitale Kunsterzeugungen einweihen – in doppelter Hinsicht. Zu einem ist die Akademie für Theater und Digitalität in den Hafen umgezogen und nimmt dort auf knapp 3.000 Quadratmetern ihren Betrieb auf. Zum anderen haben wir am Dortmunder U zusätzlich für die Bereiche Bildkunst und Ton noch ein digitales Koproduktionslabor mit Unterstützung des Landes ins Leben rufen können. Es fungiert als Workstation für Künstlerinnen und Künstler, soll aber auch für Studierende einsetzbar sein.

Dortmund versteht sich als Kulturstadt. Was unterscheidet die Dortmunder Kulturszene von anderen in Deutschland? Und wie ist sie aktuell nach der Pandemie und in der Energiekrise aufgestellt?
Unser Markenzeichen ist die Beschäftigung mit digitalen Künsten und digitaler Kultur. Das hängt damit zusammen, dass wir hier einen Ausbildungsschwerpunkt in Informatik haben. Mehrere Tausend Menschen an der Technischen Universität und der Fachhochschule studieren Informatik und artverwandte Studienrichtungen in Dortmund. Zudem ist der Fachbereich Design an der Fachhochschule sehr digital ausgerichtet. Es ist ein permanenter Zufluss von jungen Leuten, die bestens ausgebildet sind, in die hiesige Kulturszene zu verzeichnen. Sei es als Teil von Start-up-Unternehmen, als Ingenieurinnen, Künstler und Art-Designerinnen. Das ist eine sehr markante Profilbildung für Dortmund.

Zudem sind wir eine Stadt, die seit Jahrzehnten divers ist. Ein Drittel der Bevölkerung ist zugewandert bzw. zugewanderter Herkunft, bedingt durch die Industriearbeit und die damit einhergehende Arbeitsmigration. In den letzten Jahren kamen zudem sehr viele Menschen aus Südosteuropa und dem arabischen Raum sowie Afrika. Insgesamt leben in Dortmund rund 200.000 Menschen, die ein- und zugewandert sind – von der ersten bis zur vierten Generation. Das prägt natürlich die Kulturszene unserer Stadt. Sei es das Dietrich-Keuning-Haus als städtische Einrichtung, sei es das »Haus der Vielfalt« als Institution vom Verband der Migranten-Selbstorganisation, dem VMDO, sei es eine Reihe von Festivals, die in diesem Bereich angesiedelt sind. Wir sind erklärtermaßen bunt und bleiben bunt – egal, was über Dortmund gesagt oder geschrieben wird.

Einen weiteren Punkt, den ich für sehr markant halte, ist das Engagement im Bereich der Vokalmusik. Wir sind eine chorstarke Stadt, obwohl der klassische Männerchor und andere verschwunden sind. Nachgewachsen sind andere Projekte, auch initiiert von jungen Leuten, z. B. im Gospelbereich oder auch Barbershop-Musik sowie in der Experimental- und neuen Klassikmusik. Dortmund hat gut 300 Chöre und zwei große Akademien – die Chorakademie Dortmund und die Neue Gesangsakademie NRW. Dieser Schwerpunkt der Vokal- und Chormusik ist ein weiteres Dortmunder Markenzeichen geworden – auch mit dem KLANGVOKAL Musikfestival und dem Opernstudio im Opernhaus. Das sind die Unterscheidungsmerkmale, die uns in unserer Stadtagglomeration von anderen deutlich abheben.

Und wie sieht die Kulturszene nach Corona aus? Hoffentlich bleibt es so und das Publikum kommt weiter zurück. Selbst im freien Theaterbereich erholen sich die Besuchszahlen. Insgesamt merkt man, dass sich die Stimmung wieder aufhellt. Wir haben das Vor-Corona-Niveau noch nicht in allen Kulturbereichen wieder erreicht, aber doch annähernd. Das beruhigt.

Dortmund ist eine stark vom Strukturwandel betroffene Stadt. Wie wirkt sich das bis heute auf die Kulturlandschaft aus? Wie gehen Sie auch mit dem industriekulturellen Erbe um?
Die Auseinandersetzung mit dem eigenen industriellen Erbe, der Industriegeschichte, der Industriekultur ist ein ständiger Gesprächsgegenstand. Einmal natürlich aufgrund der architektonischen Gesamtperformance als Stadt: Was bleibt, was soll gehen, was soll an unsere eigene schwerindustrielle Geschichte erinnern und in welcher Form? Dann durch die Umnutzung von Räumlichkeiten, zuletzt auf dem Phoenix West-Gelände: In der ehemaligen Gasgebläsehalle für die Hochöfen eines Stahlwerks wird nun die immersive Kunstausstellung von Phoenix des Lumières gezeigt, eine große Illuminations- und Bebilderungsschau französischer Herkunft.

Wir haben hier das Fritz-Hüser-Institut für Arbeiterliteratur, das sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Literatur beschäftigt – von christlicher Literatur zu Beginn der Industriearbeit bis zur sozialistischen Literatur. Wir haben auch ein großes Arbeitergesangsarchiv, und es werden Nachlassenschaften der Vagabundenkultur aus der bildenden Kunst und der Amateurkunstbewegungen repräsentiert. Es zeigt sich die Situation von Frauen und der Frauenbewegung aus der frühen Industriezeit bis zu den 1960er Jahren. Wir haben industriegeschichtliche Museen in industriekulturell umgenutzten Objekten, wir archivieren und präsentieren unsere Industriegeschichte.

Durch den Strukturwandel hat sich zunehmend auch eine Tendenz zur Digitalisierung und digitalen Kunstproduktion ausgeprägt – begonnen in den früheren 1990er Jahren mit dem Hartware MedienKunstVerein und der Fachhochschule in der Pionierrolle. Mittlerweile ist das so breit aufgestellt, dass wir Teile des Industriehafens zum sogenannten Digitalhafen umgestalten. Dort befinden sich die besagte Theaterakademie und Labor- und Infrastrukturangebote für Start-up-Unternehmen, perspektivisch dann auch das Dortmunder Systemhaus, weitere Medienhäuser etc. Das baut sich gerade auf. In zehn Jahren wird dieses Gebiet mit Gastronomie und Aufenthaltsquartieren nicht mehr wiederzuerkennen sein. Wir leben Industriegeschichte mit Stolz und Freude. Und die Partizipation am Kulturgeschehen in der Breite hat deutlich zugenommen sowie Formen der Jugend- und Subkultur.

Einer der überregional bekanntesten Kulturorte in der Stadt ist das Dortmunder U. Welche Bedeutung hat es für die Kultur in der Stadt und auch für die Stadtgesellschaft?
Es gab zwei Signalinitiativen, die den Strukturwandel und den technologischen sowie sozialen Wandel begleitet haben. Die erste war 2002 die Eröffnung des Konzerthauses im Innenstadtbereich – damals mit der Ambition, ein Stadtquartier kulturell zum Musikcenter umzugestalten. Das Konzerthaus macht eine exzellente Arbeit, ist auch unter europäischen Konzerthäusern außerordentlich geschätzt. Aber im Umfeld haben wir antizyklisch Initiativen von Investoren von außerhalb erleben müssen, die ganze Areale aufgekauft haben, um dann eine Downsizing-Politik zu initiieren. Das heißt, man hat aus Spekulationsgründen gegen die ursprüngliche Intention der Stadtentwicklung und Stadtplanung gearbeitet. Das war ein großes Ärgernis. Und es hat dazu geführt, dass die Stadt Dortmund, als der Erwerb des Dortmunder U, eines alten Brauereihochhauses, anstand, gleich die angrenzenden Quartiere mit erworben hat. Das waren damals Brachflächen, zum Teil arrondierende Gebäudekomplexe. Insofern ist das Dortmunder U der zweite große Signalpunkt.

Heute sind vor und neben dem U Berufsschulen und Bürogebäude entstanden. Der Kunstverein ist dort hingezogen. Auch Künstlerinnen und Künstler haben sich am U angesiedelt. Wir haben mit dem Freizeitzentrum West (FZW) eine Konzerthalle, ungefähr 300 Meter vom U entfernt. Jetzt entsteht noch eine Mehrfachsporthalle von Wettkampfqualität mit 3.000 Sitzplätzen. Es gibt zahlreiche Studierendenwohnungen. Es ist ein kompletter Stadtumbau in dem Areal angestoßen wurden mit dem Ergebnis, dass durch diese Initialzündung der Leerstand in einem Gebiet von 150 Hektar deutlich zurückgegangen ist. Früher waren dort 8 bis 9 Prozent Leerstand mit ramponiertem Wohnraum und verwüstetem Gelände. Heute sind wir bei 1,5 Prozent Leerstand. Entsprechend haben sich die Straßenzüge komplett geändert: Gastronomiebetriebe, Studios, Galerien etc. haben sich angesiedelt. Uns ist ein kompletter Stadtumbau, der auch immer noch läuft, auf diesem Gelände geglückt – eine wesentlich breitere Transformation, als das beim Umfeld des Konzerthauses möglich war. Insofern ist das U ein ganz wichtiger Orientierungspunkt. Das Gebäude ist auch eine Landmarke, die von der gesamten Innenstadt aus sichtbar ist. Auf dem Dach sind große LED-Paneele angebracht: Die »Fliegenden Bilder« Bilder von Adolf Winkelmann überstrahlen die Stadt. Das U selbst ist heute ein multifunktionales Kunst- und Kreativzentrum mit einem Museum für die Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts, mit dem Hartware MedienKunstVerein, mit einer eigenen Sonderausstellungsetage, einer hochfrequentierten kulturellen Bildungsetage, U2 genannt, mit Sektoren der Fachhochschule, die dort digitale Bildproduktion als Ausbildungsgegenstand haben. Auf der anderen Seite residiert die Technische Universität mit ihrem »Campus Stadt« und zeigt Ausstellungen z. B. von Kunststudierenden oder zu Raumplanungsprojekten. Unten im Gebäude gibt es ein Kino, vor der Haustür sitzt im Nachbargebäude das european centre for creative economy – ecce, also die Kreativwirtschaftsförderung. Das U wurde bewusst als Mix zwischen Kunst, Bildung und Wissenschaftsprojekten angelegt – mit der Intention, eine Anlaufadresse für kreativwirtschaftliche Akteurinnen und Akteure zu sein. Insgesamt funktioniert das gut. Wir haben reichlich Frequenz in dieser Einrichtung. Es wächst und gedeiht.

Ein weiteres wichtiges Thema für Sie in Dortmund ist Urban Culture. Was verstehen Sie genau darunter und wieso ist das von Bedeutung?
Die Stadtgesellschaft setzt sich permanent neu zusammen, konfiguriert sich neu und auch ihre kulturellen Vorlieben orientieren sich neu. Der Teil, der mit Begeisterung und Traditionsbewusstsein bürgerliche Kultureinrichtungen nutzt, bleibt einigermaßen stabil. Daneben gibt es viele kulturelle und künstlerische Prozesse, die andere kulturkonsumierende und -produzierende Schichten repräsentieren. Dazu zählen alltagsnahe ästhetische Ausdrucksformen und musiknahe Ausdruckssphären. Das verstehen wir als urbane Kulturen. Es beinhaltet Urban Art, also Murals, Graffitikulturen, Stadtgestaltung in manchmal anarchisch wilder Aneignung. Hier organisieren wir als Stadt auch immer mehr mit: Wir vernetzen uns mit Akteurinnen und Akteuren aus der Sprayer- und Mural-Szene und ebenso mit den Galerien, die in diesem Bereich aktiv sind.

Hinzu kommen alle Bereiche, die mit Fashion in Berührung stehen, sprich Selbstausdruck als Person mit Mode, Performancekultur und Körperveränderungen. Es gehört der gesamte Bereich Hip-Hop und Rap dazu. Werfen Sie nur einen Blick auf den Musikmarkt, dann sehen Sie, welche Bedeutung die musikalischen Genres Hip-Hop oder Rap bei jüngeren Menschen haben. Skaten gehört eben-falls dazu.

Und Comic selbstverständlich auch: Wir haben vor einigen Jahren einen Schauraum für Comics und Cartoons ins Leben gerufen, in dem regelmäßige Ausstellungen gezeigt werden und Events stattfinden. Das wollen wir noch stärker ausformen.

All diese Aspekte sind kulturelle Leistungen und Ausdruckssphären, die selten in Museen verhandelt werden. Allenfalls sind sie auf dem Konzertpodium zu erleben. Aber als Gesamtinszenierung finden sie kaum Berücksichtigung. Manchmal werden sie naserümpfend übergangen, je nachdem, wo man in der eigenen Interessenlage oder Wahrnehmungskultur steht. Wir haben uns vorgenommen, Urban Art stärker zu präsentieren, da sie mit dem Ruhrgebiet sehr verwoben ist. Wir wollen für den Sommer des nächsten Jahres ein Festival ins Leben rufen, bei dem wir mit den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren dieser Szenen zusammen Urban Culture kuratieren und inszenieren. In der Erwartung, dass das eine Menge Spaß bereitet, aber auch Interesse auslöst beim Publikum. Das Kulturleben verändert sich, folglich muss sich auch die Kulturpolitik klug verändern. Wir erhoffen uns eine Belebung der Stadtsituation und einen höheren Identifikationsgrad mit der eigenen Stadt jenseits des Fußballs. Ziel ist es, dass die jungen Leute, die hier ihre Ausbildung machen, langfristig bleiben. Früher ist man beispielsweise nach einem Design- oder Architekturstudium in Dortmund sehr schnell in andere Metropolregionen Deutschlands weitergezogen. Mittlerweile ist die Verweildauer nach der Ausbildung in Dortmund wesentlich gestiegen – auch in den kreativen Berufen.

Mit Formaten rund um Urban Culture hoffen wir, das Interesse an der Stadt in Summe zu steigern, aber auch weitere Möglichkeiten zu schaffen, um sich hier betätigen und aktiv einzubringen zu können.

Zum Abschluss: Was ist Ihr liebster Kulturort in Dortmund? Haben Sie einen Kulturtipp?
Das Dortmunder U und das Konzerthaus würde ich nicht verpassen wollen. Außerdem empfehle ich, unbedingt zum Hafen zu gehen und den Speicher 100 oder die Theaterakademie, die im Sommer eröffnet wird, anzuschauen. Dort wird deutlich, dass Stadtveränderung vorstellbar und durchhaltbar ist. Ich persönlich halte mich beruflich bedingt dauernd in Häusern auf. Den Ausgleich suche ich in der Gartenkultur. Gern bin ich im Rombergpark, einem großen botanischen Garten von 70 Hektar Fläche. Der ist zauberhaft und lohnt immer.

Vielen Dank.

Jörg Stüdemann ist Stadtdirektor, Stadtkämmerer und Dezernent für Finanzen, Liegenschaften und Kultur in Dortmund. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

MEHR IM NETZ

Jörg Stüdemann und Theresa Brüheim haben weiter über Fußballkultur, aktuelle Krisen in der Stadt und die Gleichzeitigkeit verschiedener politischer Rollen gesprochen. Unter politikkultur.de lesen Sie das gesamte, ungekürzte Gespräch: politikkultur.de/inland/kulturpolitik-dortmund/

KULTUR IN DORTMUND

Einwohnerzahl: 609.546 (2022)
Dezernent für Kultur & Stadtkämmerer: Jörg Stüdemann
Kulturbudget 2023: 100 Mio. Euro (10% Investitionskosten in Gebäude)
Beschäftigte: 1.070 Beschäftige in Theater, Konzerthaus und Kulturbetrieben

DEUTSCHLANDS ZEHN GRÖSSTE STÄDTE

Seit der Ausgabe 2/23 geht Politik & Kultur auf Kulturreise durch Deutschlands zehn größte Städte – und fragt bei den Kulturdezernentinnen und Kulturdezernenten nach, welche Themen sie auf ihre Agenda setzen und wo ihre Stadt nach der Pandemie steht: bit.ly/40kkaYC

Kulturpolitik für alle

Die hessische Kulturministerin Angela Dorn im Gespräch

Im ersten Quartal dieses Jahres hat das hessische Kabinett den sogenannten »Masterplan Kultur« beschlossen. Dabei handelt es sich um einen Kulturentwicklungsplan, der in einem Beteiligungsprozess entstanden ist. Dieser soll die Leitplanken für eine zeitgemäße Kulturpolitik setzen – wie diese genau aussehen soll, hat Sandra Winzer bei der hessischen Kulturministerin Angela Dorn erfragt.

Sandra Winzer: Das Hessische Kabinett hat den »Masterplan Kultur« beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Worum geht es?
Angela Dorn: Wir haben diesen Masterplan in einem umfassenden Beteiligungsprozess mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aus der Kultur erarbeitet. Unser Ziel: Perspektiven schaffen für eine Kulturpolitik für alle und Handlungsempfehlungen für eine Kulturpolitik der nächsten Jahre. Wie können wir es schaffen, dass breite gesellschaftliche Schichten an Kunst und Kultur teilnehmen können? Der Austausch mit allen »Kultur-Beteiligten« war dabei immens wichtig. Der »Masterplan Kultur« ist der erste, der nach der Coronapandemie Empfehlungen auf die Fragen gibt: Wie können wir uns krisenresilienter in der wunderbaren Vielfalt der Kultur aufstellen?

Es gab eine breite Beteiligung: 18 Fachworkshops, 330 Expertinnen und Experten aus Kultur und Gesellschaft, drei Regionalforen in Nord-, Süd- und Mittelhessen, rund 170 Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern in der Online-Beteiligung. Warum war dieser umfassende Prozess notwendig?
Wir haben einen großen Schatz in Hessen, das ist die Vielfalt der Kultur. Die wollen wir stärken. Sie erstreckt sich von einem kleinen Verein für Orchester- und Blasmusik im ländlichen Raum bis hin zum Frankfurter Städelmuseum und großen Staatstheatern. Von Film bis hin zur Musik. Das zeichnet unser Bundesland aus. Deswegen war uns die breite Vorbereitung wichtig. Von der professionellen Struktur staatlicher Einrichtungen hin zu kleineren oder ehrenamtlichen Strukturen wollen wir alle erreichen, auch alle Regionen in Hessen. Ländlichere Regionen müssen häufig mit weniger Mitteln arbeiten, sollen Kultur aber genauso genießen dürfen.

Zwischenzeitlich ist eine Pandemie durch die Gesellschaft und die Kulturlandschaft getobt. Welche Probleme und Chancen haben sich in dieser Zeit geboten?
Wir haben gemerkt: Das, was Kultur ausmacht, ist der Kontakt, und genau das hat sie so verletzlich gemacht. Kontakt war plötzlich gefährlich. Wir mussten Hilfspakete schnüren für eine neue Situation, Kultureinrichtungen ohne Besucherinnen und Besucher, und dafür sorgen, dass diese Hilfe tatsächlich ankommt. Wir hatten drei Coronapakete. Mit jedem weiteren Paket haben wir dazugelernt.

Ein Beispiel ist die Frage der Beratung durch Verbände. In der Pandemie hatten wir prinzipiell nicht zu wenige Mittel zur Verfügung. Problematischer war für Kreative der Überblick, zu sehen: Wo gibt es die richtige Hilfe für mich? Dafür haben wir eine Verbändeberatung aufgesetzt, die wir im Masterplan fortgesetzt haben. Es ist wichtig, solche Strukturen zu professionalisieren und dadurch auch resilienter zu machen.

Ein anderes Beispiel: Wir mussten in Coronazeiten kreativ agieren. Ich hatte viele schlaflose Nächte, weil wir uns von einem auf den anderen Tag überlegen mussten, wie man Kultureinrichtungen, in die kein Publikum kommen durfte, unterstützen kann. Im Nachhinein erscheint alles logisch. Auf die richtigen Ansätze aber erst einmal zu kommen, war ein Kraftakt. Mittlerweile gibt es eine Förderrichtlinie, mit der Menschen im Kulturbereich mit deutlich weniger Bürokratie Förderanträge stellen können und Kulturschaffende somit leichter an Fördermittel rankommen.

FOTO: LANDKULTURPERLEN/LIONS CLUB HERBORN

»LandKulturPerlen« in Hessen: Der Lions Club Herborn organisierte ein KinderKulturEck auf dem Marktplatz

Und wir haben auch gemerkt, dass die Frage der Absicherung von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern ein Problem ist. Es ging darum, Hilfsprogramme so zu schnüren, dass sie Künstlerinnen und Künstler sozial gegen solche Krisen absichern. Aber wir haben auch gesehen, dass manche Themen bundesweit angegangen werden müssen, wie etwa die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern. Es ist wichtig, die Künstlersozialkasse (KSK) so zu reformieren, dass sie für ein breites Spektrum an Künstlerinnen und Künstlern auch tragfähig ist.

Die »Perlen in den ländlichen Räumen«, von denen Sie sprechen, sind ein Schwerpunkt in Ihrem Masterplan. Es geht um die Frage: Wie bringt man Kulturangebote dorthin, wo es noch nicht viele Museen oder Theater gibt? Welche Möglichkeiten sehen Sie, die ländliche Kultur in Hessen stark zu machen?
Ein Programm, das wir haben, sind die »LandKulturPerlen«, die wir jetzt in ganz Hessen nutzen. Es wäre fatal, zu denken, dass wir die Kultur aus den urbanen Regionen in den ländlichen Raum exportieren müssten. Das Gegenteil ist der Fall; wir haben tolle Kultureinrichtungen und -schaffende im ländlichen Raum. Ich war gerade in Alsfeld und habe dort das Museum besucht. Es gibt Perlen und kulturelle Begegnungsorte im ländlichen Raum. Wir helfen den Orten, indem wir z. B. kleine Bibliotheken, Initiativen und einzelne Kulturschaffende mit Mikrofördermitteln professionalisieren und vernetzen. Was neu ist, war die Frage: Wie können wir Kultur als wichtigen Anker dazu nutzen, auch die Innenstädte wieder zu beleben? Wie können wir sie in leere Schaufenster bringen für neue Begegnungszentren? Die Grenzen verfließen, das ist auch gut so. Deshalb wollen wir in einem Pilotprojekt gemeinsam mit den Kommunen beispielhaft »Dritte Orte« entwickeln, Orte also, die z. B. Kunst und Kultur mit kommunalen Dienstleistungen oder Einzelhandel an einem Ort bündeln.

Seit 2018 haben Sie sich immer wieder mit Menschen aus der Kulturszene zusammengesetzt, darunter auch Musikerinnen, Kinobetreibende und Schauspielverbände. Welche Aussagen aus diesen Gesprächen waren für Sie für den Masterplan ausschlaggebend?
Es waren keine einzelnen Aussagen, aber es gab spannende Debatten zwischen den Kulturschaffenden zum Verhältnis von freien Trägern und staatlichen Einrichtungen. Gerade in der Pandemie gab es hier einen Gap, die soziale Absicherung betreffend. Ich fand es schön zu sehen, dass in dieser Konkurrenzsituation die Kooperation und die Frage, wie man sich gegenseitig unterstützen kann, wichtiger waren. Mich hat tief bewegt zu erleben, wie sich Kulturschaffende in einer existenzbedrohenden Situation gegenseitig unterstützt und konstruktive Kraft nach vorn gerichtet haben. Bei der Frage, wie wir Stück für Stück Kultur für alle Wirklichkeit werden lassen können, überschreiten wir Institutionsgrenzen und es finden sich neue Partnerinnen und Partner. So etwas gelingt nur, wenn man sich auf Augenhöhe begegnet und sich gegenseitig zuhört.

Im Masterplan kommt der Kulturförderung von Kindern eine besondere Rolle zu. Er soll sie für Kultur begeistern, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Dabei spielen Schulen und Kindergärten auch eine Rolle. Inwiefern?
Tatsächlich ist das ein großes Thema. Nicht nur bezogen auf die frühkindliche Bildung, sondern in Bezug auf alle Altersstufen. Am Ende geht es darum, dass niemand Schwellen zu Kultureinrichtungen als abschreckend wahrnimmt. Wir haben noch immer die Problematik, dass z. B. Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien deutlich höhere Hürden empfinden und seltener in ein Museum gehen. Diese Hürden wollen wir abbauen. Kulturelle Bildung ist maßgeblich für die Persönlichkeitsentwicklung; es geht um einen ganzheitlichen Bildungsanspruch und darum, die Welt aus unterschiedlichen Perspektiven wahrnehmen zu können. Zum einen wollen wir die kulturellen Institutionen und Landeseinrichtungen selbst in ihrer Bildung stärken. Zum anderen muss es um die Frage gehen, wie wir die Schnittstelle zwischen Schule und Kultur verbessern können. Wir wollen ein Institut für kulturelle Bildung voranbringen, wo Wissenschaft, Schulen und Kultureinrichtungen vernetzt sind. Und ein Portal, das Projekte darstellt, sodass Vereine, Schulen und Kindergärten sagen können: »Ich buche mir meine/n Künstler/in vor Ort in die Schule hinein.« Denn häufig erleben wir, dass hier einfach die Kontakte fehlen. Das wollen wir vereinfachen.

Mehr Kultur für Kinder, mehr Kultur im ländlichen Raum – es geht Ihnen um eine Kulturpolitik für alle. Was bedeutet in diesem Zusammenhang für Sie eigentlich »Kultur«?
Das ist eine spannende Frage. Denn tatsächlich habe ich einen sehr breiten Kulturbegriff. Kultur fängt an bei dem ehrenamtlichen Engagement eines Chores, der sich in einem kleinen Dorf gründet, und geht bis hin zu einem Staatstheater. Von den freien Trägern der Soziokultur bis hin zur exzellenten Kunsthochschule. Das Großartige an Kultur ist, dass es keinen Richter gibt, der wertet, wie hochwertig Kultur ist oder sein muss, um als solche zu gelten; Kultur lebt davon, dass sie vielfältig ist. Sie lebt davon, dass sie auch bahnbrechend und provozierend sein darf. Nur aus dieser innovativen Breite heraus findet jeder Mensch etwas, das ihm gefällt; die Geschmäcker sind ja, Gott sei Dank, unterschiedlich. Kultur darf auf der Straße stattfinden, in der freien Natur, aber auch in wunderbaren kulturellen Einrichtungen. Damit sind die Grenzen fließend, und das ist auch gut so.

Durch den Masterplan sind 7 Millionen Euro bis 2024 zusätzlich für den Kultursektor in Hessen veranschlagt. Wie wollen Sie dieses Geld verteilen?
Der Masterplan soll nicht nur ein Papier, sondern ein Handlungsauftrag sein, mit dem wir arbeiten und miteinander ringen können. Deshalb haben wir eine Vision gesetzt mit Handlungsempfehlungen und dann haben wir uns die Arbeit gemacht, zu fragen, welche Maßnahmen notwendig sind, damit die Ideen wirklich umgesetzt werden können. Aus diesen Maßnahmenvorschlägen gibt es bereits die ersten, die wir nun mit den zusätzlichen Mitteln finanzieren – dafür sind die 7 Millionen, die zum vorhandenen Kulturetat kommen. Dabei sind Digitalisierungsprojekte, Projekte zur kulturellen Bildung, die »Leerstandsbörse« für neue Begegnungen und neue Kulturgüter.

Kritik zum Masterplan gab es aus der Opposition; die SPD sah Ihre Vorstellung als Wahlkampfmanöver zu Beginn eines Wahljahres und forderte mehr konkrete Ansagen. Außerdem wurde die Stärkung von Bibliotheken angesprochen. Was sagen Sie den Kritikerinnen und Kritikern?
Die Forderung nach mehr klaren Ansagen hat mich damals irritiert zurückgelassen, ich habe wenig Belege für nicht konkret Formuliertes in unserem Masterplan gefunden. Wenn man sich die Masterpläne Kultur, die bundesweit entstanden sind, anschaut, gehören wir in Hessen definitiv zu jenen, die sehr konkrete Lösungsansätze beschreiben. Ich lasse mir gern Stellen zeigen, wo das nicht so ist.

Bibliotheken sind im Masterplan sehr wohl ein Thema, auch Musikschulen werden besprochen. Wir wollen einen Pakt mit den Musikschulen schnüren, um zu schauen, wie wir gemeinsam besser werden können. Für Bibliotheken haben wir ein großes Förderprogramm für die Digitalisierung aufgesetzt. Zunächst sind beides aber kommunale Aufgaben.

Der Vorwurf des Wahlkampfmanövers ergibt keinen Sinn. Die Vorarbeiten für den Masterplan haben schon in der vergangenen Wahlperiode begonnen; wir hatten einen mehrjährigen Beteiligungsprozess. Dabei hatten wir die Schwierigkeit, dass wir in der Pandemie alles nur digital absolvieren konnten. Um das auszugleichen, haben wir Geld in die Hand genommen, um die Beteiligungsphase noch einmal zu vertiefen. Das fand auch Zuspruch bei den Kulturschaffenden. Durch die Pandemie hat sich also der Prozess etwas verzögert.

Der 50 Seiten schwere Katalog soll die Kultur in Hessen in den nächsten zehn Jahren begleiten. Halten Sie das für realistisch?
Wir haben den Masterplan absichtlich so geschrieben, dass er Handlungsempfehlungen für die kommenden zehn Jahre realistisch trägt. Er ist kompakt genug, um kommenden Regierungen ausreichend Gestaltungsspielraum zu lassen. Trotzdem vereint er Empfehlungen aus dem Kulturbereich, die in den wichtigsten Feldern die bestmögliche Weiterentwicklung möglich machen. Ich möchte natürlich, dass der Masterplan in kommenden Koalitionsverhandlungen für das Programm für die Kultur herangezogen wird. Ich glaube, er ist in solch vielfältigen Bereichen ein Schatz, der Priorisierungen aufzeigt und deutlich macht, was als Nächstes angegangen werden kann.

Vielen Dank.

Angela Dorn ist Ministerin für Wissenschaft und Kunst in Hessen. Sandra Winzer ist ARD-Journalistin beim Hessischen Rundfunk

FOKUS

Zur Zukunft der AKBP

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen zu aktuellen Vorhaben der Bundesregierung und eigenen Reformvorschlägen

FOTO: BUNDESTAG

Michael Müller

FOTO: CHRISTOF RIEKEN

Monika Grütters

FOTO: ERHARD GRUNDL

Erhard Grundl

SPD

MICHAEL MÜLLER

Die Zeitenwende in der deutschen Außenpolitik hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP). Die geopolitischen Rahmenbedingungen für die internationale Zusammenarbeit und den interkulturellen Dialog haben sich sehr verändert. Neben den vielen Krisen wie dem Ukraine-Krieg, der Klimakrise sowie Flucht- und Migrationsbewegungen stellt das weltweite Erstarken autoritärer Regime eine besondere Herausforderung für die AKBP dar. Die Freiräume für vielfältige und lebendige Zivilgesellschaften werden immer kleiner.

Wir stehen vor einem Spannungsfeld zwischen wachsender Systemrivalität auf der einen und globalen Problemen, die nur gemeinsam gelöst werden können, auf der anderen Seite. Ich bin überzeugt, dass unsere Antwort auf diese Herausforderung nicht weniger, sondern mehr internationale Zusammenarbeit sein muss – auch mit schwierigen Partnerländern. Die Außenwissenschaftspolitik spielt hierfür eine herausragende Rolle und muss weiter gestärkt werden. Denn der grenzüberschreitende Austausch und die internationale Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Studierenden sowie Wissenschaftsinstitutionen ermöglicht es, außenpolitische und zivilgesellschaftliche Beziehungen zu pflegen und gleichzeitig gemeinsame Lösungsansätze für globale Fragen zu erarbeiten. Dabei steht außer Frage, dass wir stets unsere eigenen Grundwerte wie Wissenschafts- und Meinungsfreiheit im Austausch vertreten, insbesondere gegenüber autoritären Staaten. Die große Nachfrage nach den Schutzprogrammen nicht nur für gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern auch für Kultur- und Medienschaffende macht deutlich, wie wichtig es ist, die Freiheit von Kunst, Kultur und Wissenschaft weltweit zu verteidigen und zu fördern.

Innen- und Außenpolitik greifen immer stärker ineinander. Wir müssen die Synergien dieser zunehmenden Verschränkung stärker nutzen, z. B. bei dem Thema Fachkräftegewinnung. Unsere Mittlerorganisationen verfügen über ein breites Angebot an Sprach- und Schulförderung im Ausland, um potenziellen Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Aber auch internationale Studierende und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in Deutschland können einen wichtigen Beitrag zum Fachkräftebedarf leisten. Deshalb ist es wichtig, dass die Maßnahmen weiter ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Globale Konflikte und Krisen werden nicht weniger. Umso bedeutsamer wird auch die AKBP als dritte Säule deutscher Außenpolitik. Die Wichtigkeit dieser Arbeit muss sich auch im Bundeshaushalt widerspiegeln. Daher haben wir SPD-Außenpolitikerinnen und -politiker trotz der herausfordernden Haushaltslage dafür gekämpft, dass die Mittlerorganisationen 2023 finanziell gestärkt werden. Gleichzeitig muss sich auch die AKBP aufgrund der veränderten Weltlage anpassen und strategischer ausrichten. Hierfür sind Reformprozesse nötig, wie z. B. die Verbesserung der institutionellen und personellen Strukturen oder die Etablierung von neuen innovativen Kooperationsmodellen. Erste Bemühungen in dieser Richtung haben wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier bereits angestoßen.

Michael Müller ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Obmann der SPD-Fraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Vorsitzender der Enquete Kommission Afghanistan und der Deutsch-Japanischen Parlamentariergruppe

CDU/CSU

MONIKA GRÜTTERS

In einer Plenarrede betonte die Außenministerin Annalena Baerbock, sie wolle die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) »strategischer aufstellen«. Das ist dringend nötig, aber noch in keiner Weise sichtbar; auch deshalb nicht, weil im Unterausschuss die Regierung nicht auftritt – wir haben es allenfalls mit der Ministerialbürokratie zu tun. Daher mein Appell: Es darf nicht wieder passieren, dass an strategischen Stellen in der AKBP kopflos gespart wird.

Wie klug haben einige ihrer Akteure auf die aktuellen Krisen reagiert: Das Deutsche Archäologische Institut (DAI) mit dem Programm »Kulturgutretter«, das durch die Kürzungen gefährdet war; der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) mit den Stipendien für Ukraine-Flüchtlinge, die nicht überjährig bewilligt wurden, wodurch sie fast nutzlos waren; das Goethe-Institut (GI) mit seinem Fachkräfte-Programm und massivem Zuwachs an Deutsch-Lernenden, doch dem GI sollten in zweistelliger Millionenhöhe die Mittel gekürzt werden; die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) mit ihren neuen Stipendien, die zwölf Jahre lang nicht erhöht wurden und dringend den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst werden müssen. Man könnte die Liste der guten Taten, die durch rabiates Sparen konterkariert wurden, fortsetzen.

Obwohl das Parlament in letzter Minute Schlimmeres verhindern konnte, muss sich ausgerechnet das GI aufgrund des Maßgabebeschlusses durch den Haushaltsausschuss wieder einmal zu Reformen erklären. Dabei zeigt das GI beispielhaft Lösungswege auf: Bereits vor etwa zehn Jahren hatte das Parlament das GI ausgesucht, um ein Experiment zu starten. Es sollte mehrjährige Zuschüsse erhalten und im Gegenzug Zielvereinbarungen verabschieden, an deren Umsetzung die künftige Höhe der Budgets bemessen wurde.

Einen solchen Paradigmenwechsel weg vom jährlichen Rhythmus des Haushalts hin zu überjährig zu verwendenden Finanzmitteln konnten wir nur mit einer Einrichtung verwirklichen, die klug, beweglich und erfahren genug in derartigen Strukturfragen ist. Das GI hat mustergültig vorgeführt, dass ein Subventionsempfänger mit den politischen Akteuren auf Augenhöhe gemeinsam wirken kann – wenn die Politik die nötigen Freiheiten lässt. Wir sollten diesen Mechanismus ausbauen und dem GI nicht mit falschem Misstrauen und kleinlichen Reformvorgaben begegnen, sondern den Dialog suchen.

Weniger Einsparungen sind gefragt, dafür mehr Mut, durch eine kluge Kulturpolitik eine wertebasierte Außenpolitik zu flankieren: Indem man die Hannah-Ahrendt-Initiative für verfolgte Journalistinnen und Journalisten vernünftig ausstattet; der Kulturakademie Tarabya in Istanbul mehr als nur lächerliche sieben Zeilen in einem 80-seitigem Bericht einräumt und der Türkei die verdiente Aufmerksamkeit zugesteht; den Friedensdialog der Weltreligionen wieder aufnimmt – wenigstens durch eine entsprechende Verankerung im Auswärtigen Amt; die Freiheit von Kultur, Wissenschaft und Medien fördert – mit echten Strategien, einer soliden Finanzierung und viel größeren Freiheiten für die Mittler: mit überjährigen Zuschüssen, Zielvereinbarungen und großem Vertrauen. In diesen Krisenzeiten ist eine sensibel in die Zivilgesellschaften hineinwirkende AKBP wertvoller denn je.

Es lohnt sich, in die AKBP zu investieren; in eine Kultur, die sich als kritisches Korrektiv, lohnender Standortfaktor, als Ausdruck von Humanität versteht.

Monika Grütters ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und ehemalige Kulturstaatsministerin

B. 90/Die Grünen

ERHARD GRUNDL

Weil sie »traditionellen Werten« widerspricht, wurde die Inszenierung von Kirill Serebrennikow über den queeren Jahrhunderttänzer Nurejew in Moskau abgesetzt. Kein Zufall! Schließlich ist der Regisseur ein scharfer Kritiker von Putins Ukraine-Krieg. Außerdem ist Kulturpolitik seit 2021 Teil von Putins Nationaler Sicherheitspolitik. Seitdem steigen Repressionen und Verhaftungen, und Künstlerinnen und Journalisten verlassen zuhauf das Land.

Derzeit gilt es, auf multiple Krisen – Iran, Afghanistan, Belarus –, die Klimakrise und die zunehmende Gewalt gegen Frauen und andere marginalisierte Gruppen als Kriegswaffe zu reagieren. Die feministische Außenpolitik will ihnen gleiche Rechte, Freiheiten und Chancen sichern. Künftig wird die Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) hier stärker gefragt sein. Sie muss weiter breit aufgestellt sein: Werben für eine freiheitliche, diverse Gesellschaft, für Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit und Kommunikationswege offenhalten, wenn die offiziellen diplomatischen Gesprächskanäle verstummt sind. Gerade die Goethe-Institute sind wichtig als Safe Spaces für die Zivilgesellschaft in autokratischen Regimen.

AKBP ist immer auch Kulturgutschutz. Die verschiedenen Ministerien unterstützen hier im Rahmen der Soforthilfe für die Ukraine. Wichtiger vor dem Hintergrund zunehmender Klimaextreme wird die Arbeit des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) in Kooperation mit dem Technischen Hilfswerk für den Kulturgutschutz im Fall von Krieg und Zerstörung, ebenso wie bei Umweltkatastrophen.

Das Exil rettet Leben, ist aber auch gezeichnet von Verlusten, wie Hannah Arendt schreibt. Es ist der Verlust von Familie und Freunden, Gewissheit und Sprache. Den Sprachverlust auffangen kann die ABKP. Denn die kritischen Stimmen der Geflüchteten aus Belarus, der Ukraine, Russland, Afghanistan, dem Iran fehlen im eigenen Land. Umso wichtiger ist neben Residenzprogrammen und Stipendien auch die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten im Exil.

So bietet das »Goethe-Institut im Exil« in Berlin Kultur- und Diskursprogramme, damit Künstlerinnen und Künstler arbeiten und auftreten können. Neue Perspektiven bietet das Fachkräfteeinwanderungsgesetz sowie die Sprach- und Vorintegrationskurse des Goethe-Instituts und der Deutschen Welle.

Bewährt hat sich die vom AA und BKM finanzierte Hannah-Arendt-Initiative für ukrainische, belarussische, russische Journalistinnen und Journalisten. Sie bietet etwa über die NGO MICT Residenzen an sowie Schulungen und Arbeitsmöglichkeiten, damit sie angesichts von staatlicher Zensur unabhängig und faktenbasiert in ihre Herkunftsländer berichten können.

Die AKBP wird künftig mehr gefordert sein, wenn es um die Aufarbeitung von kolonialem Unrecht, Restitution und Museumskooperationen geht. Zuletzt war anlässlich der Rückgabe von 20 Benin-Bronzen an die nigerianische Regierung, die diese an den Oba des ehemaligen Königreichs Benin, Ewuare II, übertrug, das Vorgehen der Bundesregierung kritisiert worden. Dabei kann die Restitution von Kulturgut an die Herkunftsgesellschaften nicht an Bedingungen geknüpft sein, die den Ländern vorschreiben, wie sie ihre Erinnerungskultur ausrichten. Vielmehr geht es um die Aufarbeitung der gesellschaftlichen Wirkung des Postkolonialismus in unserer Gesellschaft heute.

Die AKBP braucht weiter einen langen Atem und eine verlässliche Finanzierung. Nur so kann sie die Vertrauensbasis entwickeln, die den Boden bereitet für die Wiederannäherung nach der Krise. Damit ist sie eine langfristige Investition in Frieden und Sicherheit.

Erhard Grundl ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Sprecher für Kulturpolitik und Medien der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Obmann im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Mitglied im Kulturausschuss und im Auswärtigen Ausschuss

FOKUS

FOTO: JANNIK JÜRß

Thomas Hacker

FDP

THOMAS HACKER

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik«, treffender als der Leiter der Abteilung Kultur und Gesellschaft im Auswärtigen Amt, Ralf Beste, kann man die sogenannte »dritte Säule« deutscher Außenpolitik wohl kaum beschreiben. Doch wie sollten und vor allem müssen wir in Zeiten globaler Disruption und tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen unseren Modus Operandi neu justieren? Voraussetzung für eine ehrliche Debatte über die Zukunft der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ist zunächst die Beantwortung der Frage, welchen Stellenwert dieses Politikfeld nach der »Zeitenwende« einnehmen soll. In Zeiten, in denen Russland den Krieg nach Europa zurückgebracht hat und Chinas Einflussnahme global weiter wächst, treten unsere Instrumente der Soft Power in den aktuellen Debatten oft in den Hintergrund. Daher brauchen wir jetzt mehr und nicht weniger AKBP.

Systemrivalitäten, die wieder die Weltpolitik bestimmen, machen nicht vor unserem Gesellschaftsbild halt. Im Gegenteil: Es sind unsere Werte der Freiheit, die in diesem Wettbewerb unter Druck geraten. Mehr denn je gilt: Demokratische Gesellschaften müssen die besseren Argumente haben, um die Gesellschaften weltweit zu erreichen. Sie werden es dabei schwerer haben, insbesondere wenn unsere gesellschaftlichen Entwicklungen selbst in anderen Ländern als »dekadent« oder »imperialistisch« wahrgenommen werden.

Wir haben das Glück, auf bewährte Mechanismen und über viele Jahre gewachsene Strukturen unserer Mittler zurückgreifen zu können, die ein realistisches Deutschlandbild in die Welt tragen. Doch auch unsere Mittler müssen sich an neuen weltpolitischen Realitäten orientieren, um ihre Wirkung zu entfalten. Es ist elementar, dass wir das Silodenken hinter uns lassen und diese als echte »Soft Power« fester Bestandteil der kommenden nationalen Sicherheitsstrategie wird.

Unsere Mittlerorganisationen, die seit Jahrzehnten vor Ort arbeiten und die gesellschaftlichen Dynamiken bestens kennen, brauchen verlässliche Voraussetzungen für ihre Arbeit. Trotz der durch Folgekrisen angespannten Haushalte konnten wir das Budget der AKBP auf einem hohen Niveau halten. Dennoch müssen sich auch die Mittler in dieser Situation einer ehrlichen Aufgabenkritik stellen. Dies kann auch bedeuten, verstärkt auf europäische Arbeitsteilung zu setzen.

Denn auch in diesem Politikfeld gilt, nationale Alleingänge verheißen keinen Erfolg. Wir Freien Demokraten wollen gerade deshalb die Kulturdiplomatie als wichtiges Feld der EU-Außenpolitik etablieren. Als effektives Gegengewicht zu autoritären und totalitären Staaten braucht es eine geschlossene Kulturdiplomatie der Europäischen Union, die die Freiheit von Kunst und Wissenschaft in den Fokus stellt. Dafür braucht es neben der Schaffung einer Kulturabteilung im Europäischen Auswärtigen Dienst eine verstärkte Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der Vereinigung der Nationalen Kulturinstitute der EU (EUNIC). Diese europäische Dimension braucht ein gemeinsames Verständnis. Und dies lieber heute als morgen!

Thomas Hacker ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Ordentliches Mitglied im Unterausschuss Auswärtige Kultur und Bildungspolitik und Obmann der FDP-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags

FOTO: MATTHIAS MOOSDORF

Matthias Moosdorf

AfD

MATTHIAS MOOSDORF

Für mich lässt sich die auswärtige Kulturpolitik der derzeitigen Bundesregierung mit einem Satz beschreiben: Sie ist geschichtsvergessen und identitätslos. Die Groteske um die Benin-Bronzen ist das aktuellste Beispiel. Wir, die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, haben uns wegen der weitverbreiteten Korruption in Nigeria gegen eine Restitution der Bronzen ausgesprochen. Jetzt rächt es sich, dass die als Wiedergutmachung für erlittenes koloniales Leid deklarierte Rückgabe nicht einmal mit Auflagen erfolgte. Statt im Edo Museum of West African Art ausgestellt zu werden, wofür die Bundesregierung fünf Millionen Euro Steuergeld nach Nigeria fließen ließ, verschwinden die Bronzen in der Privatsammlung des Königs.

Das konnte nur geschehen, weil zuvor nahezu die gesamte Presse die Restitution als »längst überfälligen Akt« begrüßt hatte. Wie die Bundesregierung saßen die Journalisten einer Geschichtsvergessenheit auf, nach der die europäischen Kolonialisten allesamt nur skrupellose, raffgierige Verbrecher waren und die kolonialisierten Völker nur bedauernswerte Opfer. Diese »postkolonialistische« Sicht ist blind für die vielen Widersprüche, Ambivalenzen und Nuancen der Geschichte. Sie macht vergessen, dass die Europäer die Kolonialisierung auch als zivilisatorisches Projekt ansahen, dass sie den kolonialisierten Völkern bis heute noch bestehende Infrastrukturen brachten – Verwaltung, moderne Verkehrswege, Krankenhäuser, Schulen – und im 19. Jahrhundert in Afrika den Sklavenhandel, die Sklaverei und die Praxis von Menschenopfern bekämpften.

Es wäre die Aufgabe der Goethe-Institute, einer solchen Geschichtsverdrehung, deren politische Folgen unabsehbar sind, entgegenzuwirken.

Angesichts der Verachtung des Eigenen ist es für mich verständlich, dass sich viele Künstler, Maler und Schriftsteller in eine vermeintliche »Weltoffenheit« flüchten und oftmals nur das hervorbringen, was es überall gibt. Durch viele Gespräche, die ich als Musiker auf meinen Konzertreisen in 65 Ländern führte, weiß ich allerdings, dass das bei denen, die sich für unser Land, unsere Sprache und Kultur interessieren, allenfalls zu gelangweiltem Gähnen führt.

Ich wünsche mir, dass unsere Künstler, aber auch die Vertreter unserer auswärtigen Kulturpolitik unsere reichhaltigen nationalen Traditionen wieder als einen Schatz begreifen. Ein jeder Musikfreund im Ausland würde mit verbundenen Augen im Konzertsaal die Dresdner Staatskapelle als herausragende Repräsentanten unserer Kultur erkennen – die Dresdner pflegen eben einen deutschen Klang. Auch in der Malerei und der Literatur gibt es dafür genug Beispiele.

In diesem Zusammenhang fällt mir der irische Dichter Seamus Heaney ein, der für seine Gedichtsammlung »North 1995 den Nobelpreis erhielt. Es sind irische Themen, die er darin verarbeitet, vom Alltag der Menschen bis hin zu keltischen Mythen; doch immer lassen sich seine Sprachbilder auch ins Übernationale, Weltläufige transponieren. Für mich klingen die Schlusszeilen von »North« daher wie ein Aufruf an unsere Künstler – und Kulturpolitiker! –, sich jenes »Schatzes« zu erinnern, den wir in den Händen halten: »Keep your eye clear / as the bleb of the icicle / trust the feel of what nubbed treasure / your hands have known.«

Matthias Moosdorf ist Mitglied des Deutschen Bundestags und Obmann der AfD-Fraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur und Bildungspolitik des Deutschen Bundestags

FOTO: SEVIM DAĞDELEN

Sevim Dağdelen

Die Linke

SEVIM DAĞDELEN

Allenthalben wird betont, dass Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) durch Angebote im kulturellen Bereich Dialoge und Begegnungen fördert und dadurch zur Konfliktlösung beiträgt, wo andere Kooperationsformen nicht mehr oder noch nicht möglich sind. An sich keine schlechte Idee – wäre da nicht die auch im Koalitionsvertrag bekräftigte Vorgabe, dass AKBP eine »Säule der deutschen Außenpolitik« sein soll. Und so sieht sie auch aus: Anstatt gegenüber Russland im Bereich Kultur und Wissenschaft den Dialog aufrechtzuerhalten, wird die deutsche Außenkulturpolitik auf Konfrontationskurs gebracht und Sanktionen unterworfen. Mit Verweis auf den Ukraine-Krieg hat die Bundesregierung sämtliche Kooperationen mit Russland selbst »in Bezug auf Gedenken und Forschung zu NS-Verbrechen« auf Eis gelegt. Wie das Auswärtige Amt auf meine Anfrage mitteilt, »wurde die Zusammenarbeit mit staatlichen und staatsnahen russischen und belarussischen Stellen im Rahmen der vom Bund geförderten Projekt- und Programmarbeit ausgesetzt«. Das gelte auf unbestimmte Zeit. Ausnahmen seien nur »nach restriktiver Einzelfallprüfung« möglich. Stipendien etwa für deutsche Wissenschaftler, die in russischen Archiven zu deutschen Gräueltaten forschen wollen, sind ersatzlos gestrichen. Zivilgesellschaftlichen Projekten, die vom Bund gefördert werden, ist jegliche Kooperation mit staatlichen Stellen in Russland untersagt, selbst wenn es nur darum geht, Ausstellungen zu deutschen Verbrechen in russischen Museen zu zeigen. Die totale Absage an wissenschaftlichen Austausch und kulturelle Kooperation ist beispiellos, wenn man das Vorgehen etwa mit den Nicht-Reaktionen der damaligen Bundesregierung von SPD und Grünen auf den völkerrechtswidrigen, auf Lügen basierenden Krieg der USA gegen den Irak im Jahr 2003 vergleicht.

Auswärtige Kulturpolitik soll, so formuliert es die Koalition, zugleich »Strategische Kommunikation« sein und dem Vorgehen »gegen Desinformation und Propaganda« dienen. Leider scheint diese Maßgabe im Fall der Ukraine systematisch ausgeblendet zu werden. Man denke nur an das unselige Weißwaschen der Verbrechen ukrainischer Nationalisten und Nazikollaborateure, denen – wie Stepan Bandera – in der Ukraine Heldendenkmäler errichtet und die hierzulande als Vaterlandsverteidiger stilisiert werden. Wo Aufklärung über die NS-Herrschaft und ihre Helfershelfer dringend nötig wäre, hält sich die auswärtige Bildungsarbeit auffällig zurück.

AKBP hätte einen wichtigen Auftrag zur Verständigung, aber sie darf nicht länger als Instrument gesehen werden, »deutsche Interessen«, faktisch also die Interessen der jeweiligen Bundesregierung, an der »Kulturfront« zu vertreten. Vielmehr müssen Aktivitäten der Zivilgesellschaften im In- und Ausland viel stärker unterstützt werden; Mittel sollten nicht nur an die Big Players der anerkannten Mittlerorganisationen fließen, sondern auch an eine Vielzahl lokaler und regionaler Basisinitiativen. Bedarf wäre etwa im Zusammenhang mit der deutschen Kolonialgeschichte zweifellos vorhanden, für deren Aufarbeitung ich mich wie im Fall Namibias und Chinas einsetze.

Sevim Dağdelen ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie Sprecherin für Internationale Beziehungen und Abrüstung

Vertrauen

Das Fundament der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

JOHANNES EBERT

Im Austausch mit der Welt. Für Vielfalt, Verständigung und Vertrauen.« Gemeinsam mit dem Slogan »Sprache, Kultur, Deutschland« definiert dieser Wahlspruch das Koordinatensystem des Goethe-Instituts. Vertrauen zwischen Menschen und Gesellschaften weltweit, zu Deutschland und seinen Bürgerinnen und Bürgern herzustellen, das ist die Vision unserer weltweiten Arbeit. Unter dem Titel »Eine Frage des Vertrauens« diskutierten Mitte Mai 400 Menschen aus über 50 Ländern beim Kultursymposium Weimar des Goethe-Instituts über die Bedeutung von Vertrauen in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen. Gerade in Deutschlands Verhältnis nach außen ist Vertrauen von hoher Bedeutung: »Das Vertrauen unserer Partnerinnen und Partner in unser Land ist eine, vielleicht sogar die wichtigste Währung deutscher Außenpolitik«, sagte Außenministerin Annalena Baerbock jüngst bei der Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung.

FOTO: DAP-AYAN TI KULTURA ITI KORDILYERA (DKK)

Mural zu der Comic-Geschichte »Let the river flow free« im Rahmen von »Frequenzen – Feminismen global«

Der Soziologe Niklas Luhmann sieht die Komplexität der Welt als ständige Überforderung für den Menschen. Vertrauen sei ein zentraler Mechanismus, um soziale Komplexität zu reduzieren und damit das Zusammenleben handhabbar zu machen. In Bezug auf Kooperationen »erschließt Vertrauen durch Reduktion von Komplexität Handlungsmöglichkeiten, die ohne Vertrauen unwahrscheinlich und unattraktiv geblieben, also nicht zum Zuge gekommen wären«. Das gilt auch für die internationalen Beziehungen. Denn gerade hier hat die Komplexität in den vergangenen Jahren enorm zugenommen: Die Konkurrenz neuer globaler Akteure auf der Weltbühne mit eigenen Interessen und Werten wächst. Die Klimakrise wird immer bedrohlicher. Demokratische Systeme und Akteure geraten unter Druck. Desinformation tritt an die Stelle seriöser Berichterstattung. Gewaltsame Konflikte, wie jüngst im Sudan, nehmen zu und rücken näher. Gerade der Angriff Russlands auf die Ukraine wird als Zeitenwende erfahren, die Verunsicherung schafft und auch die internationale Zusammenarbeit wesentlich beeinflusst.

In dieser Weltlage ist es wichtig, dass Verteidigungsbereitschaft und Energiesicherheit hergestellt werden. Die zunehmende Komplexität in den internationalen Beziehungen erfordert jedoch auch ein verstärktes Engagement, das Vertrauen zu Deutschland in der Welt zu stärken. Es geht darum, das Beziehungsgeflecht zwischen Menschen und Gesellschaften, das auch auf die Ebene der politischen Entscheiderinnen und Entscheider zurückwirkt, zu festigen. Gerade hier sind die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und ihre Mittlerorganisationen gefragt. »Ihr Engagement ist gefordert wie nie zuvor, weil Kulturpolitik auch ganz klar Sicherheitspolitik ist. Wenn wir die Freiheit von Kultur, Wissenschaft und Medien fördern, dann stärken wir damit auch die Freiheit und Sicherheit der Menschen«, sagte Annalena Baerbock vor dem Deutschen Bundestag im Januar dieses Jahres. Der Koalitionsvertrag, der noch vor der Russlandkrise unterzeichnet wurde, schreibt eine Stärkung der Akteure der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik fest. Das ist jetzt noch wichtiger geworden, wenn auch angesichts engerer finanzieller Spielräume die Frage nach Prioritäten neu gestellt wird.

Vertrauen schaffen, aber wie? »Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit schaffen sich nicht von selbst, wenn sie benötigt werden. So freundlich sind sie nicht, wir müssen sie schon selbst durch unsere Praktiken ins Leben rufen«, schreibt der Philosoph Martin Hartmann. Das hat jedoch auf internationaler Ebene nichts mit »Nation Branding« oder anderen Marketingtechniken zu tun. Denn Vertrauen in den internationalen gesellschaftlichen Beziehungen baut sich langsam auf und wird immer wieder hinterfragt. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit müssen dauerhaft gegeben sein und sich immer wieder neu beweisen.

Die gute Nachricht ist, dass die Bundesrepublik Deutschland gute Voraussetzungen hat, Vertrauen zu gewinnen. Wenn auch den Deutschen einige negative Eigenschaften wie mangelnde Flexibilität oder Zögerlichkeit zugeschrieben werden und im Zusammenhang mit Russlands Angriff auf die Ukraine gerade bei unseren östlichen Nachbarn Kritik laut wurde – insgesamt genießt das Land weltweit weiterhin eine gute Reputation: Eine funktionierende Demokratie, ein gutes Bildungssystem, soziale Sicherheit, ein verlässlicher Bündnispartner, eine Ökonomie mit Chancen für Arbeitskräfte aus dem Ausland; die Freiheit von Wissenschaft und Kultur steht hoch im Kurs. Auch wenn man sich das angesichts anscheinend wachsender Unzufriedenheit hierzulande kaum vorstellen kann: Im internationalen Vergleich ist Deutschland ein Land, das funktioniert und Sicherheit bietet. Das heißt nicht, dass man sich auf Lorbeeren ausruhen darf. Vielmehr sollte es Ansporn sein, sich mit diesen gesellschaftlichen Errungenschaften auch international einzubringen.

Zudem beginnen wir in der internationalen Vertrauensbildung nicht bei null. Im Gegenteil: Gerade durch ihre Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist die deutsche Gesellschaft seit vielen Jahren mit Menschen auf der ganzen Welt verbunden. Ihre Mittlerorganisationen haben in Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten weitreichende Netzwerke des Vertrauens aufgebaut. Sie sind weltweit angesehen und genießen durch ihre im Rahmen der deutschen Außenpolitik eigenständige Arbeit eine hohe Glaubwürdigkeit. Auf sie kann Deutschland gerade auch in Zeiten der Krise setzen.

Ihre Netzwerke, wie z. B. das Goethe-Institut mit 158 Häusern in fast 100 Ländern, sind für Kultur- und Bildungsinstitutionen vor Ort seit Jahrzehnten verlässliche Partner – in guten wie in schlechten Zeiten. Das Goethe-Institut Athen feierte im vergangenen Jahr seinen 70. Geburtstag; das Goethe-Institut Lissabon wurde 60 Jahr alt. In beiden Ländern erinnert man sich noch heute an die Rolle des Goethe-Instituts als Freiraum in den diktatorischen Phasen der 1960er und 1970er Jahre. Solche Beispiele gibt es viele. Wenn die Räume für offene Meinungsäußerung und Kreativität enger werden, wächst die Rolle der Goethe-Institute als Ort, an dem die freie Diskussion und die Erweiterung von Perspektiven möglich sind. Das ist heute aktueller denn je und für Menschen, die weltweit für freiheitliche Werte stehen, ein wichtiger Vertrauensfaktor. Gerade die globale Präsenz dieses Netzwerks ist angesichts der Zunahme von Krisen, die an unvorhergesehenen Orten entstehen, eine große Stärke für die Reaktionsfähigkeit der deutschen Außenpolitik.

Ebenso wichtig ist, sich in lebensbedrohlichen Situationen als verlässlicher Partner zu beweisen: Der Corona-Hilfsfonds, mit dem das Auswärtige Amt und das Goethe-Institut gemeinsam mit anderen Organisationen während der Pandemie Hunderten von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Kultur und Bildung die Weiterarbeit ermöglichten, ist ein gutes Beispiel dafür. Ebenso die Hilfe für ukrainische Flüchtlinge mit Sprachkursen und die Unterstützung der ukrainischen Kultur- und Bildungsszene nach dem russischen Angriff. Es ist jetzt sehr wichtig, diese Programme fortzusetzen und für einen kommenden Wiederaufbau auszuweiten. Die ukrainischen Partner setzen großes Vertrauen in Deutschland.

Wenn Vertrauen entstehen soll, geht es nicht darum, auf Biegen und Brechen eigene Interessen durchzusetzen, sondern gemeinsam Lösungen zu finden und gegenseitige Unterstützung zu leisten. Die Grundlage dafür, die das Goethe-Institut in seiner dialogischen Arbeit anstrebt, sind Respekt für das Gegenüber und aktives Zuhören. Es geht darum zu erfassen, was Kultur- und Bildungspartner von Deutschland in ihrer jeweiligen Situation benötigen, welche Themen für sie relevant sind, und welchen Beitrag die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik dazu leisten kann. Unzählige bilaterale und multilaterale Kultur-Kooperationen mit deutscher Beteiligung zeugen vom Erfolg dieses dialogischen Ansatzes. Bisweilen tritt der deutsche Anteil bewusst in den Hintergrund. Eine afrikaweite Plattform, wie das von der Siemens-Stiftung und dem Goethe-Institut vor zehn Jahren initiierte »Music in Africa« zur Vernetzung der afrikanischen Musikszene, stärkt angesichts ihres Nutzens für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Afrika auch das Vertrauen in die, die diese Kooperation möglich gemacht haben.

Vertrauen entsteht zwischen Menschen und strahlt in Gesellschaften aus. Deshalb geht es nicht nur um die Qualität von Beziehungen, sondern auch um deren Quantität. Je mehr Menschen mit unserem Land in Kontakt treten, desto eher besteht die Chance, eine – hoffentlich vertrauensvolle – Beziehung zu entwickeln

Vertrauen entsteht zwischen Menschen und strahlt in Gesellschaften aus. Deshalb geht es nicht nur um die Qualität von Beziehungen, sondern auch um deren Quantität. Je mehr Menschen mit unserem Land in Kontakt treten, desto eher besteht die Chance, eine – hoffentlich vertrauensvolle – Beziehung zu entwickeln. 15 Millionen Menschen, die weltweit Deutsch lernen, 170.000 Deutschlehrerinnen und -lehrer, 250.000 Menschen, die jährlich die Deutschkurse des Goethe-Instituts absolvieren oder die über 5 Millionen Besucherinnen und Besucher bei unseren Kulturveranstaltungen sind in diesem Zusammenhang wichtige Zielgruppen. Deshalb muss es auch darum gehen, die Zahl dieser Kontakte in Zukunft weiter zu erhöhen.

Gerade die großen Themen unserer Zeit eignen sich für Kooperationen und Projekte mit hoher Reichweite: Schülerinnen und Schüler, die sich im Deutschunterricht mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigen, ein Fonds des niederländischen Prince-Claus-Funds und des Goethe-Instituts, der Kulturprojekte zum Thema Klima fördert, die Konferenz »Frequenzen – Feminismen global«, die im vergangenen Jahr Akteurinnen aus weltweiten Initiativen zum Thema Gleichberechtigung in Berlin zusammenbrachte – wir erleben vor Ort, dass gerade bei diesen Themen ein großer Wunsch nach Zusammenarbeit mit Deutschland besteht. Sie stehen im Einklang mit der Klimaaußenpolitik und der feministischen Außenpolitik der aktuellen Bundesregierung. Hier ist ein großes Potenzial, Kooperationen und den internationalen Austausch deutlich auszuweiten.

Unabhängig von der Behandlung solch zentraler Herausforderungen ist es für Kunst und Wissenschaft wichtig, im internationalen Austausch eine große Offenheit der Themen, Formate und Ansätze zu bewahren. Das erleichtert das Lernen von anderen, berücksichtigt deren Perspektiven und schafft so Glaubwürdigkeit. Die »sanfte Kraft« von Kultur, Bildung und Wissenschaft entfaltet sich auch im Experiment, im Ungewissen und bisweilen auch im Konfliktiven. Dann entstehen neue Perspektiven und Lösungen, die bei Krisen stabilisieren und in die Zukunft weisen können.

Die Vertrauensbeziehungen, die die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in der ganzen Welt aufgebaut haben, sind ein wichtiges Fundament der deutschen Außenpolitik. Auch bei der Kooperation mit Partnern, die für Deutschland schwierig und doch im globalen Gefüge unverzichtbar sind, sind sie tragfähig und resilient. Unzählige Begegnungen und intensiver Austausch haben diese filigranen Vertrauensnetze über Jahrzehnte gewebt und gefestigt. Um ihre Wirksamkeit voll zu entfalten, brauchen sie gerade in Krisenzeiten Pflege, großes Engagement und ausreichende Ressourcen. Denn, so Bundesaußenministerin Baerbock: »Dieses Vertrauen ist eben nicht selbstverständlich. Wir müssen es uns immer wieder neu erarbeiten.«

Johannes Ebert ist Generalsekretär des Goethe-Instituts

FOKUS

FOTO: THOMAS PANKAU/DAAD

Die Arbeit des DAAD ist prägend für die weltweite Wahrnehmung Deutschlands

»Sicherheit entsteht auch durch internationalen akademischen Austausch und Kooperation«

Joybrato Mukherjee im Gespräch

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, kurz AKBP, muss um ein »W« für Wissenschaft erweitert werden, das meint Joybrato Mukherjee, denn internationaler akademischer Austausch, beständige Wissenschaftskooperation und gemeinsame Forschungsprojekte sind sicherheitsrelevant. Theresa Brüheim spricht mit dem Präsidenten des DAAD weiter über die Arbeit und Rolle des DAAD in einer Welt in zunehmender Unordnung sowie über die zunehmende Bedeutung von Wissenschaftsdiplomatie.

Theresa Brüheim: Herr Mukherjee, Sie sind seit 2020 Präsident des DAAD. Wo steht Ihre Institution gerade?
Joybrato Mukherjee: Demnächst stehen wieder Wahlen an, d. h. meine erste Amtszeit – ich hoffe auf eine Wiederwahl – neigt sich dem Ende zu. Und sie ist anders verlaufen als ursprünglich gedacht, vor allem auch aufgrund der Coronapandemie, die ab März 2020 vieles verändert hatte. Insofern gibt es beim DAAD ein echtes Aufatmen, dass wir nun in vielen Dingen wieder zur Normalität zurückkehren. Aus der Pandemie haben wir zugleich viele wertvolle Erfahrungen im Hinblick auf digitale Formate mitgenommen. Hier wurden wichtige Entwicklungen angestoßen.

Und natürlich, wir beschäftigen uns seit über einem Jahr intensiv mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und mit den Folgen der sogenannten Zeitenwende. Was das für unser »Geschäft«, also für die auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, bedeutet, will ich näher beleuchten: Die letzten Jahre brachten uns eine Reihe von Krisen und Konflikten, darunter den Afghanistan-Rückzug, die zugespitzte Lage im Iran, die Diskussion um unseren Umgang mit der Volksrepublik China. In meine Amtszeit reichte auch noch die Präsidentschaft von Donald Trump hinein und damit die Frage, wie der Westen mit dieser Entwicklung insgesamt umgeht. Sprich, diese zunehmende »Verkrisung« unserer Rahmenbedingungen beschäftigt uns weiterhin und stellt uns vor die Frage, wie wir mit einer solchen Welt in zunehmender Unordnung umgehen. Denn die globalen Herausforderungen für die Menschheit sind nicht verschwunden, ganz im Gegenteil: Sie werden immer drängender.

Der letzte Punkt ist eher nach innen gerichtet: Alles, was der DAAD macht, vollzieht sich nicht von selbst. Es bedarf eines auskömmlichen Budgets. Wir sehen die Aufgabe, die uns im Koalitionsvertrag gegebenen Zusagen im tatsächlichen Haushalt abzusichern. Das ist eine zusätzliche Herausforderung.

Was konnten Sie in Ihrer ersten Amtszeit bisher erfolgreich auf den Weg bringen?
Zunächst: Das ist immer Teamwork. Der DAAD hat in den letzten dreieinhalb Jahren gemeinsam mit 1.130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vieles auf den Weg gebracht. Lassen Sie mich beispielhaft drei Schlaglichter nennen: Wir haben erstens die Coronapandemie gut bewältigt – in dem Sinne, dass der internationale Austausch nicht zum Erliegen gekommen ist, sondern dass die Zahlen der internationalen Studierenden an deutschen Hochschulen sogar leicht gestiegen sind, entgegen dem Trend in vielen anderen Ländern. Wir haben auch über die Nutzung digitaler und hybrider Formate den internationalen Austausch am Laufen gehalten. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Wir nehmen sehr viele Erfahrungen aus der Pandemie mit, die uns auch noch in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen werden.

Zweitens haben wir intensiv und erfolgreich neue Strukturen zur Beratung unserer Mitgliedshochschulen aufgebaut: das Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen, kurz KIWi. Wir haben es auf Empfehlung des Wissenschaftsrates vor fünf Jahren als Beratungsinstanz eingerichtet. Kürzlich haben wir die Zusage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhalten, das KIWi zu erweitern. Denn der Beratungsbedarf in diesen Krisenzeiten steigt: Da muss es eine Instanz geben, die mit der Expertise und dem Wissen des DAAD den Hochschulen zur Seite steht. Das ist der Auftrag des KIWi.

Drittens haben wir als DAAD zu zahlreichen grundsätzlichen Fragen fundiert Position bezogen, beispielsweise zu der Frage, wie wir nach der Zeitenwende vom 24. Februar mit der Ukraine und auch mit Russland umgehen wollen und was unser Beitrag zur Unterstützung der Ukraine bzw. zur Isolation Russlands sein kann. Wir stellen uns aber auch Herausforderungen in der Innenpolitik und prüfen, wo die Hochschulen einen Beitrag leisten können und wollen: Stichwort Fachkräftemangel.

Wie positioniert der DAAD sich zur Ukraine? Und wie auch zu Russland?
Das eine ist – und das ist das Prioritäre – unser Bekenntnis zur Solidarität mit der Ukraine. Der DAAD unterstützt die Ukraine, die sich in einem existenziellen Abwehrkampf befindet. Wenn die Ukraine diesen Krieg verliert, wird ihre Existenz als souveräne Nation enden. Die Ukraine ist ein wichtiges Land, flächenmäßig nach Russland das größte Land in Europa. Unsere Aufgabe ist es, dass die deutschen Hochschulen und wir als DAAD – unterstützt von der Politik wie bisher und hoffentlich auch in Zukunft – den akademischen Austausch und die institutionelle Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Deutschland ausbauen. Unsere Aufgabe besteht darin, Sofortmaßnahmen wirksam werden zu lassen. Das haben wir getan, und dies wird sehr stark von ukrainischer Seite anerkannt. Aber wir merken auch – und das liegt mir am Herzen –, dass die ukrainische Seite auf ihrem weiteren zukünftigen Weg in den Westen auch die Wissenschaft mitdenkt und die Erwartung hat, dass wir langfristig eine wissenschaftliche Partnerschaft zwischen der Ukraine und Deutschland bzw. der Europäischen Union aufbauen: mehr institutionelle Partnerschaften, mehr systematischer Austausch, mehr Forschungskooperationen. Das ist für die Ukraine ein wesentliches Handlungsfeld, auf dem der Weg in den Westen beschritten werden soll.

Auf der anderen Seite steht Russland. Dort gilt – hier verfolgen alle Wissenschaftsorganisationen in der Allianz die gleiche Linie –, dass es auf drei Ebenen keine Kontakte mehr geben kann: keine politischen Kontakte, keine institutionellen Kontakte, keine individuelle Mobilität von Deutschland nach Russland. Aber auf der vierten Ebene halten wir unsere Kanäle bewusst offen: Die Mobilität von Studierenden und Forschenden aus Russland nach Deutschland bleibt möglich. Wir wollen mit unseren Maßnahmen das Regime treffen, nicht aber die Menschen der Russischen Föderation.

Welche Rolle spielt Wissenschaftsdiplomatie aktuell in der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)?
Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik müsste man eigentlich um ein »W« ergänzen. Denn das, was der DAAD tut, ist natürlich auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, aber auch Außenwissenschaftspolitik – durchaus in Anlehnung an das, was im englischsprachigen Raum unter Science Diplomacy verstanden wird. Ich glaube, dass die Politik sieht und anerkennt, dass das, was wir im Bereich der auswärtigen Wissenschaftspolitik tun, relevant für die Außenpolitik ist. AKBP ist seit den 1970er Jahren nicht ohne Grund die dritte Säule der Außenpolitik. Die Arbeit des DAAD für den akademischen Austausch und die Wissenschaftskooperation ist prägend für die Wahrnehmung Deutschlands in der Welt. Wir müssen als DAAD noch deutlicher machen, gerade weil es jetzt auch um einen Kampf um knapper werdende Ressourcen geht und sich vieles mit guten Gründen sehr stark auf die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik konzentriert, dass das, was wir tun, nicht der Ausdruck von Soft Power ist. Der Begriff ist schon immer schwierig und, wenn man so will, falsch gewesen. Das, was wir tun, ist nicht irgendeine akademische Folklore, sondern es ist für die Außenpolitik in diesen geopolitisch herausfordernden Zeiten, in denen es darum geht, Netzwerke zu bilden, Partnerschaften zu etablieren und zu pflegen, mit anderen gemeinsam eine regelgeleitete Weltordnung zu gestalten und weiterzuentwickeln, ausgesprochen wichtig. Wissenschaft ist eine harte Währung – also ist das, was wir tun, Hard Power. Wer das bezweifelt, sollte in entsprechende Strategiepapiere der Kommunistischen Partei der Volksrepublik China schauen. Spätestens dort wird man entdecken, dass das, was das Ziel der Volksrepublik China ist, nämlich eine Führungsrolle bis 2049 in der Welt einzunehmen, ganz explizit auf einer weltweit führenden Rolle in Forschung, Bildung, Innovation und Technologie basieren soll. Allein das macht deutlich, wie wichtig, zentral, ja robust eben das ist, was man in der auswärtigen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik tut.

In den aktuellen Krisenzeiten verschiebt sich der Fokus in der Außenpolitik hin zu mehr Investitionen in Sicherheits- und Verteidigungspolitik – wie Sie auch sagen. Wie sehen Sie als Präsident einer großen Mittlerorganisation die Veränderungen, die sich daraus für die auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik ergeben?
Es ist wichtig, dass die politisch Verantwortlichen verstehen und es auch in ihrem Handeln berücksichtigen, dass das, was die auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik leistet, sicherheitsrelevant ist. Sicherheit entsteht nicht nur durch Kampfpanzerlieferungen und Spitzentreffen zwischen Ministerinnen und Ministern. Vielmehr entsteht Sicherheit auch durch internationalen akademischen Austausch, wissenschaftliche Kooperation und Forschungsprojekte, die man gemeinsam betreibt. Das alles zahlt ein auf Sicherheit. Deswegen finde ich es ausdrücklich richtig, dass in der im Entstehen befindlichen nationalen Sicherheitsstrategie ein umfassender Sicherheitsbegriff angelegt wird. Umfassend heißt, dass alle Handlungsfelder, auch der auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsbereich, ihren Beitrag zu einer Erhöhung von Sicherheit leisten.

Wie positionieren Sie in der sich verändernden Weltlage den DAAD? Wie bewahren und befördern Sie die ihm gehörige politische Aufmerksamkeit?
Erstens durch Positionspapiere, die wir regelmäßig zu wichtigen Fragen veröffentlichen, beispielsweise zu den Herausforderungen nach der Zeitenwende. Wir beziehen dabei immer aus der außenwissenschaftspolitischen Perspektive Stellung. Zweitens durch kontinuierliche Gespräche mit den politisch Verantwortlichen in der Legislative genauso wie in der Exekutive. Da spielt das Auswärtige Amt eine besonders wichtige Rolle. Drittens sind wir mit unseren Vereinsmitgliedern im Austausch. Wir sind ja keine nachgeordnete Behörde, sondern wir sind ein selbstständiger Verein. Unsere Vereinsmitglieder sind nicht die Ministerien, sondern die deutschen Hochschulen und ihre Studierendenschaften. Mit ihnen tauschen wir uns beständig aus über das, was der DAAD tun sollte, auch im Hinblick auf, viertens, ganz konkrete Programmvorschläge. Das ist das, was wir bewirken wollen: Durch konkrete Programme mit konkretem Geld eines konkreten Geldgebers wollen wir Individuen oder institutionelle Projekte fördern. Und neben dem Fördergeschäft beraten wir die Politik und die Hochschulen, und wir verstehen uns durchaus als außenwissenschaftspolitischer Thinktank.

Welche Bedeutung kommt der Budgetfrage für den DAAD zu?
Letztendlich ist die Hoheit über den Haushalt die Kernkompetenz des Parlaments. Wir sind in intensiven Gesprächen mit dem Haushaltsgesetzgeber, dem Deutschen Bundestag, um für ein angemessenes und auskömmliches Budget zu werben. Und zwar nicht, weil wir einfach mehr Geld haben wollen, sondern weil wir davon ausgehen, dass die Aufgaben, die wir erfüllen, im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegen – und nach dem 24. Februar 2022 noch wichtiger geworden sind. Wir brauchen ein verlässliches Budget, sonst können wir unseren Aufgaben nicht als verlässlicher Partner in der Welt nachkommen. Wir haben im Übrigen enorme Kostensteigerungen. Das geht nicht am DAAD als einer Organisation vorbei, deren Aufgabe es ist, weltweit präsent zu sein: Wir haben Büros in 56 Ländern, wir fördern 360 Lektorinnen und Lektoren in über 100 Staaten. Entsprechend haben wir Kostensteigerungen in vielen Ländern, die zum Teil deutlich höher sind als in Deutschland. Das muss ausgeglichen werden. Wenn dann neue Herausforderungen hinzukommen, wie der Krieg in der Ukraine oder der Fachkräftemangel, kann das nicht aus der Substanz bedient werden. Die Politik muss dann den Mut haben zu sagen: Das sind neue Aufgaben und ihre Erfüllung dient dem nationalen Interesse. Deswegen müssen im Sinne einer strategischen Priorisierung der Politik an dieser Stelle neue Gelder zur Verfügung gestellt werden. Dafür kämpfen wir.

Hier ist es mir auch wichtig zu betonen: Der DAAD ist ein selbstständiger Verein und kein Teil eines Ministeriums. Diese Konstruktion ist eine bewusste politische Entscheidung auch nach den Irrwegen der deutschen Geschichte gewesen. So praktizieren wir das, was wir anderen in der Welt immer wieder empfehlen und vorschlagen, nämlich die Freiheit der Wissenschaft und der Wissenschaftsorganisationen zu achten.

Wir haben in Deutschland keine Kommandowissenschaft. Es wird nicht in einem Ministerium etwas entschieden und dann von uns im Nachgang einfach vollzogen. Sondern es ist immer ein partnerschaftlicher Aushandlungsprozess zwischen dem Parlament bzw. der Regierung und uns, bei dem es um konkrete Programme und Positionierungen geht.

Wir sehen im Moment in einigen Staaten in der Europäischen Union, dass genau diese Freiheit der Wissenschaft, auf die wir so großen Wert legen, eingeengt wird. Wir in Deutschland müssen tunlichst darauf achten, dass die freiheitliche Ausgestaltung der auswärtigen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik so gelebt wird wie bisher. Und wenn in Zeiten knapper Kassen von strategischer Priorisierung gesprochen wird, dann gehört dieses Konzept auf eine andere Ebene als in einigen der Gespräche, in denen dieser Begriff benutzt wird. Strategische Priorisierung heißt aus meiner Sicht, dass die Politik – in Konsultation mit Mittlerorganisationen wie dem DAAD – entscheiden muss, wo sie, auch haushälterisch, strategische Prioritäten setzt und wofür sie in einem Bundeshaushalt Gelder zur Verfügung stellt. Strategische Priorisierung heißt nicht, dass man Sparzwänge einfach weg- oder hinabdelegiert zu Mittlerorganisationen.

Vielen Dank.

Joybrato Mukherjee ist Präsident des DAAD. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

MEHR IM NETZ

Joybrato Mukherjee und Theresa Brüheim haben auch über die mögliche Rolle des DAAD zur Minderung des Fachkräftemangels und über den Umgang mit China in der internationalen Wissenschaftszusammenarbeit gesprochen. Unter politikkultur.de lesen Sie das gesamte, ungekürzte Gespräch: politikkultur.de/inland/austausch-und-kooperation/

FOKUS

Potenzial für eine Erfolgsgeschichte

Wie internationale Studierende in Deutschland die Fachkräftelücke verkleinern können

SVEN WERKMEISTER

So sieht eine Erfolgsgeschichte aus. Auf einer Podiumsdiskussion in Berlin berichtet die kolumbianische Ingenieurin Vanessa Romero von ihrer Karriere: Besuch der deutschen Schule in Kolumbien, Studium mit einem Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in Hamburg und nach dem Abschluss der erfolgreiche Einstieg in eine berufliche Karriere – derzeit arbeitet sie als Projektingenieurin bei der Hamburg Port Authority. Romeros Geschichte zeigt exemplarisch, dass internationale Studierende einen wichtigen Beitrag zum Fachkräftebedarf in Deutschland leisten können.

Die Ausgangslage hierzu ist gut: Deutschland ist eines der beliebtesten Zielländer für internationale Studierende weltweit. Die Zahl internationaler Studienanfängerinnen und -anfänger hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt, auf über 75.000 pro Jahr. Die Bundesrepublik liegt auf Rang vier der weltweiten Studienziele. Für die deutschen Hochschulen und unsere Gesellschaft sind internationale Studierende eine große Bereicherung: Sie tragen zu Vielfalt und kulturellem Austausch bei, bringen internationale Perspektiven ein und sind unerlässlich für die internationale akademische Vernetzung.

Doch nicht nur Wissenschaft und Gesellschaft können von der wachsenden Zahl internationaler Studierender profitieren: In Zeiten des dramatischen Mangels an qualifizierten Fach- und Führungskräften rücken internationale Studierende und ihre Mobilität immer stärker in den Fokus der Fachkräftedebatte. Die Lücke auf dem Arbeitsmarkt ist groß: Allein bis 2026 fehlen in Deutschland bis zu 240.000 Fachkräfte, so die Ende 2022 veröffentlichte Fachkräftestrategie der Bundesregierung. Hier kann die Einwanderung über die Hochschulen einen wichtigen Beitrag leisten. Jedes Jahr verlassen über 50.000 hochqualifizierte internationale Absolventinnen und Absolventen die deutschen Hochschulen, über die Hälfte davon mit einem Abschluss in den auf dem Arbeitsmarkt besonders gefragten MINT-Fächern, rund 40 Prozent allein in den Ingenieurwissenschaften. Viele der Absolventinnen und Absolventen wollen längerfristig in Deutschland bleiben, gerade die guten Berufsperspektiven sind dabei wichtiger Grund für die Wahl des Studienorts Deutschland. Das Potenzial dieser Gruppe von hochqualifizierten, motivierten und gesellschaftlich bereits gut integrierten jungen Menschen als zukünftige Fachkräfte ist dabei bei Weitem noch nicht ausgeschöpft: Aktuelle Daten der OECD verweisen darauf, dass nur etwas mehr als ein Drittel der internationalen Studierenden zehn Jahre nach Studienbeginn noch in Deutschland ist und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Rechnerisch sind dies bei den aktuellen Studienanfängerzahlen rund 25.000 Fachkräfte, die über die Hochschulen langfristig nach Deutschland einwandern. Diese Zahl lässt sich nach Einschätzung des DAAD zeitnah auf 50.000 verdoppeln, die richtigen Maßnahmen vorausgesetzt. In einem aktuellen Positionspapier hat der DAAD dafür drei zentrale Stellschrauben identifiziert: Steigerung der Studierendengewinnung, Verbesserung des Studienerfolgs und mehr Unterstützung beim Übergang in den Arbeitsmarkt.

Für die Gewinnung von mehr internationalen Studierenden braucht es kontinuierlich attraktive, nicht zuletzt auch mehr englischsprachige Studienangebote sowie zielgerichtete Marketing-, Informations- und Orientierungsangebote. Noch weit effektiver wäre eine Neuregelung des Hochschulzugangs: Das aktuelle System setzt zu stark auf das Schulsystem im Herkunftsland als Entscheidungsgrundlage für den Hochschulzugang in Deutschland. Eine mutige Reform hin zu einer Prüfung der individuellen Qualifikation könnte mehr jungen, qualifizierten Menschen aus Ländern außerhalb Europas den Eintritt ins deutsche Hochschulsystem eröffnen. Das zweite Handlungsfeld ist die Verbesserung des Studienerfolgs: Noch immer liegen die Abbruchquoten internationaler Studierender deutlich über denen deutscher Studierender. Es braucht deswegen noch bessere und auf die Bedürfnisse der internationalen Studierenden zugeschnittene Betreuungs- und Integrationsangebote an den Hochschulen. Besonders wichtig sind dabei begleitende Deutschangebote – insbesondere bei englischsprachigen Studiengängen. Wer sehr gut Deutsch spricht, schafft den Sprung in eine erfolgreiche Karriere in Deutschland ungleich besser. Für den erfolgreichen Übergang in den Arbeitsmarkt ist neben einer guten Fach- und Sprachausbildung auch praktische Unterstützung unerlässlich. Gerade internationale Studierende benötigen individuelle Begleit- und Beratungsangebote, z. B. in Form von »International Career Center«, die Hilfestellung bei administrativen Fragen geben und auch vermitteln, wie deutsche Arbeitgeber ticken. Hier ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft wichtig, um die Bedarfe der Absolventinnen und Absolventen mit denen der Arbeitgeber zusammenzubringen. Die Hochschulen im Land müssen für diese zusätzlichen Aufgaben finanziell entsprechend ausgestattet werden.

Noch immer liegen die Abbruchquoten internationaler Studierender deutlich über denen deutscher Studierender

Von grundlegender Bedeutung für die Debatte ist, dass die Qualifikation internationaler Studierender zu Fachkräften keine Einbahnstraße sein soll und darf. Internationale Kooperation funktioniert nur mit langfristigen Perspektiven und auf Grundlage von gemeinsamer Verantwortung und Vertrauen. Die Qualifikation internationaler Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt muss daher nach den Prinzipien fairer Migration gestaltet werden. Zu gewährleisten ist eine »Win-win-win-Situation« für alle Beteiligten, also für die Studierenden, die Bundesrepublik und das Herkunftsland. Gerade die Gefahr eines Braindrains junger Talente aus Ländern des Globalen Südens gilt es zu verhindern. Ziel muss es sein, Fachkräftemigration im Sinne einer gegenseitig befruchtenden »Brain Circulation« zu gestalten. Dafür können Migrationsabkommen, die Art und Umfang von Migrationsbewegungen unter fairen Bedingungen regeln, eine gute Grundlage bilden. Auch der Aufbau von Netzwerken, Programme und Förderangebote, die den beidseitigen Transfer und die Zirkulation von Wissen und Personen gezielt fördern, können maßgeblich zur Nachhaltigkeit in der Fachkräftemigration beitragen.

Die allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zuwanderung über die deutschen Hochschulen sind im internationalen Vergleich schon heute recht gut. Die eigentlichen Herausforderungen liegen in der praktischen und konkreten Umsetzung der angestrebten Willkommenskultur: Solange Studieninteressierte aus zahlreichen Herkunftsländern monatelang auf ein Visum warten, solange nicht auch in Ausländerbehörden am Studienort die gewünschte Offenheit praktiziert und gelebt wird und solange sich kleine und mittelständige Betriebe nicht systematisch auf die neuen internationalen Fachkräfte einstellen und eine eigene Integrationskultur entwickeln, bleibt es ein steiniger Weg zur Fachkraft von morgen.

Eine faire Migrationspolitik, eine gelebte, weltoffene Willkommenskultur sowie gezielte Förderprogramme sind daher die zentralen Voraussetzungen, um das Potenzial internationaler Studierender als Fachkräfte wirklich zu heben. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur durch das gemeinsame Engagement aller Beteiligten in Politik, Verwaltung, Hochschulen, Wirtschaft und Gesellschaft zu leisten ist. Packen wir es an!

FOTO: DAAD/AUSSERHOFER

V. l. n. r.: Jens Krepela, Andrea Frank, Vanessa Romero Bonilla, Angeliki Krisilion und Joybrato Mukherjee bei »Talente für Deutschland – Internationale Studierende als Fachkräfte von morgen«

Sven Werkmeister ist Direktor der Abteilung Strategie beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Bonn

FOKUS

Schulbildung basiert auf Verlässlichkeit

Eltern und Kinder müssen auf die langfristige Orientierung Deutscher Auslandsschulen vertrauen können

THILO KLINGEBIEL

Schulbildung ist ein ganzheitliches Angebot, welches weltweit auf Vertrauen beruht: Das Vertrauen in das Ergebnis, einen Abschluss machen zu können, und auf dem Weg dorthin nachhaltig begleitet zu werden. Das Vertrauen in die Qualität des Angebots, welches durch die eigene vertrauensvolle Mitarbeit sogar wesentlich mitgestaltet wird. Das Vertrauen darin, dass es das Bildungsangebot auch in Zukunft noch gibt. Deswegen steht die kontinuierliche und nachhaltige Pflege des Austausches im Zentrum eines erfolgreichen Bildungsmanagements und damit auch einer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP), die die Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft Deutschlands erhalten und stärken will.

Für die Deutschen Auslandsschulen (DAS) hat dies die Bundesregierung auf der Grundlage der Entschließung des Deutschen Bundestages von 2019 »Deutsche Auslandsschulen stärken und weiterentwickeln« im Pandemiejahr 2021 in ihrem Eckpunktepapier »Deutsche Auslandsschulen – Bildungsbiografien für eine mit Deutschland vernetzte Welt« folgendermaßen auf den Punkt gebracht: »Der Besuch Deutscher Auslandsschulen bedeutet eine erhebliche persönliche Investition für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in der Perspektive einer lebenslangen Bindung an die deutsche Sprache und Kultur. Als Land in der Mitte Europas profitieren wir davon, dass an den Deutschen Auslandsschulen weltweit junge Menschen eine weltoffene Bildung erfahren, die nicht nur solides Wissen vermittelt, sondern auch die Bedeutung gesellschaftspolitischer Verantwortung und eines demokratischen Miteinanders im täglichen Miteinander erlebbar macht. Auf dieser Grundlage entstehen Partnerschaften für die Zukunft, es werden Räume geschaffen für eine dialogorientierte, freie und offene gemeinsame Suche nach Antworten auf die globalen Zukunftsfragen des 21. Jahrhunderts.«

Deutsche Auslandsschulen prägen Bildungsbiografien wie kein anderer Schultyp

Dieser Kabinettsbeschluss gilt als der Ausgangspunkt für den Masterplan Deutsche Auslandsschulen, an dem das Auswärtige Amt derzeit arbeitet. Vor dem Hintergrund der Zeitenwende, in der der Abschied von der Selbstverständlichkeit gesehen wird, dass andere Gesellschaften sich Deutschland automatisch verbunden sehen, ist der Masterplan des Auswärtigen Amtes zur Entwicklung der Deutschen Auslandsschulen eine herausragende Chance, weltweit Vertrauen aufzubauen und damit ein Symbol für Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft Deutschlands zu werden. Nach den vorangegangenen Evaluationen des Auslandsschulgesetzes (2016 und 2018), den betreffenden Entschließungen des Deutschen Bundestages (DAS 2019 und AKBP 2020), dem Konzeptpapier des Auswärtigen Amtes und dem oben zitierten Eckpunktepapier (beide von 2021) kann der im Koalitionsvertrag vereinbarte Masterplan die Erkenntnisse sammeln und in die konkrete, nachhaltige Umsetzung bringen. Die Gelingensbedingungen sind bekannt, überparteilich benannt sowie unabhängig untersucht und belegt worden.

Deutsche Auslandsschulen prägen Bildungsbiografien wie kein anderer Schultyp. Von der Kinderkrippe bis zur Hochschulqualifikation bieten sie Schulbildung, die weit über einen Sprachkurs hinausgeht und die Ziele der AKBP nachhaltig umsetzt. Schülerinnen und Schüler Deutscher Auslandsschulen lernen in ihrer Schullaufbahn nicht nur die Sprache, sondern leben und verinnerlichen ganzheitlich eine besondere Lehr- und Lernkultur wie auch die Kultur Deutschlands. Die 135 anerkannten Deutschen Auslandsschulen haben damit ein Alleinstellungsmerkmal im Netzwerk der Partnerschulen, den sogenannten PASCH-Schulen.

Gerade vor dem Hintergrund des anerkannten Lehrermangels in Deutschland wird es zukünftig noch wichtiger, attraktive Rahmenbedingungen für Lehrkräfte zu schaffen. Lehrkräfte und Schulleitungen aus Deutschland, die auf der Grundlage des Auslandsschulgesetzes von den Ländern freigestellt und vom Bund an die Schulen vermittelt werden, sind für die Deutschen Auslandsschulen zentral. Sie sichern nicht nur die Qualitätsentwicklung und die Einhaltung deutscher Standards, sondern erwerben auch wertvolle Kompetenzen für den inländischen Schuldienst. Die Deutschen Auslandsschulen benötigen deswegen eine Erhöhung und Verstetigung der freiwilligen und gesetzlichen Förderung, um die Kostensteigerungen auffangen zu können, die sich automatisch aus dem Auslandsschulgesetz ergeben. Denn dort sind die personelle und finanzielle Förderung an die Gehaltsentwicklungen in Deutschland gekoppelt. Letztere sind wiederum notwendig, um attraktiv für die Lehrkräfte zu bleiben und deren essenzielle Leistung anzuerkennen.

Überdies sind folgende Punkte eingehend diskutiert und bekannt, eine besondere Hebelwirkung entfalten zu können:

- Um das Angebot und die Abschlüsse Deutscher Auslandsschulen insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung der Gesellschaften attraktiv zu halten und deren weltweite Kollaboration zu fördern, benötigen die Deutschen Auslandsschulen nachhaltige Unterstützung bei der Qualitätsentwicklung und einen Digitalpakt.
- Mit der Erhöhung der Pauschalen für Inklusion und Sozialermäßigungen kann der vorbildliche Begegnungscharakter und die Durchlässigkeit der Schulen weiter erhöht werden. Die Entwicklung der beruflichen Bildung ist nicht nur wegen des Fachkräftemangels wesentlich, sondern auch, weil sie das Angebot der Schulen erweitert und damit deren Durchlässigkeit erhöht.
- Dass mittlerweile über 30 Deutsche Auslandsschulen das gemischtsprachige International Baccalaureate mit Deutschschwerpunkt anbieten, zeigt, welche erfolgreiche Arbeit dort gemacht wird. Die Förderung sollte erhöht werden, um den Anforderungen dieses Schultyps gerecht zu werden und seine bedeutende Rolle bei der Erweiterung des Netzwerkes zu nutzen.
- Alles baut schließlich auf der frühkindlichen Bildung auf. Sie ist einer der strategisch wichtigsten Bereiche für die Entwicklung einer Deutschen Auslandsschule, da alle anderen Schulstufen darauf aufbauen. Sie sollte zukünftig unterstützt werden, da damit alle anderen Maßnahmen in ihrer Wirkung weiter gesteigert werden.

FOTO: DEUTSCHE SCHULE ATHEN

Der Weltkongress Deutscher Auslandsschulen 2023 findet vom 19. bis 23. Juni an der Deutschen Schule Athen statt

All diese Investitionen sind nicht nur notwendig, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll. Denn die Deutschen Auslandsschulen werden von freien, gemeinnützigen Schulträgern getragen. Dies fordert das Auslandsschulgesetz und verlangt darüber hinaus, dass diese Schulträger die Finanzierung der Schulen sicherstellen. Die freien Schulträger erwirtschaften rund 72 Prozent der Gesamteinnahmen der Schulen, rund 500 Millionen Euro, selbst. Rund vier Fünftel der Lehrkräfte sind direkt beim Schulträger angestellt. Dieser Beitrag der Zivilgesellschaft entspricht rund der Hälfte des Beitrags, den Deutschland insgesamt in die AKBP investiert. Die Förderung ist damit Katalysator für die Eigeneinnahmen der gemeinnützigen Schulträger und für die Finanzierung der AKBP. Allein dieser Beitrag der Zivilgesellschaft ist schon ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb der AKBP. Ferner schaffen sie weitere Werte, die die Investitionen rechtfertigen.

Allein die Beschulung der deutschen Schülerinnen und Schüler an Deutschen Auslandsschulen – mit rund 35 Prozent die Minderheit der Gesamtanzahl – entspricht bereits einem Wert von 96 Prozent des Schulfonds im Haushalt des Auswärtigen Amtes. Auf der Grundlage der durchschnittlichen Kosten pro Schülerin bzw. Schüler in Deutschland von 9.200 Euro gemäß dem Statistischen Bundesamt 2023 entspricht die Dienstleistung der gemeinnützigen Schulträger dem Wert von rund 283 Millionen Euro. Diese Kosten würden anfallen, wenn diese Schülerinnen und Schüler in Deutschland beschult werden müssten. Neben diesem kalkulatorischen Effekt würdigt der Deutsche Bundestag 2019 die Auslandsschulen als »erstrangigen Wirtschaftsfaktor« – für Deutschland und das Sitzland. Die Deutschen Auslandsschulen leisten demnach über Multiplikatoreffekte einen »Wertschöpfungsimpuls« von insgesamt 1,2 Milliarden Euro, so das Wirtschaftsforschungsinstitut WifOR 2018.

Der Deutsche Bundestag hebt weiter hervor, dass vor dem Hintergrund des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, die derzeit über 85.000 Schülerinnen und Schüler der Deutschen Auslandsschulen »in besonderem Maße qualifiziert« sind, »an deutschen Hochschulen zu studieren, eine duale Berufsausbildung zu absolvieren sowie einen Teil des Berufslebens oder das gesamte Berufsleben bei uns zu verbringen. Überdies können sie die in Deutschland erworbenen Kenntnisse auch bei der Rückkehr in ihre Herkunftsländer anwenden und dadurch neue Impulse für die Entwicklung vor Ort setzen.«

Auch für die AKBP gilt es deswegen, wie im Inland Bildungsketten zu schaffen, die größtmögliche Durchlässigkeit ermöglichen. Dafür sind der Austausch und eine konsequente Rollendefinition der Mittlerorganisationen sowie deren Abstimmung aufeinander notwendig. Die Deutschen Auslandsschulen sind dabei zentrale Partner und Ressourcenzentren. Wenn man in Durchlässigkeit und Synergien denkt, wird deutlich, dass das Miteinander in der AKBP von besonderer Bedeutung ist: Wenn Deutsche Auslandsschulen nachhaltig gefördert werden, kann die Zahl der Absolventinnen und Absolventen gehalten oder sogar gesteigert werden. Über Stipendien der Betreuungsinitiative Deutsche Auslands- und Partnerschulen (BIDS) beim Deutschen Akademischen Austauschdienst kann dieses Potenzial für Deutschland weiter gebunden werden. Durch die Stärkung der Weiterbildungsprogramme des Pädagogischen Austauschdienstes für Ortslehrkräfte kann die Qualität der Deutschen Auslandsschulen befördert und dem Lehrkräftemangel entgegengewirkt werden. Je mehr Mittler miteinander in diesem Sinne sinnvoll vernetzt sind, desto besser.

Insgesamt steigern die genannten Maßnahmen dann die Attraktivität des Besuchs einer Deutschen Schule im Ausland als zentralem Teil der AKBP, wenn die Eltern, Unternehmen sowie Schülerinnen und Schüler Vertrauen in die Qualität und den Bestand der Deutschen Auslandsschule haben können.

»Eltern, die ihre Kinder an eine Deutsche Auslandsschule senden, gehen langfristige Bindungen ein. Sie müssen das Vertrauen haben können, dass die Auslandsschule über die gesamte Schullaufbahn ihrer Kinder hinweg stabil und auf hohem Qualitätsniveau arbeitet. Diese langfristige Orientierung muss mit einer stabilen Förderung der Auslandsschulen korrespondieren. Daher war es folgerichtig, mit dem Gesetz über die Förderung Deutscher Auslandsschulen (ASchulG) einen gesetzlichen Anspruch der Schulen auf eine Förderung einzuführen«, so der Bundestagsbeschluss zur Stärkung der DAS von 2019.

Die finanzielle Ausstattung des Schulfonds im Haushalt des Auswärtigen Amtes bleibt zentrale Voraussetzung. Dann kann sich der Wert des Netzwerkes für die Gesellschaft weiter entfalten: im Sitzland, für die Absolventinnen und Absolventen, für Deutschland.

Thilo Klingebiel ist Geschäftsführer des Weltverbands Deutscher Auslandsschulen

MEHR DAZU

In Politik & Kultur 4/23 sprach Theresa Brüheim mit Ralf Beste, Leiter der Abteilung Kultur und Gesellschaft im Auswärtigen Amt, über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nach der Zeitenwende. Lesen Sie das Interview hier: politikkultur.de/internationales/akbp-ist-gesellschaftspolitik

Gute Lehrer, schlechte Lehrer, fehlende Lehrer

Das Miteinander von Lehrkräften und Schülern

REGINE MÖBIUS

In meinem Familien- und Freundeskreis befinden sich auffällig viele Lehrerinnen und Lehrer. Der Beruf ist mir bis heute nah. Fast hätte ich ihn selbst ergriffen. Doch in der DDR fand ich es eher schwierig, Lehrerin zu sein. Wer es schaffte und trotzdem bei sich blieb, den bewunderte ich. Ende der 1980er Jahre galt meine besondere Achtung dem Deutschlehrer meiner Tochter, dem der Spagat gelang, drei Gruppen ganz unterschiedlicher Eltern und deren 14-jährige Kinder unter einen Hut zu bringen. Einige dieser Eltern engagierten sich in der Kirche, andere sorgten sich aktiv um die Sicherheit des Staates und die weniger aktiven Eltern bewunderten den spürbaren Balanceakt des Lehrers, der für gute Klassenstimmung und freundschaftliches Miteinander sorgte. Nach 1989 verloren wir uns aus den Augen. Am ersten Silvesterabend des geeinten Deutschlands hatte er den Freitod gewählt.

Die Kultusministerkonferenz verkündete im Februar dieses Jahres, es fehlen bis 2025 rund 25.000 Lehrkräfte. Das bedeutet laut einer Umfrage des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) 12.341 unbesetzte Stellen.

FOTO: ADOBE STOCK/SYDA PRODUCTIONS

Herrscht in der Gesellschaft ein verzerrtes Lehrerbild?

Eigentlich macht die Möglichkeit, Teilzeit zu arbeiten, den Beruf doch attraktiv und könnte verhindern, dass Lehrkräfte sich durch viele zusätzliche Aufgaben überlastet fühlen und den Beruf vorzeitig verlassen. Die Praxis hingegen zeigt seit Langem laut Bundesamt für Statistik (BfS), dass Absolventen der pädagogischen Hochschulen oft nicht einmal ein Jahr unterrichten: 17,1 Prozent der Lehrpersonen stiegen zwischen den Jahren 2010 und 2011 noch im ersten Berufsjahr aus. Woher kommt diese Flucht? Herrscht in der Gesellschaft ein verzerrtes Lehrerbild? Wird zu viel über schlechte und zu wenig über gute Lehrerinnen und Lehrer geredet? Die Literatur erzählt vom besonderen Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern. Wer erinnert sich nicht an die Pauker Crey, genannt Schnauz, Bömmel und den Direktor Knauer in Heinrich Spoerls »Die Feuerzangenbowle«, die der berühmt unrühmliche »Schüler« Johannes Pfeiffer (mit drei f) unnachahmlich ins Bild setzte. Allerdings zeigt Belletristik des vergangenen Jahrhunderts die Schule nicht selten als einen Ort der Demütigung und des damit verbundenen Versagens der Schülerinnen und Schüler. Hätte man Thomas Manns Lehrern gesagt, dass ihr Schüler einmal den Literaturnobelpreis gewinnen würde, sie hätten ungläubig gelacht. Die Schule konnte er nicht ausstehen und blieb dreimal sitzen. Wohl auch deshalb kommt sie nicht gut

weg, in den »Buddenbrooks«. In diesem Jahrhundertroman sind die Lehrer grausame oder lächerliche Vernichter der Kindheit. Gänzlich anders schaut der Schweizer Schriftsteller Lukas Bärfuss in seiner 2018 erschienenen Essaysammlung »Stil und Moral« auf das Lehrer-Schüler-Verhältnis in seiner »Ode an die Lehrer«: »Ich hasste die Schule / Aber ich liebte meine Lehrer / Das ist etwas seltsam, ich weiß / Aber grundsätzlich kein Widerspruch / Ich brauchte keinen Stundenplan / Ich brauchte keinen Lehrplan / Ich brauchte keine Pulte / Ich brauchte keine Prüfungen / Was ich hingegen nötig hatte / das waren Lehrer (…) Kinder brauchen keine Schule / Aber sie brauchen Lehrer (…,) die ihnen zeigen / wie das gehen könnte/ dieses Spiel / ein Mensch zu werden.« Wenige Seiten später in der »Ode an die Schüler« redet er dem Eigentlichen, nämlich dem Besonderen jedes Schülers das Wort: »Zu der eigenen Einzigartigkeit zu stehen / ist alles andere als einfach / Zu den eigenen Gefühlen / Zu den eigenen Fähigkeiten / Zu einer eigenen, einzigartigen Meinung / Vielleicht haben Sie es schon erlebt / wie schwierig es sein kann / bei seiner eigenen Meinung zu bleiben / wenn zum Beispiel die ganze Klasse eine andere vertritt.«

Nach meiner Bärfuss-Lektüre fragte ich eine Leipziger Schulleiterin – mit Blick auf ihr Kollegium –, was eine gute Lehrkraft ausmache. »Ein Einzelkämpfer kann ein guter Lehrer sein. Eine Schule, bestehend aus Lehrern, die alle Einzelkämpfer sind, wird keine gute Schule sein«, erwiderte sie und betonte das unabdingbare Miteinander. »Eine gute Schule lebt davon, dass Beziehungen gestaltet werden. Beziehungen zwischen den Kolleginnen und Kollegen, die sich unterstützen und beraten, die sich austauschen und gemeinsam vorbereiten. (…) Beziehungen zwischen Eltern, Kindern und Lehrerinnen und Lehrern, die gemeinsame Werte entwickeln und leben können, die gemeinsam Probleme lösen und Erfolge miteinander feiern können, sind entscheidende Voraussetzungen« und waren in ihren Augen untrennbar verbunden mit »der einzelnen Beziehung der Lehrerin und des Lehrers zu jeder Schülerin und jedem Schüler (…), damit jede und jeder einzelne immer wieder über sich hinauswachsen kann, fachlich und persönlich«.

Regine Möbius ist Schriftstellerin und Vorsitzende des Arbeitskreises gesellschaftlicher Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte

Im Dienst der Wissenschaft

Ethnologische Museen als Wissensinstitutionen und ihr (post-)koloniales Erbe

MAXIM PETERS

Museen sind Orte, an denen die Gesellschaft ihre Beziehung zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verhandelt, an denen Wissen und Kulturpraktiken gesammelt, aufgearbeitet und präsentiert werden. Museen sind Orte der Geschichte und Geschichten und stehen als solche in der Verantwortung, die Narrative, die sie erzählen, fortwährend zu hinterfragen, kritisch zu reflektieren und anzupassen. Dies ist insbesondere eine Herausforderung für die ethnologischen Museen in Deutschland, die nach ihrem heutigen Selbstverständnis maßgebliche Exponenten bei der Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte sein wollen. Viele der deutschen ethnologischen Museen sind in einer Zeit entstanden, in welcher das Deutsche Kaiserreich die Aneignung außereuropäischer Gebiete vorantrieb. Die Sammlungsgüter aus kolonialen Kontexten wurden zum Ausweis eines vermeintlich inferioren »Fremden« instrumentalisiert. Die damalige Aufgabe der »Völkerkundemuseen« bestand letztlich auch darin, das eurozentrische Weltbild, das von der Annahme der historischen Rückständigkeit nichteuropäischer Kulturen und der Pflicht ihrer Zivilisierung geprägt war, anhand ihrer Sammlungen zu repräsentieren und legitimieren.

Und obwohl Deutschland alle »seine« Kolonien mit dem Abschluss des Versailler Vertrages verlor, bestehen in Teilen noch heute koloniale und eurozentrische Sichtweisen in ethnologischen Museen. Um zu einer umfassenden Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus beizutragen, führten die damaligen für Kultur auf Bundesebene zuständigen Staatsministerinnen Monika Grütters und Michelle Müntefering in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Dezember 2018 an, dass es gilt, die Perspektive auf Sammlungsgüter aus kolonialen Kontexten als bloße »Objekte« kritisch zu hinterfragen und somit aus der Falle einer allein eurozentrischen Perspektive herauszukommen. Analog dazu fasst das von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden verabschiedete »Erste Eckpunktepapier« diese Forderung im Jahre 2019 auf und konstatiert die Notwendigkeit, das Bewusstsein für und das Wissen um die Kolonialgeschichte und ihre Auswirkungen auf die Gegenwart zu schärfen und zu vermehren.

Die Konzeption ethnologischer Museen in Deutschland

Die Geschichte der ethnologischen Museen in Deutschland ist untrennbar mit dem Eurozentrismus und Kolonialismus verbunden. Trotz zahlreicher Umbenennungen und Neukonzeptionen von Ausstellungen, in denen ethnologische Museen ihre koloniale Vergangenheit thematisieren, bleibt diese als irreversibler Makel haften. Zwar werden die Vorteile konservatorischer Möglichkeiten vor allem westlicher Museen im Rahmen des Diskurses hinsichtlich des Umgangs mit Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten keineswegs angezweifelt und größtenteils begrüßt; der Kern heutiger Diskurse beruht jedoch vielmehr darin, das Sammlungsgut aus der eurozentrischen, narrativen Gestaltungsmacht statt aus der Verwaltungsmacht ethnologischer Museen zu befreien. Um dieser Forderung gerecht zu werden, gilt es zwei Stränge der »Entfremdung« des Sammlungsgutes aufzudecken: zum einen den historischen Translokations- und zum anderen den Dekontextualisierungsprozess, den das Sammlungsgut durch die Integration in ethnologische Museen und damit einhergehender Bedeutungszuschreibungen erfahren hat. Schließlich waren die ethnologischen Museen nicht nur Monumente kolonialen Unrechts, sondern vor allem Monumente der Erziehung des weißen europäischen Menschen in kolonialem Denken, der eurozentrischen Perspektive, sowie der epistemischen und ästhetischen Schulung in Exotismus und Rassismus.

Die ethnologischen Museen in Deutschland, die vornehmlich Ende des 19. Jahrhundert gegründet wurden, verfolgten das Ziel, als wissenschaftliche Einrichtungen Wissen über die kolonisierten Völker zu vermitteln und zu erweitern. Im Mittelpunkt der Forschung stand dabei die Gegenüberstellung der europäischen »Kulturvölker« und der ahistorischen, außereuropäischen »Naturvölker«. Laut damaliger Vorstellung und mit der aus dem Sozialdarwinismus abgeleiteten Rassentheorie konform, verfügten Letztere nicht über Technik, Schrift und Geschichtsschreibung, sondern waren der Natur ausgeliefert sowie den alphabetisierten und industrialisierten »Kulturvölkern« Europas – und der westlichen Welt im Allgemeinen – unterlegen. Vor diesem Hintergrund kam den ethnologischen Museen zentral die Aufgabe zu, die angenommene Scala Naturae anhand des materiellen Kulturerbes zu verdeutlichen, um anhand der Erforschung der »primitiven Ursprünglichkeit« Aufschluss über die eigene urzeitliche Vergangenheit zu erhalten. Dies hatte die Sammlung möglichst »typischer« sowie »ursprünglicher und unverfälschter Objekte« zur Folge, die entsprechend ihrer jeweiligen angenommenen evolutionären Stufe und Zuschreibung ausgestellt wurden. Mithilfe des Argumentes, die Integration der Sammlungsgüter in die europäische Museumslandschaft würde zu ihrer Bewahrung und Konservierung führen, wurden die »Objekte« schließlich zu zeitlosen, naturwissenschaftlichen Artefakten erklärt; die ethnologischen Museen hingegen wurden über ihre Bedeutung als Wissensinstitutionen, die Geschichten über die »Ursprünglichkeit« bewahren, erforschen und ausstellen hinaus zu Orten der eurozentrischen Geschichtsschreibung deklariert – zu Orten, an denen die »Zivilisierungsmission« mithilfe der Artifizierung von Fragmenten vermeintlich aussterbender Völker legitimiert und sich der Rechtmäßigkeit der Kolonialisierung beispielsweise im Rahmen der sogenannten Rettungsethnologie vergewissert wurde.

Translokation und Dekontextualisierung

Noch heute erfahren die Sammlungsgüter aus kolonialen Kontexten eine Suspension ihrer eigentlichen kultischen oder politischen Bestimmung. Losgelöst von ihrem ursprünglichen (Funktions-)Kontext werden sie der allgemeinen Sichtbarkeit einer breiten Öffentlichkeit ausgesetzt. Dabei geht diese Zurschaustellung mit einer zweifachen Wesensverfälschung einher: Erstens ist die Zurschaustellung in ihren Auswirkungen vor allem in Bezug auf »kulturell sensibles Sammlungsgut«, wie es der Leitfaden des Deutschen Museumsbundes zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten anführt, von erheblicher Signifikanz, da diesem in den Herkunftsgesellschaften meist eine besondere Bedeutung zukommt und beispielsweise nicht von Angehörigen bestimmter Gesellschaftsgruppen betrachtet werden darf. Zweitens legte sie das Sammlungsgut durch Aufhebung ihrer Geschichte sowie religiöser, zeremonieller, sozialer und anderer Kontexte, in denen es stand, unter dem universellen Beurteilungskriterium der Ästhetik still. Was einst einer Gemeinschaft angehörte, versteckt oder fast unsichtbar war, rückte folglich in das Licht der Debatten des ästhetischen Urteils, welche die Sammlungsgüter zusätzlich unter den Inbegriffen der »primitiven Kunst« oder »N*kunst« diffamierten.

Den Museen in Deutschland kommt daher im Rahmen ihres öffentlichen Bildungsauftrages die zentrale Aufgabe zu, diese tradierten Narrative in ihren historischen Kontext einzuordnen und in der musealen Praxis des Ausstellens von Wissen zu diskutieren. So können sie auf der Grundlage des kulturellen Austausches einen Beitrag dazu leisten, den eurozentrisch konstruierten Blick zu verändern – weg von der sozialdarwinistisch geprägten »Schau des (geschichtslosen) Fremden«, hin zum Beleuchten neuer Wege, die zum Ideal der Gleichheit führen. Schließlich sind die Sammlungen selbst selten geeignet, ein den heutigen wissenschaftlichen Anforderungen genügendes Bild der »Ethnie«, aus der sie stammen, zu vermitteln. Der Kulturwandel der Herkunftsgesellschaft, der im letzten Jahrhundert stattgefunden hat, sollte folglich in die Ausstellungen aufgenommen werden. Wie der kulturelle Austausch im Rahmen von Ausstellungskonzepten umgesetzt werden könnte, bildet somit einen weiteren, zentralen Bestandteil hinsichtlich der Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus. Letztlich gilt es jedoch auch dabei, die eurozentrische Perspektive aufzuarbeiten, da es nicht ausreicht, über andere Kulturen zu lernen, wenn der eigene Rassismus verdeckt bleibt.

Maxim Peters studiert Kunstgeschichte und Politikwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Vom Publikumspreis zu den Oscars?

Europäisches Kino: Der LUX-Preis 2023

SABINE VERHEYEN

Das Europäische Parlament vergibt als einziges Parlament der Welt einen Filmpreis. In Kooperation mit der Europäischen Filmakademie, der Europäischen Kommission und Europa Cinema wird das europäische Kino alljährlich ins Rampenlicht gerückt. Seit 2007 haben der LUX-Filmpreis und sein Nachfolger, der LUX-Publikumspreis, dazu beigetragen, das europäische Kino zu feiern und das Bewusstsein für soziale, politische und kulturelle Fragen in Europa zu schärfen. Die Preisträger konnten in der EU und über ihre Grenzen hinaus große Erfolge verbuchen, sodass der Preis zu einem Synonym für die Produktion hochwertiger Filme geworden ist. Es wurden bisher mehr als hundert Filme bei der Untertitelung und dem Vertrieb unterstützt.

Filme sind ein fester Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses unserer Gesellschaft. Mit Filmen können bedeutende Ereignisse bewahrt und eine kritische Auseinandersetzung mit diesen angeregt werden. Wie andere Künste auch, sind Filme Teil der jeweiligen nationalen Kultur und entstehen zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort, was zu ihrer Einzigartigkeit und Authentizität beiträgt.

Das Kino wurde in Europa geboren und ist noch heute ein fester Bestandteil der europäischen Filmlandschaft. Allerdings sind die mächtigen Hollywood-Studios wie Sony Pictures, Walt Disney und Warner Bros auch in der EU stark präsent und beeinflussen das Filmangebot in großem Maße. Sieben der zehn erfolgreichsten Filme in der Europäischen Union waren 2021 aus US-Produktionen, bei den drei weiteren Top-10-Titeln waren die USA ebenfalls beteiligt.

In der Filmindustrie hat sich ein empfindliches Gleichgewicht zwischen kulturellen und kommerziellen Aspekten gebildet. Kreative Anliegen stehen hierbei im Konflikt mit marktorientierten Zielen. Die Klein- und Kleinstunternehmen, aus denen die europäische Filmindustrie besteht, haben es schwer, die nötigen finanziellen Mittel zu beschaffen, um sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. Dies liegt hauptsächlich an dem hohen Risiko, das mit der Branche verbunden ist, sowie an der mutmaßlich geringen Profitabilität des europäischen Marktes. Die starke Abhängigkeit der Branche von öffentlichen Mitteln spiegelt sich auch in den Daten des European Audiovisual Observatory wider. Im Jahr 2020 wurden etwa 4,7 Milliarden Euro öffentlicher Mittel für die europäische Filmindustrie ausgegeben.

Von 2014 bis 2020 standen im Rahmen des Programms »Kreatives Europa« für das Kino über 800 Millionen Euro zur Verfügung. »Kreatives Europa 2021–2027« ist die Fortsetzung und das einzige Programm der Europäischen Union, das unmittelbar auf kulturelle und audiovisuelle Aktivitäten ausgerichtet ist. Auf die Kultur- und Kreativbranche entfallen schätzungsweise 3,5 Prozent der Arbeitsplätze in der EU. Sie steht jedoch vor Herausforderungen wie einem starken globalen Wettbewerb, dem digitalen Wandel und seine Auswirkungen auf Einnahmen der Kulturschaffenden, der Schaffung, Verbreitung und Förderung von Inhalten sowie einem nach sprachlichen Gesichtspunkten fragmentierten Markt mit geringer länderübergreifender Verbreitung. Um Unternehmen bei der Bewältigung dieser zahlreichen Herausforderungen zu unterstützen, wurde das Gesamtbudget von »Kreatives Europa 2021-2027« in Höhe von 2,4 Milliarden Euro gegenüber dem Vorläufer um über 60 Prozent erhöht. Das Programm soll auch die Wettbewerbsfähigkeit der Kulturwirtschaft steigern und ihr Augenmerk verstärkt auf Umweltschutz, Digitalisierung und Inklusion lenken.

Die Zahl der Kinogänger in der EU und im Vereinigten Königreich ist zwischen 2020 und 2021 um mehr als 30 Prozent von 299 auf 394 Millionen gestiegen. Dennoch entspricht das Niveau von 2021 nur 40 Prozent der vor der Pandemie durchschnittlich verzeichneten Kinobesuche. Deshalb ist die europäische Filmbranche auf zusätzliche Hilfe angewiesen, und genau diese bietet der LUX-Publikumspreis: Filme, die die öffentliche Debatte in der EU mitten ins Herz treffen, stehen im Mittelpunkt des europaweiten Filmwettbewerbs. Dabei erhalten europäische Zuschauer die Gelegenheit, ihre Lieblingsfilme zu bewerten und sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen. Auf diese Weise können sie einen Beitrag dazu leisten, dass europäische Themen in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden.

Um für den LUX-Filmpreis in Betracht zu kommen, müssen die Filme zuerst von der Jury aus Filmschaffenden und Vertretern der Europäischen Filmakademie ausgewählt werden. Die diesjährigen fünf Finalisten wurden während der Verleihung des Europäischen Filmpreises in Reykjavík verkündet. Nominiert sind: »Alcarràs« von Carla Simón (Spanien und Italien), »Burning Days« von Emin Alper (Türkei, Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Griechenland, Kroatien), »Close« von Lukas Dhont (Belgien, Frankreich, die Niederlande), »Triangle of Sadness« von Ruben Östlund (Schweden, Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich) und »Will-o'-the-Wisp« von João Pedro Rodrigues (Portugal, Frankreich). Gemeinsame Themen sind Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Solidarität.

Die Zuschauer haben zusammen mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments die Möglichkeit, sich die Filme anzusehen und die Filme online zu bewerten, wobei die Stimmen jeweils zu 50 Prozent gewichtet werden. Der Gewinnerfilm wird bei einer Preisverleihung im Europäischen Parlament bekannt gegeben.

Mit dem LUX-Publikumspreis wird der Vertrieb, der Schwachpunkt des europäischen Kinos, gefördert. Daraus erklärt sich auch, warum der Gewinner nicht unmittelbar ein Preisgeld erhält. Stattdessen werden die drei Wettbewerbsfilme in den 24 Amtssprachen der EU untertitelt und während der LUX-Filmtage in über 60 Städten und auf verschiedenen Festivals gezeigt, wodurch Tausende von Europäerinnen und Europäern die Gelegenheit haben, sich diese anzusehen. Der Gewinnerfilm wird auch für Menschen mit eingeschränktem Seh- oder Hörvermögen angepasst. Der LUX-Publikumspreis soll zu einem Qualitätssiegel für die Unterstützung europäischer Filmproduktionen werden. Im Jahr 2021 wurden zwei Finalisten des LUX-Filmpreises für den Oscar nominiert: »Der Rausch« von Thomas Vinterberg und der Gewinner des LUX-Publikumspreises von 2021: »Kollektiv« von Alexander Nanau. Im vergangenen Jahr war der Finalist »Flee« der erste Film überhaupt, der in drei Oscar-Kategorien nominiert wurde: bester Animationsfilm, bester Dokumentarfilm und bester internationaler Spielfilm. Auch 2023 waren erneut zwei LUX-Filme unter den Oscar nominierten mit »Triangle of Sadness« und »Close«. Der LUX-Filmpreis zeigt uns eindrucksvoll, dass europäische Filme sich international nicht verstecken müssen.

Sabine Verheyen ist Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments

STIMME AUS DEM PARLAMENT

In der Beitragsreihe »Stimme aus dem Parlament« berichten die Vorsitzende des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments, Sabine Verheyen, und die Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages, Katrin Budde, von der Ausschussarbeit. Die bisher erschienenen Beiträge von Sabine Verheyen können Sie hier nachlesen: bit.ly/3wrtufU

Rundfunkklangkörper in Deutschland.

#WirSindKulturauftrag

unisono
Die Musikprofis.

uni-sono.org

FOTO: EUROPÄISCHES PARLAMENT

Der Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments ist für sämtliche kulturelle Aspekte der EU zuständig

»Wir wollen Künstlerinnen und Künstlern mehr Vertragsmacht geben«

Niklas Nienaß im Gespräch

Wie arbeiten Künstlerinnen und Künstler europaweit – und was gilt es für sie aktuell zu tun? Der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Niklas Nienaß berichtet im Gespräch mit Sandra Winzer über seine Aktivitäten im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende in ganz Europa.

Sandra Winzer: Beschreiben Sie in wenigen Worten die primäre Aufgabe von CULT.
Niklas Nienaß: Wir versuchen vor allem unsere Kompetenzen im Kultur- und Bildungsbereich auf europäischer Ebene zu verbessern. Sie sind begrenzt, weil die EU-Mitgliedsstaaten ihr hoheitliches Recht für sich beanspruchen. Innerhalb des Ausschusses habe ich meinen Fokus auf die Kultur und die Situation von Künstlerinnen und Künstlern gelegt. Mir geht es vor allem darum, deren Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern; dafür zu sorgen, dass sie sich in einem sicheren Rahmen bewegen können. Ich bin überzeugt, dass der Vorteil von Europa die Einigkeit in Diversität ist. Das zeigt sich in der Kultur. Die EU muss Garantin für die kulturelle Vielfalt sein und dafür sorgen, dass diese auch gelebt werden kann.

Wie stark beeinflussen aktuelle Weltgeschehen wie die Coronapandemie und der Krieg in der Ukraine die Arbeit von CULT?
In der Politik haben solche Ereignisse großen Einfluss auf die Arbeit. Für uns war die Coronapandemie mit Abstand die einschneidendste Situation. Das hat die Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern noch einmal verstärkt in den Vordergrund gestellt. Der Kulturbereich war der Sektor, welcher als Erstes geschlossen wurde und am schwierigsten wieder zu öffnen war. Wir haben beobachtet, dass gerade autokratische Staaten die Chance genutzt haben, um Künstlerinnen und Künstler von sämtlicher Finanzierung abzuschneiden. Die Diskussion um soziale Absicherung haben wir schon lange – Corona aber hat noch einmal katalysiert, was uns wirklich wichtig ist. Wir sind auch jetzt in einer prekären Lage im Kultursektor, weil wir im Vorhinein nicht gut vorgesorgt hatten.

Die Pandemie hat vor allem Freischaffende vor existenzielle Herausforderungen gestellt. Würden Sie sagen, die Kulturbranche befindet sich noch im Wiederaufbau?
In gewisser Weise schon. Es geht aber nicht darum, das wieder aufzubauen, was vorher war, sondern es besser zu machen. Wir wissen nicht, wann es wieder ein vergleichbares Ereignis wie die Pandemie geben wird. Wir müssen aber eine Ausgangssituation schaffen, in der wir Absicherungen für Künstlerinnen und Künstler haben; egal, was kommt. Damit sie ihren sehr wichtigen Job für die Gesellschaft ausführen können.

Ich möchte den Blick außerdem auf ganz Europa ausweiten. Die Situation in Deutschland ist problematisch. Aber: Wir haben in Deutschland auch die KSK, die Künstlersozialkasse, die dafür sorgt, dass selbstständige Künstlerinnen und Publizisten einen ähnlichen Schutz in der Sozialversicherung haben wie Arbeitnehmer. Sie ist bei Weitem noch nicht perfekt, aber sie ist da. Ein Umstand, den wir in vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten noch nicht haben, hier gibt es noch kaum Absicherungen, die Umstände sind noch prekärer. Wir müssen die Absicherung in ganz Europa aufbauen.

Immer wieder wird vom »Kultur-Prekariat« gesprochen, in dem Kulturschaffende hinter dem Schönen prekäre Arbeitsbedingungen haben: Selbstausbeutung, schlechte Bezahlung, Überlastung, Perspektivlosigkeit. Wie kann das verbessert werden?
Wir sind gerade dabei, einen Bericht dazu zu schreiben. Hier wollen wir vor allem über Vertragsbedingungen sprechen. Wir wollen Künstlerinnen und Künstlern mehr Vertragsmacht geben bei Vertragsabschluss. Sodass sie nicht dankbar dafür sein müssen, dass sie überhaupt arbeiten, ausstellen oder publizieren dürfen. Wir wollen sie ermächtigen und befähigen, mehr zu fordern und mehr zu bekommen.

Wie kann die künstlerische Freiheit besser geschützt werden?
Man möchte meinen, dass unsere Grundrechte vollständig sind, immerhin haben wir in der EU z. B. das Grundrecht von Kunstfreiheit. Das Problem aber ist die faktische Umsetzung und die wirtschaftliche Abhängigkeit von staatlicher Förderung. Ich denke da an die oftmals bestehende Abhängigkeit von Hochschulen und privaten Investoren. Diese zu durchbrechen ist das Ziel. Hier spielen Vertragsabschlüsse und ein soziales Netz eine wesentliche Rolle.

Eine andere Frage ist: Ob und wie wir es schaffen können, auf europäischer Ebene mehr Förderinstrumente aufzusetzen. Eines davon ist »Creative Europe« mit dem Ziel grenzüberschreitender europäischer Zusammenarbeit. Gleichzeitig aber bekommen Menschen, die regierungskritische Kunst machen, in Polen oder Ungarn etwa, keine Förderung. Sie werden von staatlichen Theatern, Universitäten, Galerien etc. ausgeschlossen. Somit haben sie nicht mehr die Möglichkeit, wirklich »freie« Kunst zu machen.

Wir brauchen ein Förderinstrument, das hilft, die Menschen zu unterstützen, die Repressalien befürchten müssen. Zentrale Frage ist: Wie können wir Künstlerinnen und Künstlern unterstützen, um Kunst und Kultur in ganz Europa zu stützen und zu fördern?

Stichwort Fördermöglichkeiten: Wie können Künstler und Urhebende angesichts der Streaming-Plattformen und Verbreitungsmöglichkeiten mehr Absicherung kriegen?
Dazu arbeiten wir an einem Report zum Thema Musikstreaming; das Thema lässt sich aber auch anwenden auf den audiovisuellen Bereich. Wir müssen uns den Verteilungsschlüssel anschauen. Ich halte das momentane System für nicht fähig. Weil auch Künstlerinnen und Künstlern mit einer kleinen Zuhörerschaft trotzdem so viel verdienen sollten, dass sie davon leben können. Stattdessen sehen wir eher eine Verteilung, die nicht immer gerechtfertigt ist. Ich finde das Prinzip des »user centric payment system« sehr interessant. Ich will mich aber noch nicht festlegen, wir sind noch am Anfang des Reports. Die Idee des Systems erscheint mir aber deutlich sinnvoller. Man beobachtet, was die Nutzenden wirklich anhören und welche Bands, Künstlerinnen und Künstler sie damit unterstützen. Wenn man sich vor 20 Jahren eine CD gekauft hat, ist das Geld an die Musikerinnen und Musiker bzw. das Label gegangen. Da war es egal, ob ich die CD einmal oder hundertmal gehört habe. Heutzutage ist das ein Unterschied. Wenn ich einmal im Monat einen Song höre und dafür bei Spotify zehn Euro zahle, geht mein Geld zu einem Großteil auch an Künstlerinnen und Künstler, die ich überhaupt nicht gehört habe.

Ich sehe aber auch, dass wir stärker auf die Finanzierung selbst schauen müssen. Ich weiß nicht, ob zehn Euro pro Monat wirklich noch eine adäquate Wertschätzung ist. Ich verstehe das Argument von Plattformen, die sagen, dass bei teureren Angeboten Piraterie zurückkommen könnte. Trotzdem könnten wir hier nachjustieren. Die Datenhoheit ist ein wichtiger Punkt. Abrufdaten dürfen nicht allein den Plattformbetreibenden gehören. Wer einen Film schaut und um welche Zielgruppen es geht – das sind Daten, die an die Herstellenden und Produzentinnen und Produzenten nicht weitergegeben werden. Gerade für Künstlerinnen und Künstler wären solche Daten aber wichtig. Das muss geteilt werden.

Kaum ein anderer Berufszweig spiegelt die Gesellschaft so stark wider wie die künstlerisch-kreativen Berufe. Was brauchen diese Berufe wiederum von der Gesellschaft »zurück«?
Wertschätzung ist der richtige Begriff. Auf der einen Seite schätzt unsere Gesellschaft Kultur durchaus; sie erhebt einen Anspruch auf Kultur und feiert sie. Es gibt Fans, die aus ihrem Fan-Sein eine Lebenseinstellung gemacht haben und selbst kreativ werden. In der Politik gibt es aber auch die Einstellung, dass einige Menschen Kultur für zu selbstverständlich halten. Sie konsumieren Kultur gern und sind begeistert. Dass wir uns aber für diesen Bereich einsetzen müssen; da kommen viele nicht drauf. Die Kulturfreiheit in Europa sinkt, das bekommen viele nicht mit. Erst wenn unsere Künstlerinnen und Künstler in Krisensituationen wie der Pandemie stecken und sagen: »Wir haben jahrzehntelang das geschaffen, was ihr in der Pandemie zu Hause konsumiert habt, um nicht komplett verrückt zu werden«, wachen manche auf. Gleichzeitig werden Urheberinnen und Urheber von der Gesellschaft auf der Strecke gelassen, weil sie keine Verträge, keine Absicherung und Honorierung haben.

Ich glaube, man muss als Gesellschaft nicht nur die Kultur wertschätzen oder das Produkt, sondern die Menschen, die dahinterstecken. Was bringt es der Person, wenn ihre Werke 100 Jahre später irre teuer verkauft werden, wenn sie im Jetzt nicht über die Runden kommt? Es passiert leider viel zu oft, dass Künstlerinnen und Künstler während ihrer künstlerischen Schaffensphasen am Hungertuch nagen.

Hat sich CULT seit Ausbruch des russischen Angriffskrieges für Künstlerinnen und Künstler in der Ukraine eingesetzt?
Im Rahmen von Cannes und der Berlinale haben wir uns stark mit ukrainischen Vertreterinnen und Vertretern auseinandergesetzt, weil wir festgestellt haben, dass sehr viele Filme schon gedreht sind, aber noch in der Postproduktion festhängen. Die Fördergelder wurden von der Ukraine gestrichen, weil das Geld umgeschichtet wurde durch den Krieg. Das Problem ist, dass der russische Angriffskrieg ja auch darauf abzielt, die Kultur der Ukraine zu zerstören. Plötzlich können Geschichten aus der Ukraine nicht mehr erzählt werden. Die europäischen Mitgliedsstaaten haben vereinbart, dass sie Produktionshilfe leisten. Das heißt, dass sie Geld zahlen, das auch zu Verleihern etc. geht. Es gibt ein großes Interesse daran, dass ukrainische Filme, Dokumentationen, Geschichten hier gezeigt werden.

Auch im Medienbereich haben wir Unterstützung für Journalisten geboten. Ich bin begeistert davon, wie die Szene selbst reagiert hat. Filmproduzentinnen und -produzenten sowie Kameraleute haben selbst organisiert, dass ihren Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine Equipment zugeschickt wird. Kameras, Drohnen oder Schutzwesten, das alles wurde privat organisiert, das ist sehr beeindruckend.

Was sind Ihre nächsten/wichtigsten To-dos für die nächste Zeit?
Ich habe jetzt noch knapp 13 Monate bis zur Wahl, bis diese Legislaturperiode fertig ist. Bis dahin arbeiten wir an zwei Berichten. Einer davon ist der erwähnte Musikstreaming-Initiativbericht. Eine gute Sache, um Fakten zu finden, das Parlament zu positionieren und festzulegen, welche die nächsten Schritte sein müssen. Der andere Bericht ist ein Initiativ-Legislativ-Bericht, also ein Gesetzesvorschlag, den wir der Kommission vorlegen wollen. Dort geht es um den »status of the artists«, also den Status der Künstlerinnen und Künstler. Hier wird viel drinstecken: die Frage nach sozialer Absicherung, die Frage nach Vertragsfreiheit, aber auch Steuerfreiheiten, Visabedingungen in Europa usw. Diese Themen müssen zusammenkommen. Sie sollen dann einen Standard bilden in Europa, damit Künstlerinnen und Künstler ihre Arbeit frei und sicher machen können. Damit Europa dem gerecht werden kann, dass Künstlerinnen und Künstler Garantinnen für Freiheit und Diversität der Kultur in ganz Europa sind. Das wollen wir noch im November im Parlament abstimmen und der Kommission vorlegen, damit sie uns einen Gesetzesentwurf zurückspielen kann. Hoffentlich klappt das noch in dieser Legislaturperiode, auf jeden Fall aber in der nächsten.

Vielen Dank.

Niklas Nienaß ist Mitglied des Europäischen Parlaments im Ausschuss für Kultur und Bildung. Sandra Winzer ist ARD-Journalistin beim Hessischen Rundfunk

Ein Jahrhundertwerk, teilweise unverfilmt

Nachruf auf Peter Lilienthal

JOHANNES KAGERER

Peter Lilienthal ist der einzige Berliner, der je die Berlinale gewann. 40 Jahre nachdem er mit seiner Mutter vor dem alltäglichen Terror des nationalsozialistischen Deutschlands floh, markiert der Goldene Bär den Höhepunkt seines Lebenswerks. Der Tod des 95-jährigen Regisseurs mahnt uns: Es ist Zeit, dieses Werk wiederzuentdecken.

Der vielversprechendste unter den jungen deutschen Regisseuren

Die New York Times feierte 1971 Peter Lilienthal als vielversprechendsten unter den jungen deutschen Regisseuren, lange bevor er sich im Berlinale Wettbewerb unter anderem auch gegen Rainer Werner Fassbinder durchsetzt. Seine experimentellen und provokanten Fernsehspiele fallen auf im Schwarz-Weiß-Fernsehen der 1960er Jahre – wenn auch zunächst nur durch historisch schlechte Publikumsbewertungen. In den Fernsehstudios genießt er Narrenfreiheit. Und wenn doch ein Sendermitarbeiter mal versuchte, den Unfug des Regisseurs zu bremsen, entgegnet der selten verlegene Autorenfilmer: »Das habt ihr wohl bei den Propagandakompanien gelernt.«

Die Verpflichtung gegenüber den Toten erschöpft sich für Lilienthal nicht in der Erinnerung an die Shoah

1939 war seine Mutter mit dem zwölfjährigen Peter Lilienthal und der Großmutter aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach Uruguay geflohen. Als sie knapp 20 Jahre später zurückkehren, waren sie die letzten Überlebenden der Familie. Das Bekleidungsgeschäft des Großvaters am Berliner Kudamm gab es nicht mehr. Sein bester Freund – ermordet in der Shoah, wie so viele seiner Familie und Schulkameraden.

Lilienthal gilt als Begründer des Neuen Deutschen Films und lehnt diese Zuschreibung doch immer entschieden ab. Als der Autorenfilmer Alexander Kluge das Oberhausener Manifest vorstellt, dreht er in Baden-Baden »Der 18. Geburtstag«, eine subtile Studie über den Konflikt zwischen wohlstandsfixierten Eltern und vernachlässigter Jugend. Kurz nach der Gründung des Filmverlags der Autoren verabschiedet er sich nach Chile, um mit seinem Freund, dem Poeten und späteren chilenischen Botschafter Antonio Skármeta, an »La Victoria« zu arbeiten. Seine Filme sind Autorenfilme. Sie zeigen eine Haltung, aber eine Nationalität haben sie nicht. Richtig ist aber auch: Der Neue Deutsche Film konnte nur werden, was er war, weil es Lilienthal gab. Ohne jeden Funken nationaler Sentimentalität, gegenüber jeder Überhöhung grundsätzlich misstrauisch, voller Respekt und Schamlosigkeit: Darauf konnte man bauen im Land der Täter und Mitläufer. Es brauchte auch den Weltbürger Lilienthal, um nach dem Traditionsbruch des Nationalsozialismus auch in Deutschland eine Filmschule zu begründen.

Mit »David« dreht er den ersten deutschen Film über die Shoah und gewann den Goldenen Bären 1979. Er erzählt die Geschichte von einem, der »Den Netzen entronnen« war, so der Originaltitel des Tagebuchs von Joel König, auf dem der Film basiert. Königs Erinnerungen schildern Alltag und Anekdoten von den idyllischen Kindheitsjahren über die Pogromnacht bis zum Leben in der Illegalität. Die Menschen, die in die Vernichtungslager deportiert werden, zeigt Lilienthal zuletzt, wie sie in das Dunkel einer Bahnhofshalle verschwinden. Für das, was sie danach erwartete, will er keine Bilder finden. Das letzte Wort im Buch: Auschwitz. Sein Film endet mit der rettenden Flucht des Protagonisten.

Denk ich an Deutschland: Ein Fremder

Die Verpflichtung gegenüber den Toten erschöpft sich für ihn aber nicht in der Erinnerung an die Shoah. Er sammelt Zeitungsausschnitte, insbesondere zu rechtsextremer Gewalt. Nach dem Mord an Walter Lübcke 2019 durch einen Rechtsextremisten und den rechtsmotivierten Anschlägen von Halle und Hanau in den Monaten danach, hat er stets einen dieser Artikel griffbereit in einer Schublade. »991 Einzeltäter?« lautet die Überschrift. Es ist die Titelseite der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung vom 18. März 1999. Der Artikel erinnert an die vielen unaufgeklärten rassistischen und antisemitischen Straftaten. Und er prangert die mantraartige Erzählung von verwirrten Einzeltätern an, mit der Behörden und der damalige Bundespräsident beschwichtigen. Ein Ergebnis dieser Beobachtung der Epidemie rechtsextremer Angriffe der 1990er Jahre ist der Film »Ein Fremder«. Der Film ist ein persönliches biografisches Mosaik aus Erinnerungen, Überzeugungen und Hoffnungen. Das Drehbuch umfasst Fragmente der eigenen Kindheitserinnerungen: Das Schild »Hunde und Juden unerwünscht« im Fenster einer Konditorei im Berlin der 1930er Jahre. Und die trotzige Reaktion der Mutter: »Wir backen deinen geliebten Kuchen selbst.« Lilienthal verknüpft diese Szenen mit der Gegenwart und reist mit der Kamerafrau Elfie Mikesch unter anderem nach Eberswalde, wo Amadeu Antonio Kiowa von rechtsextremen Jugendlichen ermordet wurde.

FOTO: FILMWERKSTATT MÜNSTER, BLEICKER

Der Regisseur Peter Lilienthal verstarb im April in München

Das unverfilmte Werk: Jud Süß

Lilienthal arbeitet in den 1990er Jahren auch an einer ganz anderen filmischen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. »Der Mann im Käfig« ist der Arbeitstitel einer Verfilmung von Lion Feuchtwangers Roman »Jud Süß«. Der Roman diente auch dem nationalsozialistischen Regisseur Veit Harlan als Vorlage für den Propagandafilm »Jud Süß«. 2001 erklärt er, ihn interessiere neben der Romanvorlage an Oppenheimer vor allem »der Abenteurer und Lebemann, der nicht mehr merkt, wo seine Feinde sind«. Kurze Zeit darauf gibt er das Vorhaben auf, diesen von den Nationalsozialisten missbrauchten Roman zurückzuerobern. Es ist nicht das einzige unverfilmte Werk des Regisseurs. Darunter erstaunlich viele epische Stoffe, etwa Magellans Weltumsegelung aus der Perspektive eines Schiffsjungen – mit Meuterei, Seeschlachten und Riesen. Auch das Projekt, das Lilienthal bis zuletzt als sein persönlichstes bezeichnete, erreichte nie Produktionsreife. »Simon der Zauberer« sollte von einem Jungen in Galizien erzählen und zeigt am deutlichsten die Spuren seiner großen Helden, dem in der Shoah ermordeten Schriftsteller und Zeichner Bruno Schulz und den in die USA emigrierten Literaturnobelpreisträger Isaac B. Singer. Ausgerechnet das Filmprojekt »Ikarus« schaffte es von allen epischen Lilienthal-Stoffen am weitesten. Die Crew stand schon in der Wüste bereit zu drehen, als die Finanzierung platzte – und alles abgebrochen werden musste.

Das nicht verfilmte epische Werk von Peter Lilienthal ist eine unsichtbare Lücke in der Filmgeschichte

Selbstverständlich kann ein Ausnahmeregisseur ein Historiendrama auch im Kleinen erzählen. Und dennoch braucht die Filmkunst wie keine andere eine wirtschaftliche Basis. Die Protagonisten des Neuen Deutschen Films wussten das und forderten im Oberhausener Manifest eine kulturelle Filmförderung und erklärten sich im Gegenzug bereit, mehr wirtschaftliche Risiken zu tragen. Diese Art von Filmpolitik interessierte Lilienthal nie, das Nötigste ließ er sich von Alexander Kluge erklären. Er arbeitete am Werk. Was uns davon heute bleibt, ist in Teilen in Archiven eingeschlossen. Und teilweise ist es nie verfilmt worden. Das nicht verfilmte epische Werk von Peter Lilienthal ist eine unsichtbare Lücke in der Filmgeschichte.

Johannes Kagerer ist Herausgeber der Edition »Peter Lilienthal Archiv 1« und Autor der Dokumentation »Eine Sprache für Freunde – Leben und Werk von Peter Lilienthal«. Die Edition wurde als bedeutendste Publikation zum deutschen Film-Erbe mit dem Willy Haas-Preis 2020 ausgezeichnet

Rassistisches Propaganda-Tool?!

Die veränderte Rolle des Laizismus in Frankreich

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Zu Beginn gleich eine steile These: »Der Laizismus entwickelt sich zu einem rassistischen Prinzip.« Damit hoffe ich nicht nur, schon zum Einstieg für die gebotene Aufmerksamkeit gesorgt zu haben. Es steckt etwas zum Nachdenken in dieser zugespitzten Aussage. Ich habe sie mir nicht selbst ausgedacht. Gehört habe ich sie auf einer Tagung von einer in Frankreich arbeitenden deutschen Politikwissenschaftlerin. Wie sie mir im Gespräch erklärte, ist sie nicht kirchlich gebunden oder geprägt. Ihre These ist also klerikaler Apologie unverdächtig. Doch was meint die junge Wissenschaftlerin?

Der Laizismus ist das eine große religionspolitische Prinzip Frankreichs. Das andere ist der politische Konservatismus, mit dem er sich seit der großen Revolution einen zähen Kampf liefert. Mal obsiegt die revolutionäre Sache und drängt die Macht der katholischen Kirche zurück. Mal schlägt die Reaktion zurück und erobert für die ehemalige Staatsreligion Terrain zurück. Der Kampf war stets erbittert, Kompromisse waren unmöglich, die Rollen klar verteilt. Hier die Partei des Fortschritts und der Religionsfeindlichkeit, dort die Gegenpartei des Konservatismus und des Klerikalismus.

Doch diese zugegeben klischeehafte Zuordnung stimme nicht mehr, so die deutsch-französische Politikwissenschaftlerin. Denn der Streit gehe nicht mehr um den Katholizismus – der Protestantismus spielt keine Rolle, er wurde seit der Bartholomäusnacht brutal-erfolgreich unterdrückt –, sondern jetzt gehe es um den Islam. Es gehe nicht mehr darum, eine einst übermächtige religiöse Institution zurückzudrängen, sondern darum, eine neue Bevölkerungsgruppe abzudrängen. Dies sei nicht neu, aber in den letzten Wahlkämpfen krass hervorgetreten. Jetzt seien es rechtspopulistische Stimmen – und konservativ-bürgerliche, die sie nachahmten –, die den Laizismus als das heilige Prinzip der großen Nation beschwören, um migrantische Bevölkerungsgruppen zu marginalisieren. Der Laizismus verwandele sich so von einem emanzipatorischen zu einem repressiven Instrument. Man könne auch sagen: zu einem rassistischen Propaganda-Tool.

Damit soll nicht bestritten werden, dass es problematische islamistische Tendenzen und terroristische Gefahren gibt. Aber ob der Neo-Laizismus von rechts dagegen hilft? Ich erkenne hier nicht nur eine fatale Tendenz, sondern auch eine konzeptionelle Hilflosigkeit. Denn die Antwort, die der Laizismus auf religiöse Fragen kennt, besteht schlicht darin, sie ins Private zu verbannen. Diese Verdrängung basiert auf dem Irrglauben, dass Religion rein privat sein könne. Schon ein flüchtiger Blick in die Religionsgeschichte lehrt das Gegenteil: Jede Religion ist immer auch ein soziales Phänomen. Selbst die heutige Yoga-Spiritualität ist eine soziale Macht,

sonst würde sie nicht so gut in die konsumkapitalistische Gesellschaft passen. Es ist deshalb sinnvoller, den Religionen einen Ort in der Gesellschaft zu geben, um auch öffentlich über sie zu sprechen. Dazu gehört nicht zuletzt der Schulunterricht. Religion muss ein Bildungsgegenstand sein. Sonst kann man sich kein Urteil über sie bilden, also problematische Tendenzen – wie den Islamismus – präzise kritisieren, aber auch der Kultur marginalisierten Bevölkerungsgruppen – ihrer muslimischen Volksfrömmigkeit – Respekt entgegenbringen. Denn was sollen muslimische (oder christliche oder jüdische) Jugendliche denken, wenn schon in der Schule peinlichst darauf geachtet wird, dass ihre Religion niemals vorkommen darf? Richtig: Dass sie nicht dazugehören sollen! Darüber sollten diejenigen nachdenken, die heute in Deutschland das hergebrachte liberale Modell zugunsten eines doktrinären Laizismus ersetzen wollen. Sie werden damit nur ein französisches Problem importieren – und ein giftiges Erbe der DDR wiederbeleben.

Ein »Fun Fact« zum Schluss für alle, die meinen, in Frankreich wäre die Trennung von Staat und Kirche klarer durchgeführt: Wem gehören dort die unzähligen (katholischen) Kirchengebäude? A: der Kirche oder B: dem Staat? Verblüffend, aber wahr: Die Antwort lautet B.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON …

Donatella Fioretti ist als neue Rektorin der Kunstakademie Düsseldorf gewählt worden
Ende April wurde die italienische Architektin Donatella Fioretti als neue Rektorin der Kunstakademie Düsseldorf gewählt, sie folgt damit auf den kommissarischen Rektor des Kunsthauses, Johannes Myssok. Nach einem Abschluss an der Architekturuniversität Venedig arbeitete Fioretti in Berlin und in Lugano in der Schweiz. 1995 gründete sie mit zwei Kollegen ihre Firma für Architektur und Stadtplanung, das Studio Bruno Fioretti Marquez. Außerdem fing sie 1996 mit Vorlesungen, Workshops und Sommerakademien in Europa und Amerika an. Sie unterrichtete an der Technischen Universität Berlin und lehrt seit 2017 Baukunst an der Kunstakademie Düsseldorf.

Anna Nowak wird Leiterin des Kunsthauses Hamburg
Ab Juli übernimmt Anna Nowak die Geschäftsführung und künstlerische Leitung des Kunsthauses Hamburg. Damit tritt sie die Nachfolge von Katja Schroeder an. Als Kuratorin am Kunsthaus Hamburg ist Nowak bereits seit 2019 tätig mit den Schwerpunkten Transkulturalität, Digitalität und Biodiversität. Zuvor arbeitete Nowak zwei Jahre lang als kuratorische Assistentin bei der documenta. Sie leitete dann zwischen 2013 und 2016 die Hamburger Galerie Sfeir-Semler.

Lavinia Frey ist die neue Leiterin des Internationalen Literaturfestivals Berlin
Die Kulturmanagerin Lavinia Frey übernimmt die Leitung des ILB nach dem Rücktritt des Festivalgründers und langjährigen Direktors Ulrich Schreiber. Bevor Lavinia Frey sich der Kultur- und Kunstvermittlung zuwandte, war sie sechs Jahre lang als Theaterregisseurin tätig. Seither hat sie viele internationale Kulturprojekte initiiert und geleitet, zuletzt in der Programmleitung des Humboldt Forums Berlin. Zuvor war Lavinia Frey auch Geschäftsführerin der Humboldt Forum Kultur GmbH sowie Projektleiterin im Verbund museum4punkt0.

Staatsoper Hannover: Christian Blossfeld ist neuer Ballettchef
Christian Blossfeld ist neuer Balletttdirektor der Hannoverschen Staatsoper nach der Vertragsauflösung seines Vorgängers, dem Choreografen Marco Goecke. Blossfeld absolvierte seine Ausbildung an der staatlichen Ballett- und Artistikschule Berlin. Als Solotänzer arbeitete er für renommierte Compagnien wie das Leipziger Ballett und die Deutsche Oper am Rhein. 2015 beendete Christian Blossfeld seine Tanzkarriere. Von 2016 bis 2019 arbeitete er an der Schnittstelle zwischen Geschäftsführung, Dramaturgie und Öffentlichkeitsarbeit am Stuttgarter Ballett. Ab der Spielzeit 2019/20 wurde er stellvertretender Direktor des Staatsballetts Hannover.

Deutscher Tanzpreis 2023 an Pina Bauschs Erben verliehen
Vier Tänzerinnen und Tänzer wurden dieses Jahr mit dem Deutschen Tanzpreis ausgezeichnet: Malou Airaudo, Josephine Ann Endicott, Lutz Förster und Dominique Mercy. Das Quartett gehört zur ersten Tänzergeneration des von der Choreografin Pina Bausch 1973 gegründeten Tanzensembles. Die vier ehemaligen Mitglieder des Tanztheaters Wuppertal waren an der Profilierung des Tanztheaters intensiv beteiligt und prägten Schlüsselrollen des Repertoires. Zudem trugen sie nach Pina Bauschs Tod 2009 durch Weitergabe ihres Wissens zum Überleben der Werke bei.

Zukunft der Kirchenmusik

Kulturpolitik & Religion

Welche Kirche braucht die Musik? In der neuen Schriftenreihe des Allgemeinen Cäcilien Verbandes »Kirche – Kultur – Kontroverse« stellen Marius Schwemmer und Joachim Werz diese ungewöhnliche Frage, die bisher noch nicht in Theologie- und Kirchenkreisen behandelt wurde. Auf den ersten Blick würde man sich eher fragen, welche Musik die Kirche braucht, aber hier drehen die Autoren die Argumentation um und stellen die Frage nach der Zukunft der Kirchenmusik und ihrer Akteure. So steht im Mittelpunkt der Reflexion die Art von Kirche, die die Musik für ihr eigenes Wesen braucht.

So berufen sich die Autoren des Sammelbandes »Welche Kirche braucht die Musik?« auf Positionen aus Politik, Kirche und Musik, um die Frage nach der Beschaffenheit der Kirche bestmöglich anzugehen. Jedes Statement bearbeitet ein Thema in Bezug auf die Rolle der Kirche, was sie tun und verkörpern sollte. Darunter steht beispielsweise der Beitrag der Präsidentin des Landtages Brandenburg Ulrike Liedtke »Musik braucht eine offene Kirche« sowie der vom Unternehmer und Mäzen Hans-Albert Courtial »Musik braucht eine Kirche, in der Menschen geistlich und geistig Heimat finden«. Das Ziel dieses Sammelbandes besteht auch darin, das Verhältnis von Kirchenmusik und Kulturpolitik zu reflektieren und Anregungen zur aktuellen Rolle der Kirche als Institution bei der Realisierung, Schaffung und Rezeption von Kunst mit religiösem Inhalt zu geben.

Durch die Pluralität an Äußerungen bietet das Buch »Welche Kirche braucht die Musik?« einen Raum für eine vielseitige Reflexion über die Zukunft der Kirchenmusik und der involvierten Akteure. Diese Statements ermöglichen es, einen umfassenden Blick auf die Herausforderungen zu werfen und der Kirchenmusik eine neue Stimme zu verleihen.
Audrey Fricot

Marius Schwemmer und Joachim Werz (Hg.). Welche Kirche braucht die Musik? Statements aus Kirche und Politik. Regensburg 2023

Die Kulturpolitik als »Handwerk«

Viel Pflicht, wenig Kür

Was ist denn noch gleich ein Pflichtenheft? Ein vom Auftragnehmer erstellter Projektplan, mit dem er das Lastenheft des Auftraggebers erfüllen möchte; so etwa in den Handwerksberufen. Und nun legt Olaf Zimmermann, umtriebiger Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, in 52 Beiträgen sein ganz persönliches Pflichtenheft vor. Aus seiner Praxis heraus werden aktuelle gesellschaftliche Themen wie Kunst, Werte, Medien, Handel, Bildung, bürgerschaftliches Engagement, Inklusion, Karneval, Religion, Erinnerung, Digitales, Natur und Nachhaltigkeit analysiert; alles wesentliche Felder seiner »Baustelle Kultur«, für die zahlreiche fleißige Handwerker nötig sind. Und ohne ein sorgfältig geführtes Pflichtenheft kann aus einer Baustelle kein kulturelles Haus errichtet werden. Notwendig ist ferner ein langer Atem. Der aufmerksame Leser merkt rasch, dass er eine lebendige Expertise aus der Praxis erhält; viel Pflicht und weniger Kür. Zimmermann setzt sich neben seiner Analyse ausführlich mit den erforderlichen Rahmenbedingungen auseinander, damit Kultur mit ihren zahllosen Akteuren klappen kann. Für den wohl einflussreichsten deutschen Kulturlobbyisten eine persönliche »Dienstleistung«. Und dazu gehört es auch, Geld zu besorgen, das ausreichend sein muss, um damit über die Runden zu kommen. Dass kulturpolitisches Handeln aktuell und anregend sein kann, zeigen Themen, an die einige bei Kultur nicht gleich denken würden, etwa Anthropozän, Computerspiele, Digitalisierung, Geschlechtergerechtigkeit, Krieg, Nachhaltigkeit, Stadtentwicklung oder Synodaler Weg. Und besonders erfrischend: Zimmermann unterscheidet nicht zwischen sogenannter E- und U-Kultur. Übrigens findet sich auf der Rückseite des Taschenbuchs ein Braille-Code, der zu einer digitalen Version des Buches führt. Hervorragend! Fazit: Eine lehrreiche und erfrischende Pflichtlektüre mit Niveau für alle, die sich mit Kultur(-politik) und ihrem Mehrwert beschäftigen möchten.
Thomas Schulte im Walde

Olaf Zimmermann. Mein kulturpolitisches Pflichtenheft. Deutscher Kulturrat Berlin 2023

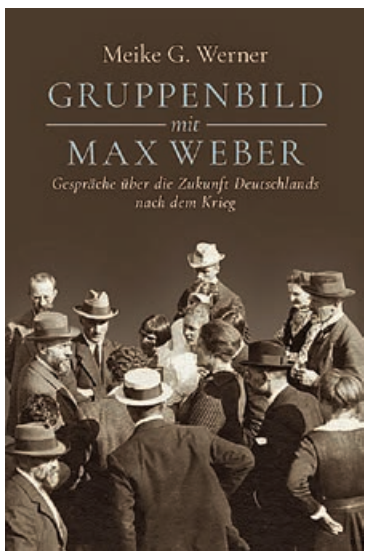
Gruppenbild mit Max Weber

Deutsche Intellektuellengeschichte

Eugen Diederichs, der erfolgreiche Kulturverleger, sah Anfang 1917, angesichts von Kriegsmüdigkeit und Verzweiflung im vierten Kriegsjahr, die Zeit gekommen, um eine geistige Standortbestimmung zu versuchen und die Nachkriegsordnung Deutschlands in den Blick zu nehmen. Dafür wollte er die interessantesten intellektuellen Köpfe der Zeit versammeln, und zwar nicht in der Metropole Berlin, sondern ausdrücklich in der Provinz. Auf der malerischen Burg Lauenstein in der thüringisch-bayerischen Grenzregion, wo der Krieg weit weg war, trafen sich zwischen Pfingsten 1917 und 1918 etwa 70 Teilnehmer insgesamt dreimal. Zu den Lauenstein-Fahrern gehörten Marianne und Max Weber, Otto Neurath, Werner Sombart, Ferdinand Tönnies, Theodor Heuss, Friedrich Meinecke, Ernst Toller und Gertrud Bäumer. Der Teilnehmerkreis bestand aus jungen und alten, weiblichen und männlichen Akteuren unterschiedlichster politischer und weltanschaulicher Richtung, die hier noch einmal nach einem gemeinsamen Weg suchten.

Die Lauensteiner Tagungen, obwohl in der Forschung nicht unbekannt, gewinnen jetzt durch das Buch von Meike Werner an Anschaulichkeit und Tiefe. Die Autorin erzählt anhand einer Reihe von wieder aufgetauchten Fotografien, in welcher Beziehung die Teilnehmer zueinanderstanden und welche Positionen sie vertraten. Der unumstrittene Star der ersten beiden Tagungen war Max Weber, der sich gegen irrationale Heilserwartungen wandte und für eine demokratische Ordnung eintrat. Doch besteht das Verdienst des Buches darin, auch seine Kontrahenten zu Wort kommen zu lassen und die Geschichten zu erzählen, die wenig mit dem berühmten Soziologen zu tun haben, aber für das Verständnis der geistigen Gemengelage entscheidend sind – insgesamt ein faszinierender Einblick in die deutsche Intellektuellengeschichte.
Michael Knoche

Meike G. Werner. Gruppenbild mit Max Weber: Gespräche über die Zukunft Deutschlands nach dem Krieg. Göttingen 2023



Der etwas andere Campusroman

Jüdische Identität und mehr

Joshua Cohen entwirft mit seinem Roman »Die Netanjahus« eine zwischen Realität und Fiktion oszillierende Geschichte, die als beißende Satire entlarvende Rückblicke in das Leben des emeritierten jüdischen Historikers Ruben Blum gewährt. Blum, der ab den 1950er Jahren am fiktiven Corbin College im Bundestaat New York eine Professur für Amerikanische Wirtschaftsgeschichte innehat, wird nach Drängen des Dekans Teil einer Kommission, welche über die Vergabe eines Lehrstuhls an den israelischen Historiker Ben-Zion Netanjahu entscheiden soll. Die Begründung für dieses forcierte Mitwirken findet der Dekan im geteilten Jüdischsein der beiden Historiker und veräußert damit eine der zahlreichen herablassenden Bemerkungen, denen Ruben Blum als Teil der jüdischen Diaspora in den USA seit jeher mit absoluter Anpassung begegnet. Dabei ist Indifferenz keineswegs etwas, das Cohen seiner Figur des radikal zionistischen Netanjahu beimisst; vielmehr kulminiert das Aufeinandertreffen der beiden Professoren mit ihrem dichotomen Verhältnis zum Jüdischsein in einer grotesken Szenerie absoluter Entgrenzung. So fällt Netanjahu samt seiner Frau und den drei Söhnen in das sorgsam hergerichtete Haus der Familie Blum ein und stiftet vollkommenes Chaos: Zwischen Tisch- und Stuhlbein wird der jüngste Sohn Iddo gewickelt, während seine beiden Brüder durch das Haus stürmen. Der in Slapstick-Manier geistreich mit Klischees spielende Höhepunkt des Buchs verdeutlicht dessen wiederkehrendes Prinzip, die politische Brisanz sowie die historische Schwere des Themas mit Komik zu unterwandern. So schafft es Cohen, in diesem Dazwischen die großen Fragen nach jüdischer Identität, Geschichtsschreibung, Ideologie, Religion und Sprache aufzuwerfen, was »Die Netanjahus« zu einer absolut lesenswerten und hochaktuellen Auseinandersetzung macht.
Anna Göbel

Joshua Cohen. Die Netanjahus. Aus dem Englischen von Ingo Herzke. Frankfurt am Main: 2023

PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Politik & Kultur

Julien de Cerval, Gärten von Marqueyssac, Frankreich, entworfen in den 1860er Jahren

FOTO: ROMAIN LAPRADE, 2020

THEMA

Vom Garten Eden zum Urban Gardening

Gartenkultur ist ein fester Bestandteil der Kultur- und Naturgeschichte

OLAF ZIMMERMANN

Wohl kaum etwas wird so sehr mit Natur assoziiert und ist so sehr Kultur wie der Garten. Ein Garten ist per se Kultur. Er wird angelegt, ob exakt oder wild, ob nach Vorbildern oder eigenem Gutdünken und Geschmack, ob mit Zierpflanzen, mit Rasen oder mit Obst und Gemüse. Der Garten ist Menschenwerk.

Er ist damit genau das Gegenteil vom Paradies oder Garten Eden, der nach der Schöpfungsgeschichte der hebräischen Bibel vom Herrn geschaffen wurde und aus dem, nachdem sie vom Baum der Erkenntnis gekostet hatten, Eva und Adam vertrieben wurden. Sie sollten fortan im »Schweiße ihres Angesichts« ihr Brot essen. Sie mussten den Boden urbar machen und ihn beackern. Um im Bild zu bleiben, sie waren die ersten Gärtner.

Nicht nur im Judentum, Christentum und Islam hat das Paradies als Garten eine Bedeutung. Auch in anderen Religionen oder auch Mythologien spielen Gärten eine besondere Rolle. Sie sind zumeist Orte der Schönheit, der Glückseligkeit, und obwohl sie menschengemacht sind, werden sie als Natur erfahren.

Die Gartenkultur ist ein fester Bestandteil der Kultur- und Naturgeschichte. Sie ist stets Ausdruck gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungen. Zu denken ist etwa an Klostergärten, die der Selbstversorgung der Ordensleute dienten, in denen Pflanzenzucht betrieben wurde, deren Kräuter zu Medikamenten und Alkoholika verarbeitet wurden und die damit einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Substanz leisteten. Kreuzgänge in Klöstern sind gelungene Kompositionen von Architektur und Gartenkultur. Französische Gärten oder Barockgärten stehen für die Repräsentation in einer bestimmten Epoche. Englische Gärten und insbesondere Parks sind das Ergebnis gärtnerischen Planens und Gestaltens, auch wenn sie sehr oft gleichsam »naturwüchsig« erscheinen.

Gartenkultur ist stets Ausdruck gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungen

Emanzipatorische Ideen liegen den Volksparks zugrunde. Auch Kleingärten oder Schrebergärten, die oftmals als Ausgeburt der Spießigkeit verspottet werden, gehen auf Ideen zurück, Menschen, die unter beengten Verhältnissen leben, die Möglichkeit zu bieten, in ihrem eigenen Garten, in der Natur, sich selbst zu versorgen. Im entwicklungspolitischen Kontext werden Kleingärten teilweise als Chance zur Sicherung der Ernährungsvorsorge gesehen. Urban Gardening kann als eine moderne Form des Kleingartenwesens gesehen werden. Hier werden Brachen genutzt, um Gärten anzulegen. In Berlin teils von professionellen Kräften angelegt und betreut, bieten sie Ehrenamtlichen die Chance mitzuarbeiten und sind dabei ein lebendiger Teil der Nachbarschaftskultur.

Botanische Gärten sind nicht nur Erholungsorte und Stätten, an denen exotische Pflanzen bestaunt werden können. Sie sind zugleich Forschungszentren. In ihnen werden Pflanzen und ihre Vegetationsbedingungen erforscht. Hier wird Saatgut bewahrt und in der jeweiligen Flora werden seltene Pflanzen vermehrt.

Gärten haben einen sehr hohen Erholungswert und viele Menschen gärtnern – im eigenen Garten, im Kleingarten oder auch im kleinen Rahmen auf dem Balkon. Auf welch großes Interesse das Gärtnern stößt und welcher Beratungs- und Gesprächsbedarf lässt sich auch an den zahlreichen Fernsehsendungen ablesen, in denen mal informativ, mal boulevardesk über das Gärtnern viel zu erfahren ist. Bis hin zu konkreten Pflanz- und Pflegetipps für die Anlage von Gärten bzw. deren Pflege. Hiermit wird offenbar ein großes Informationsbedürfnis gestillt.

Der Klimawandel ist sowohl für die angelegten Gärten im Sinne von Kulturlandschaften als auch für den heimischen Garten eine große Herausforderung. Heimische Gehölze sind Trockenheit und Dürreperioden kaum gewachsen. Gleichzeitig besteht insbesondere für historische Gärten die Herausforderung, das Kulturerbe Garten zu bewahren. Das gilt insbesondere für den Baumbestand. Viele historische Gärten gehen dazu über, in eigenen Baumschulen unter den aktuellen klimatischen Bedingungen den historischen Baumbestand nachzuzüchten, in der Hoffnung, dass diese Bäume klimaresistenter sein werden.

Gärten sind auch ein wichtiges Motiv für Künstlerinnen und Künstler

Zugleich ist es mit Blick auf zunehmend heißere Sommer in unseren Breiten sowie Starkregen immer wichtiger, Grün in der Stadt zu haben. Stadtgrün spendet Schatten, macht die Witterung, insbesondere Hitze, leichter erträglich. Gleichzeitig hilft Stadtgrün bei Starkregen, den Regen aufzunehmen und erst sukzessive abzugeben.

Neben der beschriebenen Bedeutung, die Gärten für Mensch und Natur haben, sind Gärten auch ein wichtiges Motiv für Künstlerinnen und Künstler. Beispiele hierfür sind die Gartenbilder von Max Liebermann oder Claude Monet. Ihre Gärten boten einerseits Motive für ihre Bilder, sie wurden allerdings auch mit Blick auf die Bilder angelegt. Auch hier zeigt sich wieder die enge Verzahnung von Natur und Kultur, die Bertolt Brecht in »Der Blumengarten« so wunderbar beschrieb:

Am See, tief zwischen Tann und Silberpappel / Beschirmt von Mauer und Gesträuch ein Garten / So weise angelegt mit monatlichen Blumen, / Daß er vom März bis zum Oktober blüht.

Hier in der Früh, nicht allzu häufig, sitz ich / Und wünsche mir, auch ich mög allezeit / In den verschiedenen Wettern, guten, schlechten / Dies oder jenes Angenehme zeigen.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

THEMA

Gartenkultur?

Historische Ableitungen aktueller Phänomene

STEFAN SCHWEIZER

Der unscharfe, aber weitverbreitete Begriff Gartenkultur ist nicht nur in einem engeren philologischen Sinn problematisch. Er will die Vielfalt der mit Gärten verbundenen bzw. aus Gärten hervorgehenden kulturellen Umgangsformen und Praktiken unter ein Schlagwort subsumieren. Dabei muss zunächst konstatiert werden, dass bereits der Garten nur noch partiell Natur ist, nämlich kultivierte Natur und mithin ein kulturelles Produkt darstellt. Gärten sind auf der Ebene der Konzeption und Aneignung Elemente der Kultur unter Einschluss lebendiger Natur und deren Eigengesetzlichkeit. Jenseits dieses Widerspruchs bezieht sich Gartenkultur, es wird damit nicht einfacher, auf eine äußerst heterogene Gesamtheit an praktischen und theoretischen Perspektiven auf Gärten, Parks, partiell Landschaften und den Stadtraum. Die Bandbreite reicht von Botanik und Nutzgärtnerei über das literarische Genre der Bukolik oder Ziergärten bis hin zur Landschaftsarchitektur, zu Friedhöfen, Schrebergärten und Urban Gardening, ja bis zum Wintergarten oder zur niederländischen Tulpenindustrie. Gartenkultur schließt also auf Gärten bezogene, mit Gärten verbundene oder aus Gärten hervorgehende Produktions-, Gestaltungs- sowie Rezeptions- und Unterhaltungsformen ein.

Nicht unterschätzen sollte man, dass der Terminus Gartenkultur auch als ideologischer Kampfbegriff verwendet wurde, etwa in der Reformzeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg von dem Gartenarchitekten Leberecht Migge. Er betonte mit dem Begriff in seiner 1913 publizierten »Gartenkultur des 20. Jahrhunderts« die sozialen Dimensionen von Gärtnerei sowie Gartenkunst und hielt die Gartenpraxis der Ziergärtner mit ihrer Beschränkung auf ornamentale Aufgaben für dringend reformbedürftig. Zugleich forderte Migge eine Ergänzung der Städte um Parks sowie Nutzgärten für Arbeiterinnen und Arbeiter, um auf diese Weise Mangelernährung zu begegnen und die Entfremdung deklassierter urbaner Schichten von der Natur aufzuhalten. Migge instrumentalisierte den Begriff Gartenkultur sozialpolitisch, ein im Rückblick legitimer Partizipationsanspruch, der erfolgreich Wirkung entfaltete.

In Gärten nahmen kulturelle Praktiken ihren Ausgang, die in eine Unterhaltungskultur der Moderne mündeten

Migge ist ein früher Sonderfall, aber hinter dem von ihm popularisierten Terminus Gartenkultur verbirgt sich heute in der Regel die Behauptung, alles hänge mit allem zusammen, was nicht leicht zu widerlegen ist, aber am Ende auf die Bequemlichkeit hinausläuft, genauer zu differenzieren. Ich rate daher eher zur Vorsicht, wenn jemand den Begriff Gartenkultur verwendet, ohne ihn genauer zu definieren. Aber verlassen wir diese Ebene, vermutlich sind andere thematische Zuspitzungen und historische Ableitungen interessanter, wenn sie auch überraschen mögen. Verdeutlicht werden soll, was das Kompositum bereits anzeigt: Die jeweilige Semantik von Gartenkultur hängt vom Verständnis dessen ab, was jeweils Kultur umfasst.

Eine dezidiert kulturelle Prägekraft besitzen Gärten im weitesten Sinne auf den Feldern der Kunst, des Sozialebens, der Politik und auch der Religion. Als kulturelle Prägung könnte man das in Gärten vermittelte Bild der Natur betrachten, bestimmte kulturelle und soziale Praktiken, die in Gärten ihren Ausgang nahmen bzw. an Gärten gebunden waren und sind. Zu verweisen wäre exemplarisch auf die seit dem 17. Jahrhundert in der Welt des Adels, der Fürsten, aber auch des begüterten Bürgertums verbreitete Promenade als eine neue Kulturtechnik. Gärten und Parks werden zu diesem Zeitpunkt als Begegnungsorte mit der Natur in Szene gesetzt und auch so empfunden. Da zahlreiche Residenzgärten bereits seit dem 17. Jahrhundert Orte der Öffentlichkeit darstellten, mussten in ihnen Formen einer ständeübergreifenden Kommunikation eingeübt werden. Gärten wurden auf diese Weise Orte der Disziplinierung, eine soziale Praxis, die von der nichtständischen Bevölkerung verlangte, sich im Park wie Leute von Stand zu benehmen. Die letzten Vorrechte derer von Stand wurden an kaum einem anderen Ort besser zusammengefasst als in einer Gartenordnung im Großen Garten zu Herrenhausen aus dem Jahr 1777. Unter Punkt V heißt es: »(…) gemeinen Leuten wird jedoch bey leibes strafe verboten: (…) sich der bäncke beÿ der grossen Fontaine nur als dann zu bedienen wenn solche für Standes Personen oder vornehmen Fremde nicht nötig fallen.«

Der disziplinierende Effekt der Gartenöffentlichkeit trat zunehmend in Widerspruch zu dem aus der Natur abgeleiteten Gebot der Gleichheit. Auf diese Weise etablierten sich Gärten und Parks als eminente Orte bürgerlicher Partizipationsansprüche. Die Promenade verbürgerlichte sich zum Spaziergang, dem Karl Gottlob Schelle 1802 die Schrift »Die Spatziergänge oder die Kunst spatzieren zu gehen« widmete. Die Rede ist hier bereits von Touren durch die Natur – aus der adeligen Promenade entsteht die kulturelle Praxis des Wanderns. Die bürgerlichen Gleichheitsverheißungen wurden am 19. Juli 1812 von einem gewissen Ludwig van Beethoven besonders strapaziert, als er auf einem Spaziergang in Begleitung des nicht weniger illustren Johann Wolfgang von Goethe in Teplitz der entgegenkommenden Kaiserin den Weg nicht freigab. Nach Bettina Brentano erwiderte Beethoven auf Goethes Bitte, den Weg freizugeben, mit der Forderung: »Sie müssen uns Platz machen. Wir nicht!«

In Gärten nahmen kulturelle Praktiken ihren Ausgang, die in eine Unterhaltungskultur der Moderne mündeten. Erinnert sei an Ballspiele wie Paille-Maille, Croquet und Tennis, die auf Rasenflächen praktiziert wurden, die es nur in Parks gab, deren Entstehung die Enteignung von Klöstern im England des 16. und 17. Jahrhundert Vorschub leistete. Eine besondere Bedeutung besaßen Freiluftkonzerte und Freiluft-theater. Zu verweisen wäre im 17. Jahrhundert auf die königlichen Feste Ludwigs XIV., auf denen Theaterstücke von Molière und Orchesterwerke von Jean-Baptiste Lully aufgeführt wurden. Die bürgerliche Version davon bildete das Konzertgeschehen in Vergnügungsparks, etwa Vauxhall Gardens in London. Dass man Georg Friedrich Händel hier 1738, zu Lebzeiten, ein lebensgroßes Denkmal errichtete, basiert darauf, dass seine Musik Tausende Londonerinnen und Londoner in den Sommermonaten in den Park lockte.

Am Beispiel der aus Gärten hervorgehenden Freizeitparks, sogenannte Tivolis oder Vauxhalls, der Zooparks, die in fürstlichen Menagerien ihre Prototypen besitzen oder auch des heute weltweit verbreiteten Open-Air-Konzert-Entertainments kann man beobachten, wie sich einst gartenkulturelle Praktiken verselbständigt haben und zu einem Format der Massengesellschaft umgewidmet wurden.

Kulturelle Dimensionen eignen Gärten aber auch darin, dass sie ein beliebtes Objekt von Zuschreibungen und Codierungen darstellen. Entgegen der naheliegenden Vermutung, sie seien in Europa als biblisches Paradies inszeniert worden, dominierten heidnisch-arkadische Imaginationen, die literarische Vorlagen von antiken und modernen Autoren in Gärten verlebendigten. Von Theokrit über Vergil und Francesco Petrarca bis zu Georg Philipp Harsdörffer und Christoph Martin Wieland reicht der Bogen der Autoren, die Land- und Gartenleben poetisch idealisierten und damit Künstlern Ausstattungs- sowie Gartenbesuchern Erlebnisvorlagen an die Hand gaben. Fast schon müßig der Hinweis, dass aus dieser literarischen Konstellation die massenhafte bildhauerische Verlebendigung von Gärten und Parks erwuchs, die bis zu den heutigen Skulpturenparks reicht.

Die Praxis der Zuschreibung und Codierung in und von Gärten besteht aber auch in ihrer Eignung, miniaturisierte und symbolisch verdichtete Landschaften darzustellen bzw. in Szene zu setzen. In Gartenräumen ließen sich metaphorisch Territorien, ja Nationen bzw. deren Vorformen, imaginieren. Gerade in Gärten wurde erstaunlich früh vorgeblich Nationales zum Ausdruck gebracht. In Versailles besteht die Hauptfläche unmittelbar hinter dem Schloss seit 1682 aus zwei Bassins, auf deren Einfassungen die Hauptflüsse Frankreichs in Form von Personifikationen fläzen. Jeder und jedem erschloss sich dieses Arrangement als Bild Frankreichs. In Stowe Gardens nahe Oxford fand ein Monument der British Worthies Aufstellung, das aus Personendarstellungen der britischen Geschichte und Gegenwart besteht. In Schwetzingen verfügte Kurfürst Carl Theodor, den Schlosspark als Monument der Kurpfalz zu erhalten, und im New Yorker Central Park war es den Gestaltern um die Mitte des 19. Jahrhunderts wichtig, vorgeblich amerikanische Landschaften zu idealisieren. Noch heute vermittelt man in den sogenannten Gärten der Welt in Berlin-Marzahn das in der Frühneuzeit Europas erfundene Konzept nationaler Gartenstile und blendet dabei die heiklen politischen Intentionen aus, denen sich solche Modelle verdanken. Ungleich größer wäre der didaktische Wert solcher Freizeitstätten, würde man in ihnen die universelle Kultur von Gärten betonen und vermitteln. Schließlich gehören Gärten zu den schmeichelhaftesten Zeugnissen der Menschheit.

Stefan Schweizer ist Wissenschaftlicher Vorstand der Stiftung Schloss und Park Benrath und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur

Anzeige von O.M. Scott & Sons für ein Produkt zur Rasenpflege, aus: Life, 31. August 1959

© VITRA DESIGN MUSEUM, FOTO: ANDREAS SÜTTERLIN

ZU DEN BILDERN

Die Bedeutung des Gartens hat sich im Laufe der Zeit stark geändert. Diese Entwicklung lässt sich vor allem an den literarischen Motiven des Gartens ablesen, die in allen Kulturen und Epochen immer wieder auftauchen. Obwohl ihre Existenz und ihr Überleben den Naturgesetzen folgen, bleiben Gärten künstliche Orte, die vom menschlichen Geist gestaltet und entworfen werden. In diesem Sinne beschwören sie ein Bild des Universums in Harmonie herauf, eine Art Enklave der Organisation inmitten der Welt.

Da Gärten unsere kulturellen Identitäten, Träume sowie unsere Weltanschauungen widerspiegeln, liegt ihre vielfältige Bedeutung an der Schnittstelle vieler Bereiche. Heute stellen sie mehr als ein romantisches Idyll dar. Sie dienen nämlich als Ausdruck der Beziehung, die wir mit der Natur unterhalten, und ermöglichen folglich die Eröffnung eines mehrdimensionalen Reflexionsraums zu zeitgenössischen, vor allem gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen. So bedeutet, die Geschichte der Gärten zu analysieren auch, die Geschichte des Denkens und der Menschen zu untersuchen.

Dieser Schwerpunkt in Politik & Kultur zeigt ausgewählte Bilder der im Vitra Design Museum in Weil-am-Rhein gestalteten Ausstellung »Garden Futures. Designing with Nature«. Anhand von Beispielen aus Design, Alltagskultur und Landschaftsarchitektur befasst sich die Ausstellung mit Ideen und Vorstellungen unseres heutigen Gartenideals. Vom Oberrheinischen Meistergemälde »Das Paradiesgärtlein« aus dem 15. Jahrhundert bis zu gegenwärtigen Fotos vom begrünten Gebäude in Mailand, dem Bosco Verticale, werden die Geschichte und die Entwicklung der Gärten nachgezeichnet und wird nach ihrer Zukunft gefragt. Mehr: design-museum.de

© STUDIO CÉLINE BAUMANN

Céline Baumann, Das Parlament der Pflanzen, 2020

Zerstückelt und zerstört

Garten als Politikum

CLEMENS ALEXANDER WIMMER

Das 2001 fertiggestellte Bundeskanzleramt in Berlin hatte bis vor Kurzem, von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, einen großen Garten. In ihm wird gerade ein Erweiterungsbau errichtet. Man lässt verlauten, das »Band des Bundes« werde »nach Westen hin städtebaulich abgeschlossen«. 180 Bäume wurden bereits »dauerhaft entfernt«. Der Fall ist leider symptomatisch für den aktuellen Stellenwert des Gartens.

Der Blick in die Geschichte zeigt verschiedene Perioden der Aufwertung des Gartens. Voraussetzung war die Erkenntnis, dass der Garten mehr sein kann als gottgegebene Selbstverständlichkeit: In der Renaissance entdeckte man den Garten als Hort des Wissens und der Bildung. Als botanischer Garten wurde er zum Hort wissenschaftlicher Pflanzensammlungen, als Zierparterre Aushängeschild des kulturellen Anspruchs seiner Besitzer. Venedig und Florenz wetteiferten um die besten und schönsten botanischen Gärten. Henri IV. und Maria de' Medici präsentierten ihre Herrschermonogramme in den neuen Parterres vor dem Tuilerienschloss. Gärten fungierten jenseits privater Leidenschaften als Gegenstand politischer Selbstdarstellung.

Die Barockzeit machte sich die Erkenntnisse der Renaissance zunutze und steigerte die politische Bedeutung des Gartens ins Grenzenlose. Nachdem Ludwig XIV. klargemacht hatte, dass er der gottgleiche Sonnenkönig und Versailles der großartigste Garten der Welt ist, musste jeder europäische Fürst in seinem Garten zeigen, dass er Schritt halten konnte und sein Garten womöglich auf diese oder jene Art Vorzüge aufzuweisen hatte, die Versailles fehlten. Im Fokus standen die Citrusbestände der Orangerien, die nur mit dem denkbar größten Aufwand zu unterhalten waren, daneben Obstsortensammlungen nach dem Vorbild des Potager von Versailles. Alle wichtigen Fürstengärten waren Gegenstand der öffentlichen Propaganda und dem Publikum zugänglich. Ludwig XIV. legte persönlich fest, wie sein Garten Besuchern vorzuführen war, handliche Führer, Pläne und großformatige Kupferstichfolgen verbreiteten den Ruhm der Anlagen cum privilegio suae majestatis.

Kritik blieb nicht aus. Aufklärerische Geister empfanden derlei Aufwand im Garten als unnatürlich, übertrieben und kostspielig, und überhaupt sollte dem imperialen Anspruch Frankreichs etwas entgegengesetzt werden. Es war in England nach der Glorious Revolution, dass sich erstmals Stimmen gegen den französischen Barockgarten erhoben. Ziel war nicht, Gärten zu verdammen oder ihnen ihre politische Signifikanz abzusprechen, sondern ihre Form und politische Aussage zu verwandeln. Gärten, angeblich nach dem Vorbild der Natur gestaltet, in Wirklichkeit der englischen Agrarlandschaft angenähert, eher onduliert als geradlinig und ausgestattet mit emblematischen Bauwerken und Inschriften, sollten für eine moderne, freiheitliche Weltanschauung stehen und allgemein zur Verbesserung der Sitten beitragen. Hierzu war Propaganda nötig, und nach und nach traten die Landbesitzer ganz Europas wiederum in den Wettbewerb um den fortschrittlichsten und spektakulärsten Landschaftsgarten ein, die Fürsten keineswegs ausgenommen. Dem ist unter anderem das Wörlitzer Gartenreich zu verdanken, das ein politisches Statement der Aufklärung erster Güte war und 1789/90 sogar mit einer Synagoge ein Denkmal der Toleranz setzte.

In den 1770er Jahren erklomm der Garten die höchste Stufe der Wertschätzung. Er war in aller Munde und kaum jemand mochte sich entziehen, wie Goethe etwas zu dem Thema beizusteuern. Es war auch die Geburtsstunde des öffentlichen Gartens, des Volksparks. Kurfürst Karl Theodor gründete 1789 den Englischen Garten in München, ausdrücklich und nur für die Bevölkerung. Es gab Gründe. Auswüchsen wie dem Hameau der Königin Marie Antoinette in Versailles und dem Englischen Gärtchen der Franziska von Hohenheim sollte etwas entgegengestellt werden. Auch zeichnete sich schon die Industrialisierung am Horizont ab, die zum Hauptargument für das sanitäre Grün werden sollte.

Das 19. Jahrhundert war die Zeit der öffentlichen Gärten, initiiert von Stadtverwaltungen oder Bürgerschaftsvereinen. Es entstanden die Frankfurter Wallanlagen, der Bremer Bürgerpark, die Kölner Flora, der Berliner Humboldthain. Die Gewinne aus Handel und Gewerbe wurden gemeinnützig reinvestiert, um einen Ausgleich zur Ausbeutung der industriellen Arbeitskraft zu gewährleisten. Ähnliche Bestrebungen führten zum Entstehen des Kleingartenwesens. Der Garten wurde als karitatives, aber auch politisch höchst brauchbares Mittel anerkannt, die negativen Folgen der Industrialisierung abzufedern, um sie weiterhin aufrechterhalten zu können.

Die Erkenntnis, dass solcherart Korrekturgrün an den misslichen Verhältnissen im Grunde nichts änderte, führte um 1900 zu weitergehenden Reformbestrebungen. Bodenreform und Gartenstadt sollten wieder ein ganzheitliches Leben zwischen Natur und Kultur ermöglichen. Kaiser Wilhelm II. hatte nichts dagegen, verwirklicht aber wurde in seiner Zeit wenig. Es bedurfte eines verlorenen Krieges und eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, um den Reformideen das nötige Durchsetzungspotenzial zu verleihen. Die Protagonisten waren links oder wenigstens liberal und fanden politisches Gehör. Architekten, Gartenarchitekten und Gärtner sahen ihre Stunde gekommen und entwarfen wie Bruno Taut und Leberecht Migge mehr oder weniger utopische Projekte der Integration des Gartens in das tägliche Leben der Bevölkerung. Die wirtschaftliche Notlage sollte durch Selbstversorgung aus dem Garten aufgebessert werden. Tatsächlich entstanden neue Siedlungsformen mit kleinen Häusern und Gärten, Blockbebauungen mit Mietergärten. Für die verbleibende gartenlose Stadtbevölkerung wurden neue große Volksparks angelegt. Notstandsprogramme machten es möglich. Die 1920er Jahre waren eine neue Hochzeit des Gartens.

Die Wirtschaftskrise brachte diese Aktivitäten zum Erliegen. Die Nationalsozialisten warben zunächst mit dem Konzept der Neuen Stadt, in der jeder einen Garten hat, und passten es ideologisch ihrer Doktrin an. Praktisch geschah jedoch wenig, da andere Aufgaben wie Aufrüstung und Expansion Vorrang hatten. Ab 1937 bevorzugte man wieder den Geschosswohnungsbau. Das Eigenheim mit Garten sollte jedoch bei der Umsetzung des Generalplan Ost eine Hauptrolle spielen. Unter dieser Perspektive schrieb Gärtner Pötschke 1940 sein »Siedlerbuch« und Karl Foerster 1942 die neueste Ausgabe des »Blütengartens der Zukunft«.

Nach dem Krieg bekam der Garten wieder eine reale Chance. Trümmerberge wurden begrünt, Gartenschauen veranstaltet, Konrad Adenauer und Theodor Heuss förderten die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl ehrten Karl Foerster, der ihre Gärten anlegte. Ein neues Denken konnte sich nachhaltig nicht etablieren. Sobald wirtschaftliche Erholung einsetzte, wurde der Garten der Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen und musste folglich auf der Strecke bleiben. Größere neue Gärten wurden nur noch für die Leistungsschauen der deutschen Gartenbauwirtschaft, genannt BUGA oder LAGA, angelegt und danach schleunigst wieder heruntergefahren.

Heute sind Gärten vor allem ein Politikum, weil sie Arbeit machen, das heißt ein Kostenfaktor sind. Öffentliche Gärten, genannt Freiflächen, sind ein Problem, das so kostengünstig wie möglich bewältigt werden muss. Personal wird abgebaut, die Pflegearbeiten werden in Umfang und Häufigkeit reduziert, auf wenige ausgewählte Flächen beschränkt, man sucht per europaweiter Ausschreibung die Firma mit dem niedrigsten Angebot. Über den stetigen Niedergang der öffentlichen Grünanlagen in den letzten 50 Jahren wird hinweggesehen. Dass der Klimawandel im Gegenteil Intensivierung der Pflege erfordert, zeigt sich im Etat nicht. Bürgerinitiativen, die versuchen, die öffentlichen Leistungsdefizite durch freiwillige Arbeit zu kompensieren, sind willkommen und bestätigen die unausgesprochene Staatsdoktrin, dass Gärten marginale Angelegenheiten sind.

Natürlich spricht sich keine Partei direkt gegen Gärten aus. Es gibt aber parteiübergreifend den Konsens, dass für Gärten nichts Signifikantes getan werden muss. So können sie ungehindert zerstückelt und zerstört werden. Aktive Gartenpolitik würde bedeuten, die Landflucht zu stoppen, die Steuergesetze gartenfreundlich zu machen

Ausnahmen sind öffentliche Gärten, die als Tourismusmagnete gelten. Hier ist etwas mehr Aufwand nötig. Die Kosten sollen allerdings erwirtschaftet werden, und da die öffentliche Hand knapp bei Kasse ist, wird die Eintrittsgeldschraube angesetzt. Für den Park von Sanssouci, der 250 Jahre lang kostenlos zu besichtigen war, wird Eintrittsgeld erwogen.

Glaubt man der Flut von populären Gartenbüchern und -magazinen, so gibt es in Deutschland immerhin ein starkes Interesse an privaten Gärten. Auch dies ist leider eine Illusion. Mietergärten werden zunehmend aufgegeben. Bei Privatgärten tragen Grunderwerbssteuer, Schenkungssteuer, Grundsteuer und Einkommensteuer wesentlich dazu bei, sie als Last zu empfinden. Sie werden in erster Linie als Bauerwartungsland betrachtet. Wer einen Park hat, möchte ein Wohngebiet »Wohnen im Park« daraus machen, wer einen Garten hat, verkauft ihn, damit darin Häuser in zweiter und dritter Reihe gebaut werden. Proteste gibt es meist nur, wenn Bäume gefällt werden oder Biotope in Gefahr sind. Bund, Länder und Gemeinden sehen sich gehalten, den Wohnungsbau in den großen Städten zu intensivieren. Dazu wurde das Baulandmobilisierungsgesetz erlassen. Drei Meter Garten auf jeder Seite des Hauses genügen, sagen viele Bauordnungen. Privates Grün behält, wer weit draußen in Landfluchtgebieten lebt oder sich der Gewinnerzielungsabsicht verweigert, weil er oder sie Garten eben liebt.

Natürlich spricht sich keine Partei direkt gegen Gärten aus. Es gibt aber parteiübergreifend den Konsens, dass für Gärten nichts Signifikantes getan werden muss. So können sie ungehindert zerstückelt und zerstört werden. Aktive Gartenpolitik würde bedeuten, die Landflucht zu stoppen, die Steuergesetze gartenfreundlich zu machen, Gartenbebauungen nicht nur ausnahmsweise über den Denkmalschutz zu verhindern, analog zu den Stilllegungsprämien in der Landwirtschaft Gartenhalteprämien einzuführen und die Anlage von Wasserreservoiren zu fördern. Andernfalls wird Garten ein ausschließlich historisches Thema werden.

Clemens Alexander Wimmer ist freiberuflicher Gartenhistoriker

THEMA

© STEFANO BOERI ARCHITETTI, FOTO: THE BLINK FISH, 2018

Stefano Boeri, Bosco Verticale, Mailand, 2014

»Wir bau(t)en eine neue Stadt«

Garten, Genossenschaft, Gemeinwesen

RALF BEI DER KELLEN

Wer länger in einer Großstadt gelebt hat, sehnt sich oft nach einem ruhigen, entschleunigten Leben auf dem Land. Aber auf dem Land lassen häufig die kulturellen Einrichtungen zu wünschen übrig, auch Bibliothek, Hallenbad und Wochenmarkt sind meist – durch eingeschränkten ÖPNV – nur mit dem PKW zu erreichen. »Warum kann man nicht das Beste von beiden Welten haben?«, mag es vielen Stadt- wie Landbewohnerinnen und -bewohnern schon als Stoßseufzer entflohen sein. Eine Antwort auf diese Frage ist bereits über 120 Jahre alt: die Gartenstadt.

Ebenezer Howard, Jahrgang 1850, war im Hauptberuf Parlamentsstenotypist. Nach einem Aufenthalt als Farmer in Nebraska zieht er nach Chicago, wo er als Reporter arbeitet. 1871 war Chicago von einem schlimmen Brand betroffen. Der Neuaufbau der Stadt, die später den Beinamen »Garden City« erhielt, hat Howard vermutlich nachhaltig beeindruckt.

Er schöpft aber auch aus Quellen, die in seiner Heimat entspringen. Er kennt die Sozialutopien der Boden- und Gesellschaftsreformer des 19. Jahrhunderts, wie z. B. Robert Owen, ein philanthropischer Unternehmer, der auch als Begründer des Genossenschaftswesens gilt. In seiner Baumwollspinnerei im schottischen New Lanark gibt es für seine Arbeiter Arbeitslosen- und Krankenversicherung, er reduziert die Arbeitszeit und untersagt Kinderarbeit. Und er legt eine Modellsiedlung an, mit der er neue Ideen des (Zusammen-)Wohnens umsetzt: New Lanark, das heute zum Weltkulturerbe gehört. Das Modell macht Schule: 1893 beginnt der britische Schokoladenfabrikant George Cadbury mit dem Bau der Siedlung Bournville im Süden von Birmingham. Im Jahr 1900 übergibt er sie einem Trust zur unabhängigen Verwaltung. Ab 1899 bauen die Brüder William Hesketh Lever and James Darcy Lever für die Arbeiter ihrer Seifenfabrik außerhalb von Liverpool die Siedlung Port Sunlight.

Ein weiterer Einfluss auf Ebenezer Howard ist der britische Designer und Sozialaktivist William Morris, den man heute vor allem als Mitbegründer der sogenannten »Arts & Crafts«-Bewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts kennt. Morris verdammte die Industrialisierung und die mit ihr einhergehende Entfremdung des Arbeiters von seinen Erzeugnissen. Er proklamiert ein »Zurück zum Handwerk«.

Aus all diesen Eindrücken entwickelt Howard ein Konzept, das er 1898 in dem Buch »To-morrow: A Peaceful Path to Real Reform« niederlegt. Die Neuauflage 1902 trägt den bekannten Titel »Garden Cities of To-morrow«.

Nach der Begegnung mit den großzügig angelegten Siedlungen in der Neuen Welt sieht Howard das Wohnelend in den durch die industrielle Revolution explodierenden britischen Großstädten mit anderen Augen. Städte wie London und Manchester nennt er »Geschwüre, die das Antlitz unserer schönen Insel verunstalten«. Die Idee, die er aus diesem Missstand entwickelt, ist radikal – er will den Unterschied zwischen Stadt und Land aufheben. Ganz England soll ein Geflecht von »Gartenstädten« werden. Seine Idee: Jeweils um die 30.000 Menschen kaufen Land zu Ackerbodenpreisen und entwickeln dann gemeinschaftlich die zu bauende Stadt. Ein Drittel der Fläche soll mit Häusern bebaut sein; zwei Drittel werden als Gärten, Parks und Ackerland genutzt. In der Gartenstadt soll jedes Handwerk und jede Form des Handels mindestens einmal vertreten sein.

In einer Zeit, in der immer häufiger die Frage »Wie wollen wir leben?« gestellt wird, könnte das Konzept der Gartenstadt alte neue Antworten geben

Die Industrie ist im direkten Umland der Stadt angesiedelt, sodass die Arbeiter kurze Wege haben. Dort befinden sich auch agrarische Betriebe, die die Stadt nachhaltig versorgen. Im Zentrum liegt ein Park, umgeben von einer gläsernen Arkade. Hier bieten Händler und Handwerker ihre Waren an, hier treffen sich Spaziergänger. Ebenfalls um den Park herum angesiedelt sind das Rathaus, ein Konzerthaus, ein Museum, ein Theater, eine Bibliothek und das Krankenhaus. Howards Gartenstadt ist keine Vorstadt, sondern eine kulturell, sozial und ökonomisch eigenständige, autarke Einheit.

Mit Unterstützung von George Cadbury und den Lever-Brüdern plant Howard 1903 die Gartenstadt in Letchworth. An diesem Ort zwischen London und Cambridge wird im selben Jahr mit dem Bau der ersten Siedlung begonnen.

Ab 1909 entsteht in Dresden die erste deutsche Gartenstadt. Was in Großbritannien George Cadbury und die Lever-Brüder sind, ist in Dresden der Möbelfabrikant Karl Schmidt. Er gründet die Gartenstadt Hellerau als Wohnstätte für die Angestellten und Arbeiter seiner Deutschen Werkstätten. Die Architekten, unter ihnen Richard Riemerschmid und Hermann Muthesius, planen nach dem Vorbild der britischen Gartenstädte eine Siedlung auf der grünen Wiese.

In der Folge entstehen Gartenstädte in Karlsruhe-Rüppurr, Hohenhagen in Hagen, Wandsbek bei Hamburg oder die Margarethenhöhe in Essen. Ein Aspekt der Gartenstadt ist hierzulande wesentlich ausgeprägter als in seinem Ursprungsland: der des Selbstversorgergartens. Dieser ist vor allem ein Erbe der Lebensreform. Neben administrativer und kultureller Eigenständigkeit wird auch eine agrarische Unabhängigkeit angedacht.

Der Erste Weltkrieg ist die große Zäsur für den Bau der Gartenstädte. Allerdings beginnt die Aufweichung des Konzepts schon früher: Die Gartenstadt wird immer mehr zu einer Gartenvorstadt, und damit entweder zu einer Trabantenstadt oder zu einer Art bewohntem Naherholungsgebiet für begüterte Städter.

Viele der Themen, die Howard 1898 zu seinem Buch inspirierten, sind heute noch immer bzw. wieder aktuell: Revolutionen in der Arbeitswelt durch technische Entwicklung – Stichwort: Homeoffice, steigende Wohnraumpreise, Partizipation, genossenschaftlich verwaltetes Wohneigentum und nicht zuletzt Nachhaltigkeit, Selbstversorgung, wenige versiegelte Fläche und eine allgemeine Verbundenheit mit der Natur – Stichwort: Urban Gardening. In einer Zeit, in der immer häufiger die Frage »Wie wollen wir leben?« gestellt wird, könnte das Konzept der Gartenstadt alte neue Antworten geben.

Ralf Bei der Kellen ist Autor, Moderator und Journalist

Experimentierfeld für aktuelle Fragestellungen

Fünf Fragen zur Gartenschau

Gartenschauen haben eine jahrhundertealte Tradition. Seit 1951 gehören die im zweijährigen Turnus stattfindende Bundesgartenschau (BUGA) und die zehnjährig stattfindende Internationale Gartenbauausstellung (IGA) zu eben diesem Kulturerbe in Deutschland. Dabei kommt der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) eine zentrale Rolle zu: Sie übernimmt mit ausgesuchten Kommunen die Vergabe und Durchführung von BUGA und IGA. Der Geschäftsführer Jochen Sandner berichtet dazu.

Was macht die BUGA, was macht die IGA aus?
BUGA und IGA sind seit mehr als 70 Jahren das bewährte Instrument für integrierte Stadt- und Regionalentwicklung. Sie dienen dazu, eine grüne Infrastruktur in Stadt- und Region zu schaffen: Parks und Grünzüge werden angelegt, es entstehen aber auch neue Wohnquartiere. Der festgelegte Eröffnungstag einer BUGA oder IGA ist der Fixpunkt, bis zu dem die städtebaulichen Maßnahmen fertiggestellt sein müssen. Die Schau ist also ein wichtiger Motor. Bei der sechsmonatigen Gartenschau werden die Grünflächen erstmals von den Besucherinnen und Besuchern in Besitz genommen. In den verschiedenen gärtnerischen Beiträgen zeigt die Grüne Branche ihr ganzes Können.

Welche Aufgaben übernimmt die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) bei der Planung und Durchführung einer BUGA im Allgemeinen?
Die DBG steht Kommunen und Kommunalverbänden, die eine BUGA oder IGA ausrichten möchten, von der ersten Idee bis zur Umsetzung der Gartenschau zur Seite. Wir unterstützen bei Konzept, Machbarkeitsstudie und Marketing, wir beraten, wenn es um die Einwerbung von Fördermitteln geht. Bei erfolgreicher Bewerbung wird vor Ort eine Durchführungsgesellschaft gegründet. Als DBG repräsentieren wir aber auch den deutschen Gartenbau, dessen drei große Verbände – Zentralverband Gartenbau, Bund deutscher Baumschulen und Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau – unsere Gesellschafter sind. Wir koordinieren und organisieren alle gärtnerischen Aufgaben einer Bundesgartenschau, die gärtnerischen Wettbewerbe im Freiland wie die Blumenhallenschauen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Städte grüner zu machen.

Was erwartet die Besucherinnen und Besucher dieses Jahr bei der BUGA Mannheim 2023?
Die BUGA Mannheim 2023 bietet zwei ganz unterschiedliche Gelände, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Zum einen den Luisenpark: Er war bereits 1975 Schauplatz der Bundesgartenschau und hat einen Bestand an alten Bäumen, weiten Rasenflächen und prachtvoll bepflanzten Beeten. Zur Bundesgartenschau hat er moderne Tier- und Pflanzenschauhäuser erhalten. Das zweite Gelände ist Spinelli, ein ehemaliges Militärareal. Es ist Teil des Grünzugs Nordost, und auf der 62 Hektar großen Fläche findet ein Großteil der gärtnerischen Ausstellungen statt. Dort sind weite Wechselflorflächen zu sehen, Rosen- und Dahlienbeete, Themengärten, der Beitrag der Baumschulen, sowie der i-Punkt GRÜN – unser Informationszentrum zu allen Themen rund ums Grün. Alle Ausstellungsbeiträge orientieren sich an den vier Leitthemen der BUGA Mannheim 2023: Klima, Umwelt, Nahrung und Energie. Weite Flächen bleiben frei, was zum Konzept gehört. Denn Spinelli wird mit seiner »offenen Mitte« dauerhaft als Frischluftschneise für die Mannheimer Innenstadt fungieren. Beide Gelände sind mit einer Seilbahn verbunden, die Fahrt ist ein Highlight für viele Besucherinnen und Besucher.

Wie lassen sich Bundesgartenschauen nachhaltig gestalten? Wie können Städte langfristig von der Ausrichtung einer BUGA profitieren?
Bundesgartenschauen waren immer schon nachhaltig. Denn so gut wie alle Parks, die im Rahmen einer BUGA oder IGA entstanden sind, werden noch genutzt. Etwa der Westfalenpark, der 1959 in Dortmund entstand, oder auch der Düsseldorfer Südpark, der in seiner Form seit der BUGA Düsseldorf 1987 besteht und den wir kürzlich mit unserem Ehrenpreis für hervorragend nachhaltige Parkbewirtschaftung ausgezeichnet haben. Städte, die mit einer BUGA oder IGA in dauerhaftes Grün investieren, profitieren über viele Jahrzehnte davon. Gerade in den Zeiten des Klimawandels zeigt sich die immense Bedeutung von Grünflächen im urbanen Raum. Schon bei der Bewerbung um eine Bundesgartenschau muss die Kommune nachweisen, dass sie einen Plan für die langfristige Nutzung der neu entstandenen Grünflächen hat. In Mannheim ist das Konzept der »offenen Mitte« auf Spinelli zukunftsweisend: Durch die freien Flächen wird kühle Luft in Richtung der Innenstadt transportiert – ein wichtiger städtebaulicher Impuls für die kommenden Generationen. Aber auch touristisch kann eine Stadt oder Region von einer Bundesgartenschau profitieren – selbst über die reine BUGA-Zeit hinaus.

Welche Bedeutung für Stadtkultur und Stadtentwicklung kommt einer BUGA zu? Wie hat sich diese Bedeutung im Laufe der Zeit entwickelt?
Eine Bundesgartenschau dient dazu, Grünflächen dauerhaft zu sichern, aber auch neue Quartiere zu erschließen. In den 1950er Jahren stand, etwa in Hannover oder Kassel, der Wiederaufbau an erster Stelle. Von den 1960er bis 1990er Jahren ging es vermehrt darum, Parks zu restaurieren, zu erweitern und Naherholungsgebiete zu schaffen. Nach der Wende kamen erste Gartenschauen in Ostdeutschland hinzu mit Konversion von Industrie- und Militärflächen. Immer stärker treten auch ökologische Fragen in den Vordergrund. Eine BUGA oder IGA ist ein Experimentierfeld für Lösungen zu aktuellen Fragestellungen, etwa Regenwassermanagement und Feinstaubbindung. In den nächsten Jahren rücken auch größere Landschaftsräume in den Blick, wir planen dezentrale Gartenschauen mit der IGA Metropole Ruhr 2027 und BUGA Oberes Mittelrheintal 2029.

Jochen Sandner ist Geschäftsführer der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft

Inspirationsorte

Einblick in ausgewählte Künstlergärten

KARIN WIEDEMANN

In der Gartenkunst zeigt sich, wie künstlerisches und gesellschaftliches Leben sich aufs innigste durchdringen«, schreibt Marie Luise Gothein in »Geschichte der Gartenkunst« von 1926. Seit der Vertreibung aus dem Garten Eden, als es galt, von nun an das Land selbst zu kultivieren, wurden Gärten angelegt und diese inspirierten zu Taten und Werken. Viele Künstler schufen selbst Gärten – um darin Halt und Inspiration zu finden, dort ihre Werke zu schaffen und in den Gärten zu präsentieren oder in Heckentheatern aufzuführen. Dabei dürfen wir getrost an alle Künste denken: an die bildenden Künstler, an Autoren, Darsteller und Komponisten. Buchstäblich lässt sich in dem traumverlorenen Stück »Les Jeux d'eaux à la Villa d'Este«, zu Deutsch »Die Wasserspiele der Villa d'Este«, hören, welch tiefen Eindruck die perlenden Wasserspiele des Renaissancegartens in Tivoli bei Franz Liszt hinterließen. Gartenkunst ergreift alle Sinne.

»Künstlergärten« können das Werk bewusster ästhetischer und naturräumlicher Gestaltung sein. Ein einfacher Garten wird vielleicht zum Ort künstlerischer Inspiration. Ebenso wie ihre Zeitgenossen suchen und suchten Künstler in eigenen oder fremden Gärten Erholung und Geselligkeit. Beispiel dafür ist ein Landgut in Blankensee, südlich von Berlin. Dort residierte der Erfolgsautor des Theaters der 1920er Jahre, Hermann Sudermann, in seinem Herrenhaus, empfing Gäste, stattete den wasserdurchzogenen idyllischen Landschaftspark mit Objekten seiner Sammlung antiker Skulpturen aus oder lud in den italienischen Garten zu Konzerten und Theaterstücken ein. Diese gastliche Heiterkeit vermittelt der Park im Ort Trebbin noch heute.

Für Bertolt Brecht und Helene Weigel waren Haus und Garten im brandenburgischen Buckow am Scharmützelsee, die heute Erinnerungsstätte an beide Künstler sind, zwar auch ein Ort des Rückzugs, Garten und Landschaft hatten aber starken Einfluss auf Brechts lyrisches Werk. In den Gedichten der Buckower Elegien geben Natur und Garten oft den Anstoß, und sie erscheinen als Naturlyrik, richten sich aber immer auf den Menschen und die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Das deutlichste Beispiel für die innige Durchdringung von Künstler und Gartenkultur zeigt sich im klassischen Weimar in Gestalt des Geheimrats Goethe, dessen literarisches Werk ohne seine von ihm selbst gestalteten Gärten am Frauenplan und im Park an der Ilm nicht denkbar ist. Auch er pflegte in den heute musealen Gärten die Geselligkeit, er ließ seine Gäste aber stets teilhaben an seiner tiefen Liebe zur ästhetischen Gestaltung der vorgefundenen Natur, der überlegten Kultivierung des ihm überlassenen Geländes als einem Ort der Besinnung und der Inspiration, die er unmittelbar in Poesie verwandelte. Noch heute macht der Garten dies lebendig. Welchen Einfluss Gedanken der Gartenkunst in Goethes Leben und Wirken einnehmen, zeigt sich auch in seinem Roman »Wahlverwandtschaften«. Die Anlage eines aufwendigen Landschaftsparks bildet hier den Boden der Erzählung und flankiert mit seinem Fortschreiten die Verwandlungen im Vierergespann der Protagonisten.

Solche tiefe Durchdringung von Gartenkultur und Werk gibt es bei der Schriftstellerin Virginia Woolf nicht. Für sie war der Garten im Dörfchen Rodmell am Fuß der South Downs unentbehrlich bei der atmosphärischen Ausgestaltung der Werke, so beispielsweise in ihrem 1941 geschriebenen Roman »Zwischen den Akten«, in dem Virginia Woolf angesichts des schmerzlich empfundenen Untergangs der alten Welt noch einmal Englands Seele Revue passieren lässt. Bereits der morgendliche Gang durch den Garten zu ihrer Schreibklause war für die Autorin »wichtiger Bestandteil des schöpferischen Prozesses« und »Quelle der Inspiration«, schreibt auch Caroline Zoob in »Der Garten der Virginia Woolf«. Der Garten war ihr Kraftquell – besonders in Lebensphasen, die von Depressionen geprägt waren. Heute macht der National Trust den damaligen Treffpunkt der Bloomsbury Group für die Öffentlichkeit zugänglich.

Ein enthusiastischer Gärtner war Hermann Hesse, der an seinen Wohnorten mit großer Kennerschaft Gärten anlegte. Für Hesse waren seine Gärten Balsam für seine unruhige Seele. Inspiration waren sie nicht für die schriftstellerischen Werke, wohl aber für seine zahlreichen Aquarelle, die heute Kalenderblätter zieren.

Künstler des Wortes haben es schwerer, die inspirierende Wirkung des Gartens darzustellen als bildende Künstler. Am deutlichsten wird die Verbindung von Künstlern und Gärten bei der Malerei. Wie leicht kann der Betrachter der Bilder Claude Monets oder Max Liebermanns die Faszination nachvollziehen, mit der die geschaffenen Paradiese das Erleben spiegeln.

Claude Monets Garten in Giverny – heute sogar vermarktet als »immersives 3D-Ausstellungserlebnis« – war das ureigene Werk des Künstlers. Es gab kein fertiges Design, keinen berühmten Landschaftsarchitekten. Monet ging aus von den Bildern in seinem Kopf und schuf danach in seiner zweiten, produktivsten Lebenshälfte einen Garten – ausdrücklich als Inspiration zu Gemälden. Monet kultivierte die Natur nach seinen Vorstellungen, zu denen unbedingt Wasser gehörte. Wir haben die Bilder des Seerosenteiches vor Augen. Der Garten in Giverny ist heute ein gut vermarkteter Publikumsmagnet.

Das gilt auch für Max Liebermanns Garten am Wannsee, einem Mekka der Gartenbegeisterten. Die Bedeutung liegt in der exemplarischen Anlage eines Reformgartens, zu dem immer auch ein Nutzgarten gehörte. In diesem Fall entstand zuerst der Garten – mit tatkräftiger Unterstützung des Freundes Alfred Lichtwarks, des Direktors der Hamburger Kunsthalle. Haus und Garten wurden dann zum Motiv zahlreicher Gemälde mit Blumenrabatten, dem »betrunkenen« Birkenweg, dem Steg am Wannsee.

Auch Emil Nolde legte seinen Garten im schleswig-holsteinischen Seebüll nach eigenen Plänen an – die Wegeführung folgte den Initialen E und A, denen Noldes und seiner Frau Ada. Die üppige Farbenpracht des sommerlichen Gartens hat Nolde zu opulenten Bildern inspiriert und zieht zahlreihe Besucher an.

Das Streben, aus Architektur, Bildhauerei, Malerei, Kunstgewerbe und Garten ein Gesamtkunstwerk zu schaffen, findet in der Jesteburger Kunststätte Bossard ein sehenswertes Beispiel. Johann Michael Bossard und seine Frau Jutta Bossard-Krull schufen mit expressionistischer Architektur, Park, Skulpturen und Raumkunst eine eigene Welt. In den vielfältigen Gartenanlagen finden heute auch Installationen Raum, wie aktuell im großräumigen Werk des Hamburger Künstlers Daniel Wrede »Der blinde Fleck«.

Gärten sind vergängliche Kunstwerke. Die Kosten ihrer Pflege und die dringende Anpassung an den Klimawandel sind eine große Herausforderung. Sie wäre leichter zu bewältigen, hätte die Gartenkultur in Deutschland noch den Stellenwert, den ihr die Zeitgenossen bis zum ersten Drittel des 20. Jahrhunderts beimaßen.

FOTO: HOWARD SOOLEY, 1993

Derek Jarman, Prospect Cottage, Dungeness, Kent, UK, ab 1986

Karin Wiedemann ist Richterin, Staatssekretärin a.D. und Präsidentin der Gesellschaft zur Förderung der Gartenkultur

Grüne Literatur

Drei Fragen zur Deutschen Gartenbaubibliothek

Gartenkulturelle Schriften aller Art zu sammeln, zu bewahren und sie öffentlich zugänglich zu machen – das sind die Aufgaben der Deutschen Gartenbaubibliothek, die seit 1965 in Form einer Sondersammlung Teil der Universitätsbibliothek der TU Berlin ist. Dort wird sie vom gleichnamigen Verein erweitert und gepflegt. Die Vorsitzende Sylvia Butenschön gibt Auskunft dazu.

Wofür braucht es eine Deutsche Gartenbaubibliothek? Was machen Sie genau?
Bibliotheken sind unser kulturelles Gedächtnis – und auch der Gartenbau hat ein solches Gedächtnis. Die Deutsche Gartenbaubibliothek ist eine Sondersammlung innerhalb der Universitätsbibliothek der Technischen Universität Berlin und umfasst mehr als 50.000 Bücher und Zeitschriften aus fast fünf Jahrhunderten.

Auch wenn die Informationsbeschaffung über das Internet heute weitverbreitet ist – nicht jeder findet im Dschungel der weltweiten Informationsressourcen das, was er sucht. Bei der Recherche nach historischer gartenkultureller Literatur hilft der Verein Deutsche Gartenbaubibliothek. Eine Spezialität ist unsere Linkliste digitalisierter historischer Gartenliteratur, in der Bücher, Zeitschriften und auch Pflanzenkataloge aus allen Ecken und Enden des Internets benutzerfreundlich zusammengestellt sind.

Gartenbau umfasst auch Gestaltung von Gärten, Parks und Landschaft sowie Freiflächen in der Stadt. Ein Sammlungsschwerpunkt ist daher auch die Literatur, die sich mit Gärten als Kunstform beschäftigt.

Was kennzeichnet Ihren Bestand? Welche Sammlungshighlights gibt es zu entdecken?
Unsere Spezialbibliothek ist gerade in Bezug auf den historischen Bestand im deutschen Sprachraum unübertroffen. Das resultiert daraus, dass sie schon vor hundert Jahren die Fachbibliotheken der wichtigsten Gartenbau-Gesellschaften vereinigt hat.

Die Vorgängerbibliotheken haben Veröffentlichungen ungezählter Gartenbauvereine gesammelt. Gerade in diesen regionalen Zeitschriften des 19. Jahrhunderts steckt ein ungeheures Potenzial an Erfahrungswissen. Diese umfangreiche Sammlung von Zeitschriften ist eine Besonderheit. Und wir setzen dies fort: Mehrere Dutzende unterschiedlicher Gartenbauzeitschriften werden laufend gehalten, sodass es in der Bibliothek jeden Monat wieder ganz viel Neues zu lesen gibt.

Ein besonderes Highlight sind aber natürlich auch die besonders alten und die besonders schönen Bücher – für Liebhaber der Buchdruckkunst haben wir zahlreiche bibliophile Schätze. Da wäre das älteste deutsche Gartenbuch von 1529 von Johann Domitzer. Oder auch das Werk »Pomologia« von Johann Hermann Knoop von 1758 – die Beschreibung und Abbildung der besten Sorten von Äpfeln und Birnen.

Welche Zielgruppe sprechen Sie an? Wer nutzt die Deutsche Gartenbaubibliothek?
Unsere Zielgruppe sind alle, die an grünen Themen von Gartenbau und Gartenkultur interessiert sind. Dazu gehören Forschende und Lehrende ebenso wie interessierte Laien, Fachjournalistinnen, Gartenhistoriker, Studierende und Auszubildende, Erwerbs- und Hobbygärtnerinnen.

Da wir in die Universitätsbibliothek der TU Berlin integriert sind, kommt die größte Nutzergruppe wahrscheinlich aus dem akademischen Feld. Wir versuchen aber mit unserem Angebot alle Gartenbau-Branchen, wie Obst- und Gemüsebau, Garten- und Landschaftsgestaltung oder Zierpflanzenbau, sei es im professionellen oder im privaten Rahmen, gleichermaßen anzusprechen. Jede und jeder fachlich Interessierte ist eingeladen, das breite Spektrum an Literatur und alle Recherchemöglichkeiten, die wir zur Verfügung stellen, zu nutzen.

Sylvia Butenschön ist Vorsitzende des Vereins Deutsche Gartenbaubibliothek

THEMA

Ein Garten der Vielen

Michaela Fenske im Gespräch über Gärten & sozial-ökologischen Wandel

In Zeiten multipler Krisen gewinnen Gärten auch für den sozial-ökologischen Wandel zunehmend an Bedeutung. Michaela Fenske, Leiterin des Forschungsprojektes »Gärten in Transformation« an der Universität Würzburg, im Gespräch mit Lisa Weber über das transformative Potenzial von Gärten und Gärtnern.

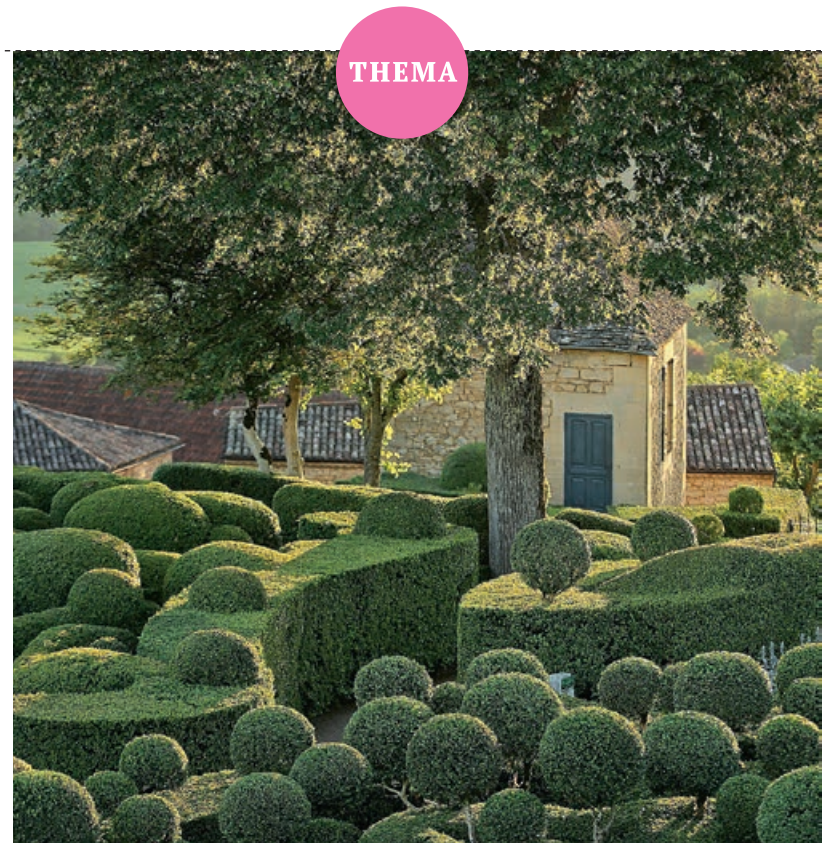
Lisa Weber: Frau Fenske, der Gartenboom während der Coronapandemie hat gezeigt, dass dem Garten in Krisenzeiten eine besondere Rolle zukommen kann. Was können wir vor dem Hintergrund der Pandemie über die Bedeutung des Gartens lernen?
Michaela Fenske: Grundsätzlich hat sich wieder einmal bestätigt, dass Gärten angesichts der Krisen der Welt zum Sehnsuchtsort der Gesellschaft werden. Und das spiegelt sich auch in der ursprünglichen Definition von Garten wider. Denn Garten bedeutet eigentlich überall auf der Welt das Gleiche, es ist ein eingezäunter und eingefriedeter Bereich, der auch in einigen Kulturen mit Paradies gleichgesetzt wird. Der französische Soziologe Michel Foucault hat dazu eine Theorie, nämlich die der Heterotopie. Heterotopien sind besondere Orte mit ganz bestimmten Funktionen. Foucault hat zwar nicht direkt über Gärten nachgedacht, aber man kann das Konzept der Heterotopie sehr schön auf Gärten übertragen. Wenn man das macht, können Gärten nämlich zu Orten mit besonderen Möglichkeiten werden.

Wenn Gärten Orte mit besonderen Möglichkeiten sein können, welche Rolle spielen sie im Kontext des Klimawandels, eines der drängendsten Themen unserer Zeit? Können Gärten einen Beitrag zum ökologischen Wandel leisten?
Als Alltagskulturwissenschaftlerin bzw. Empirische Kulturwissenschaftlerin interessieren mich die Alltage der Vielen. In dem Sinne sind Gärten auch Orte der Vielen. Gärten sind zudem Orte, wo es Möglichkeiten sozial-ökologischen Erfahrens gibt. In Gärten können Sie erleben, was Biodiversität überhaupt bedeuten könnte. Oder Sie erleben überhaupt erst einmal andere als menschliche Lebewesen. Sie erleben sie möglicherweise auch bewusster als in Büroräumen, wo andere als menschliche Lebewesen auch vorhanden sind, aber in der Regel doch eher als Störfaktor wahrgenommen (wenn es nicht gerade der hündliche Kollege ist). Damit sind Gärten Orte, an denen man das Zusammenleben mit anderen Lebewesen ein Stück weit erleben kann. Außerdem können sie Orte sein, wo man Verbindungen stiften kann. Der Soziologe Hartmut Rosa spricht davon, dass Menschen keine Resonanzerfahrung mehr haben. Weder zu ihrem eigenen Körper noch zu ihrer Umwelt. Gärten ermöglichen uns, wieder Verbindungen und Beziehungen zur Welt zu knüpfen und eine Resonanzerfahrung zu haben. Was Gärten nicht tun werden, ist, diese Welt zu retten. Aber sie können in Gärten so etwas wie ein sozial-ökologisches Bewusstsein lernen.

Sie leiten das Forschungsprojekt »Gärten in Transformation«. Wie ist die Idee zu diesem Projekt entstanden? Mit welchen Fragestellungen beschäftigen Sie sich?
Gärten sind Erfahrungsräume, wo Menschen auch den Wandel der Umwelt spüren können. Das war der Ausgangspunkt des Projektes. Ich habe mir überlegt, dass wir zwar permanent von Vielfachkrise sprechen und dass diese in verschiedenen Alltagen spürbar wird. Bei der Gesundheitskrise war das besonders spürbar, weil wir alle davon betroffen waren. Aber der Klimawandel, das Artensterben oder der Rückgang der Biodiversität, wie wird das für viele Menschen erfahrbar?

Für eine ganze Reihe von Expertinnen und Experten, die im Natur- und Umweltschutz, in der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft oder auch in der Landwirtschaft tätig sind, wird der Wandel besonders merklich. Aber für Menschen, die nicht unmittelbar in diesen »grünen« Berufen tätig sind, woran merken die, dass sich etwas ändert? Vor diesem Hintergrund habe ich mir überlegt, dass man mit Gärtnerinnen und Gärtnern sprechen müsste, wenn man ein Stück weit wissen will, wie diese Transformation, in der wir stecken, in den Alltagen der Menschen überhaupt wahrgenommen wird. Denn viele Menschen gärtnern. Sei es, dass sie einen eigenen Hausgarten haben oder dass sie im Urban-Gardening-Kontext eingebunden sind.

Zu einigen Fragen, mit denen ich mich beschäftige, gehören: Was wissen Gärtnernde über die Veränderungen in der Umwelt? Fällt ihnen auf, dass Arten verschwinden? Und wenn ihnen das auffällt, wen vermissen sie? Wie gehen sie mit den Veränderungen um, die es gibt? Beispielsweise mit dem Klimawandel und den Zeiten großer Trockenheit oder auch vermehrten Regenfällen, für die man im Grunde genommen Versickerungsflächen in den Gärten bräuchte? Wie gestalten sie das, wie beziehen sie das in ihre Praxis des Gärtnerns ein? Wie positionieren sie sich auf diese Art und Weise in ihrer Umwelt? Wie verbinden sie ihre eigenen Bedürfnisse mit den Bedürfnissen von anderen? Gärtnerinnen und Gärtner positionieren und informieren sich unterschiedlich in dem Feld. Vor allen Dingen gibt es teilweise jahrzehntelange Erfahrungen, die wichtig sind, weil sie in ihrem Garten als Erfahrungsraum Dinge beobachten, die wir insgesamt noch gar nicht so wahrgenommen haben. Das finde ich sehr wichtig.



Julien de Cerval, Gärten von Marqueyssac, Vézac, Frankreich

© LAUGERY – LES JARDINS DE MARQUEYSSAC, DORDOGNE, FRANKREICH

Wie sieht Ihr »Garten der Zukunft« aus?
Das wäre ein Garten der Vielen und ein Garten für viele. Das heißt, das sind Gärten, die divers sind auch im Sinne der Anwesenheit vieler Arten. Der »Garten der Zukunft« ist für mich einer, der den Unterschied zwischen wild und domestiziert nicht mehr so kennt, sondern in dem eine standortgeeignete Lebensgemeinschaft beheimatet ist, die im besonderen Maße an den Orten gedeihen kann, weil sie in dieser Form die Bedingungen findet, die gut für sie sind. Das heißt, Pflanzen, die sowohl gezüchtet sind, als auch sogenannte Wildformen, die insektenfreundlich sind, ihrerseits wieder ein stärkeres Vogelleben ermöglichen und damit eben auch gastfreundliche Gärten werden. Solche Gärten haben auch immer einen Naschanteil. Das ist auch etwas, das in vielen Gartenbewegungen, auch im Urban Gardening, durchgesetzt wird. Man stiftet Naschgärten und lädt Menschen ein: Hier kannst du auch gerne pflücken und ernten. Und diese Naschgärten sollten sich nicht nur freundlich an andere Menschen, sondern auch an andere Lebewesen richten.

Vielen Dank.

Michaela Fenske ist Lehrstuhlinhaberin für Europäische Ethnologie/Empirische Kulturwissenschaft an der Universität Würzburg. Lisa Weber ist Redakteurin von Politik & Kultur

»Im Garten gestalten wir Natur und drücken uns gleichzeitig aus«

Fünf Fragen zum Garten der Zukunft

Aktuell zeigt das Vitra Design Museum die Ausstellung »Garden Futures: Designing with Nature« und geht damit sowohl der Geschichte als auch Zukunft des modernen Gartens auf den Grund. Politik & Kultur fragt bei dem Direktor Mateo Kries nach dem Hintergrund der Ausstellung, dem Idealtyp des Gartens und grüner Zukunftsvisionen.

Was erwartet die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung »Garden Futures: Designing with Nature«? Welche Inhalte wollen Sie vermitteln?
Die Ausstellung verfolgt die Gestaltungsgeschichte des modernen Gartens und nimmt dabei eine besondere Perspektive ein: Wir betrachten den Garten nicht als romantisches Refugium, sondern als Ort, an dem immer auch unsere Zukunft verhandelt wird. Der Garten war schon immer ein Experimentierfeld und eine Metapher für gesellschaftliche Zustände. Nicht nur die persönlichen Vorlieben des Gärtners spiegeln sich im Garten, sondern immer auch unsere Gesellschaft. Bevorzugen wir kurzen oder langen Rasen? Ist der Garten streng rechtwinklig angelegt oder verschlungen und komplex? Ja, selbst die Werkzeuge und Möbel im Garten, all das sagt etwas darüber aus, wie wir die Natur sehen und wie wir unser eigenes Verhältnis zu ihr definieren. All das soll die Ausstellung vermitteln, und wir tun dies mit einem Blick auf zahlreiche Beispiele von Gärten bekannter Künstlerinnen, Designer oder Landschaftsgestalterinnen, die z. B. mit Filmen, Zeichnungen oder Modellen vorgestellt werden. Wir zeigen aber auch eine Vielzahl an Gartengeräten oder -möbeln und verfolgen deren Designgeschichte. Und dann gibt es ganze Kunstwerke, die sich mit dem Thema Garten befassen, etwas ein riesiger Teppich der Künstlerin Alexandra Kehayoglou, der ein ganz bestimmtes Stück Natur auf der Insel Milos abbildet und den die Ausstellungsgäste benutzen können.

Wieso befasst ein Designmuseum sich mit der Zukunft des Gartens?
Design ist heute längst nicht mehr nur die Gestaltung schöner Produkte. Auch unsere Umwelt ist designt, es gibt heute kaum noch einen Fleck auf der Erde, der nicht vom Menschen gestaltet wurde. Das lässt sich anhand des Gartens wunderbar verdeutlichen. Im Garten gestalten wir Natur und drücken uns gleichzeitig aus. Der Garten hat eine Funktion, z. B. Erholung oder Ernährung, und seine Form folgt oft dieser Funktion – das ist Design. Und zugleich ist es ein Beispiel für Design, das uns alle betrifft und heute von enormer Bedeutung ist. Wir alle wissen, dass wir nur noch wenig Zeit haben, einen anderen Umgang mit unserem Planeten und unserer Natur zu finden. Der Garten ist eine Metapher dafür, ihm geben wir die Fürsorge und Pflege, die wir dem gesamten Planeten geben müssten. Deshalb stellen heute auch viele Gartengestalter die These auf, dass wir heute den gesamten Planeten als Garten verstehen sollten, für den wir verantwortlich sind. Damit sind wir wieder bei biblischen Motiven, die auch ganz am Anfang der Kulturgeschichte des Gartens stehen.

Welche Ideen und Vorstellungen prägen Gärten heute? Gibt es einen Idealtyp des modernen Gartens?
In der Geschichte unterscheidet man oft die französische Gartentradition, die eher geometrisch und streng ist, und die englisch-romantische Tradition, in der die Natur wilder und ungeordneter scheint. Diese beiden Gegenpole finden sich auch in der modernen Geschichte des Gartens, also in den letzten 150 Jahren. Einerseits wurde der Garten immer stärker kontrolliert, man denke nur an den Wettbewerb um den perfekten Rasen in deutschen Vorgärten und an all die Chemikalien und Geräte, die einem den perfekt gepflegten Garten versprechen. Demgegenüber gab es aber auch immer das Gegenteil, die Sehnsucht nach der wilden Natur, der Vielfalt. Diese gewinnt auch heute wieder stark an Bedeutung. Mehr und mehr Menschen verstehen, dass es für die Natur nicht gut ist, wenn wir alle zwei Wochen den Rasen mähen, sondern dass wir einen Beitrag zur Artenvielfalt leisten, wenn wir Pflanzen auch mal wachsen und verblühen lassen. Und dann gibt es heute viele neue Tendenzen, die zeigen, wie sehr Gärten mit der gesellschaftlichen Avantgarde verbunden sind, Stichworte sind Urban Gardening, Vertical Gardening, Guerilla Gardening. Auch diese Ideen sind aber nicht neu, wie wir in der Ausstellung zeigen: Schon in den 1960er Jahren gab es beispielsweise in New York alternative Gartenbewegungen, die beispielsweise die Stadt mit sogenannten Seed Bombs – Samenbomben – begrünen wollten.

Welchen Beitrag leisten Gärten zu einer nachhaltigen Zukunft?
Einen großen Beitrag – schließlich sind Gärten die Orte, an denen wir der Natur am nächsten kommen. Über Gärten können wir Artenvielfalt fördern, indem wir auf eine möglichst große Vielfalt achten. Gärten ermöglichen uns zumindest teilweise auch eine regionale Versorgung mit Lebensmitteln, und an vielen Stellen auf der Welt sind Gärten auch ein Schutz gegen Erosion durch den Klimawandel. In der Ausstellung zeigen wir ein Beispiel dafür aus Äthiopien. Dort sind über die Jahrhunderte Gärten um altchristliche Klöster entstanden, die von den dortigen Mönchen gepflegt wurden. Heute sind es die einzigen Orte in einer ansonsten großflächig abgeholzten Landschaft, an denen noch eine intakte Vegetation existiert.

Wie gehören Garten und Kultur Ihres Erachtens zusammen?
Gärten haben in vielen Kulturen der Welt einen zentralen Stellenwert. Im Christentum kennen wir natürlich die Verbindung des Gartens zum Paradies über den Garten Eden, in der islamischen Kultur ist der Garten ebenfalls mit dem Göttlichen assoziiert. Im Mittelalter waren Gärten in Klöstern Orte der Forschung und des Rückzugs, der abgeschlossene Garten unter dem Begriff Hortus conclusus ein Symbol für den spirituellen Rückzug. In der arabischen Welt sind Häuser um einen Garten im Innenhof gebaut. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen, Gärten sind aus unserer Kultur nicht wegzudenken. Heute erleben sie eine Renaissance, da wir verstehen, wie wichtig ihre Bedeutung ist – als Symbol für die Wertschätzung von Natur und Nachhaltigkeit, aber auch ganz praktisch, ob für die Erholung oder für das Klima. All das thematisiert die Ausstellung »Garden Futures«, indem sie durch den Garten auf unsere gemeinsame Zukunft schaut.

Denn auch heute drückt sich im Garten die gemeinsame Utopie einer besseren Zukunft aus, die wir selbst gestalten können. Was für ein optimistischer Ort!

Mateo Kries ist Direktor des Vitra Design Museums

Grüner Freiraum in der Stadt

Robert Shaw im Gespräch über Urban Gardening

Die Berliner Prinzessinnengärten haben über zehn Jahre den Kreuzberger Moritzplatz grüner, sozialer, schöner gemacht. 2020 sind sie auf den ehemaligen Friedhof Neuer St. Jacobi umgezogen. Gründungsmitglied des Kollektivs, Robert Shaw, spricht mit Sandra Winzer über Herausforderungen für Urban-Gardening-Projekte und nachhaltige Perspektiven für das Gärtnern in der Großstadt.

Sandra Winzer: Herr Shaw, die Prinzessinnengärten sind eine der ältesten Urban-Gardening-Initiativen in Berlin. Was zeichnet sie aus?
Robert Shaw: Das Konzept der Prinzessinnengärten haben wir 2008 gestartet, die erste Fläche hatten wir dann 2009. Am Moritzplatz in Berlin-Kreuzberg lag eine der damals noch zahlreichen Brachflächen in Berlin. Ursprünglich sah unser Konzept das »Bildungsgärtnern« vor, also Wissensvermittlung über nachhaltige Lebensmittel in der Stadt. Flankiert durch eine Gastronomie, durch die wir uns auch heute noch finanzieren. Wir arbeiten mit hauptamtlicher Arbeit, haben mittlerweile knapp 40 Beschäftigte. Im Kern geht es aber auch vor allem um unseren Nachbarschaftsgarten, durch den wir die Themen Gemeinschaft, Lebensmittelproduktion, Saisonalität und Nachhaltigkeit aufgreifen.

Inwiefern prägen Sie nachhaltiges Verhalten durch Ihr Konzept?
Wir versuchen, eine erfahrbare und praktische Komponente zu gestalten und auch selbst Dinge auszuprobieren. Es geht um Fragen, wie »Wie kann man Lebensmittel in der Stadt anbauen?«. Im Grunde geht es um die Forderungen des Weltagrarberichts von 2019 – kleinteilig ökologisch, welche Probleme treten da auf? Was macht man mit einer riesigen Menge Fenchel, die man plötzlich zur Verfügung hat? Auch Saisonalität gilt es zu lernen. Wann sind welche Produkte reif? Was kann ich als Konsument wann im Supermarkt kaufen, um davon ausgehen zu können, dass es regional produziert ist? Es sind Erfahrungswerte, die man durch das Mitgärtnern bei uns gewinnt.

Urban Gardening findet oft an außergewöhnlichen Plätzen statt – da wird mit selbst gezimmerten Kästen oder ausrangierten Tetra-Paks gepflanzt, um die Pflanzen gegebenenfalls später wieder verschieben zu können. Muss man beim »Pflanzen in der Stadt« häufiger zu außergewöhnlichen Mitteln greifen?
Ja. In der Stadt ist Gärtnern erst einmal nicht vorgesehen. Dafür gibt es keinen festen Ort. Wir mussten zunächst Nischen finden. 2009 waren das Brachflächen, weil es zu dieser Zeit in Berlin noch einige davon gab. Mittlerweile aber wird auch hier um jeden Quadratmeter gekämpft, nicht zuletzt durch den Wohnungsmangel und -bau. Inzwischen finden Urban-Gardening-Projekte an öffentlichen Plätzen, auf Dächern oder, wie bei uns, auf alten Friedhöfen statt. Langfristig muss man Alternativen finden. Urban Gardening ist mittlerweile keine »Mode« mehr, die zwei, drei Jahre Bestand hat und dann wieder verschwindet. Es ist wertvoller und fester Bestandteil zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in der Stadt. Auch wir, als urbane Gärten, müssen uns kontinuierlich nach Flächen umgucken, bei denen wir damit rechnen können, ein paar Jahre bleiben zu dürfen. Auch wir brauchen Planungssicherheit.

Seit Start der Prinzessinnengärten standen Sie immer wieder vor der Frage, ob Sie auf dem Gelände bleiben dürfen. Wie ist die aktuelle Situation?
Begonnen haben wir am Moritzplatz 2009. Im Winter 2019/2020 sind wir auf einen alten Friedhof umgezogen. Der ist geschlossen, dort finden keine Begräbnisse mehr statt. Momentan haben wir eine Perspektive von 25 Jahren an diesem Ort. Das ist zum ersten Mal so. Am Moritzplatz hatten wir fast jährlich mit sich erneuernden Mietverträgen und Förderanträgen zu kämpfen. Durch den Umzug haben wir nun Planungssicherheit gewonnen. Das gilt für viele andere Gardening-Projekte, die ich kenne, leider nicht.

© JAMES WINES

James Wines, Aquarellmalerei des Highrise of Homes (nicht realisiertes Projekt), 1981, Sammlung Jonathan Holtzman

Inwiefern kann Urban Gardening als sozialer Begegnungsraum dienen? Welche Rolle spielt die Begegnung unterschiedlichster Herkünfte dabei?
Ich glaube, das ist sogar das Hauptthema des Gartens. Das Konzept entstand nach dem Vorbild eines kubanischen Modells urbaner Landschaft. Es wurde stark von Nachbarschaften getragen, war eine nachbarschaftliche Bewegung, die auf Nahrungsmittelmangel auf Kuba reagiert hat. Menschen kamen zusammen, die eigentlich keine Fähigkeit im Anbau von Gemüse und anderen Nahrungsmitteln hatten. Durch gemeinsames Agieren und den Zusammenschluss von Wissen haben sie sich diese Fähigkeiten angeeignet. Der Unterschied zwischen Kuba und Deutschland ist aber, dass dort aufgrund der Kultur ein Zusammenwirken der Menschen in nachbarschaftlichen Verbünden im öffentlichen Raum ohnehin stattfindet. Menschen sitzen vor der Tür, unterhalten sich, kommen zum Essen zusammen. Das ist etwas, was bei uns in der Großstadt kaum stattfindet. Unsere Prinzessinnengärten sollen das möglich machen. Der Garten ist eine Art halb öffentlicher Raum, an dem zu den Öffnungszeiten jederzeit Menschen hinzukommen und auf ihre Art und Weise teilnehmen können. Je verschiedener die Menschen und damit auch die Sichtweisen und Ideen, desto reicher wird unser Garten.

Worin unterscheiden sich die Perspektiven und Menschen, die zu Ihnen kommen?
Es gibt unterschiedliche kulturelle Perspektiven, unterschiedliche Sozialisierungs- oder altersbedingte Perspektiven – das empfinden wir als Bereicherung. Unser System basiert darauf, alle Interessierten und Nachbarschaft so offen wie möglich zu empfangen. Wir sind nicht monetarisiert. Man muss nichts bezahlen, um mitmachen zu dürfen, es gibt keine Mitgliedschaft. Notwendig ist eigentlich nur die Bereitschaft mitzumachen. Davon profitieren wir seit 13 Jahren, das ist der Kern unseres Erfolges. Wir nehmen Menschen mit ihrem Willen, etwas zu tun, ernst und finden einen Weg, ihre Ideen umzusetzen.

Welche sind die Kanäle, über die die Menschen von Ihnen erfahren?
Wir haben eigene Medienkanäle, wie die Webseite und Social Media. Wir nehmen aber auch an Veranstaltungen teil, die Öffentlichkeit erzeugen, geben Interviews. Der Hauptkanal ist aber eigentlich die Nachbarschaft selbst. Wenn man beobachtet, wer zu uns kommt, sind das zu 90 Prozent Nachbarinnen und Nachbarn. Sie spazieren vorbei, sehen ein Schild und die Gärten und werden neugierig. Viele fragen einfach nach und bekommen Lust mitzumachen.

Das städtische Gärtnern begeistert immer mehr Menschen, auch durch Kleingartenparzellen. Haben Sie den Eindruck, das Interesse von Bürgerinnen und Bürgern an der Mitgestaltung des Lebensumfeldes in der Stadt nimmt zu?
Ja, auf verschiedenen Ebenen. Es gibt zwei Konstanten, die uns schon immer Zulauf beschert haben. Die eine ist die Auseinandersetzung mit Nahrungsmitteln. Viele haben Lust, darüber mehr zu erfahren. Auch ich bin nach wie vor Lernender, das darf man nicht unterschätzen. Ein anderer Punkt ist das Bedürfnis nach Gemeinschaft im öffentlichen Raum, nach gelebter Nachbarschaft. Gerade im westeuropäischen Raum ist dieser »Community-Aspekt« ein wenig verloren gegangen. Außerdem spüren wir, dass Krisen wie die Wirtschaftskrise oder Corona dazu führen, dass mehr Menschen zu uns kommen.

Stichwort Corona – haben Sie einen starken Unterschied in der Pandemiephase zu sonstigen Zeiten erlebt?
Auf jeden Fall. Unsere Gastronomie, die uns mitfinanziert, war geschlossen, das war finanziell schwer für uns. Andererseits hat das Gärtnern im Außenbereich bis zu 40 Personen erlaubt, hierzu gab es eine Klausel in Berlin. Wir waren damals eine der wenigen Teilhabeeinrichtungen, die noch geöffnet waren. Alles hat draußen stattgefunden, dadurch kamen wesentlich mehr Menschen als vor Pandemiezeiten.

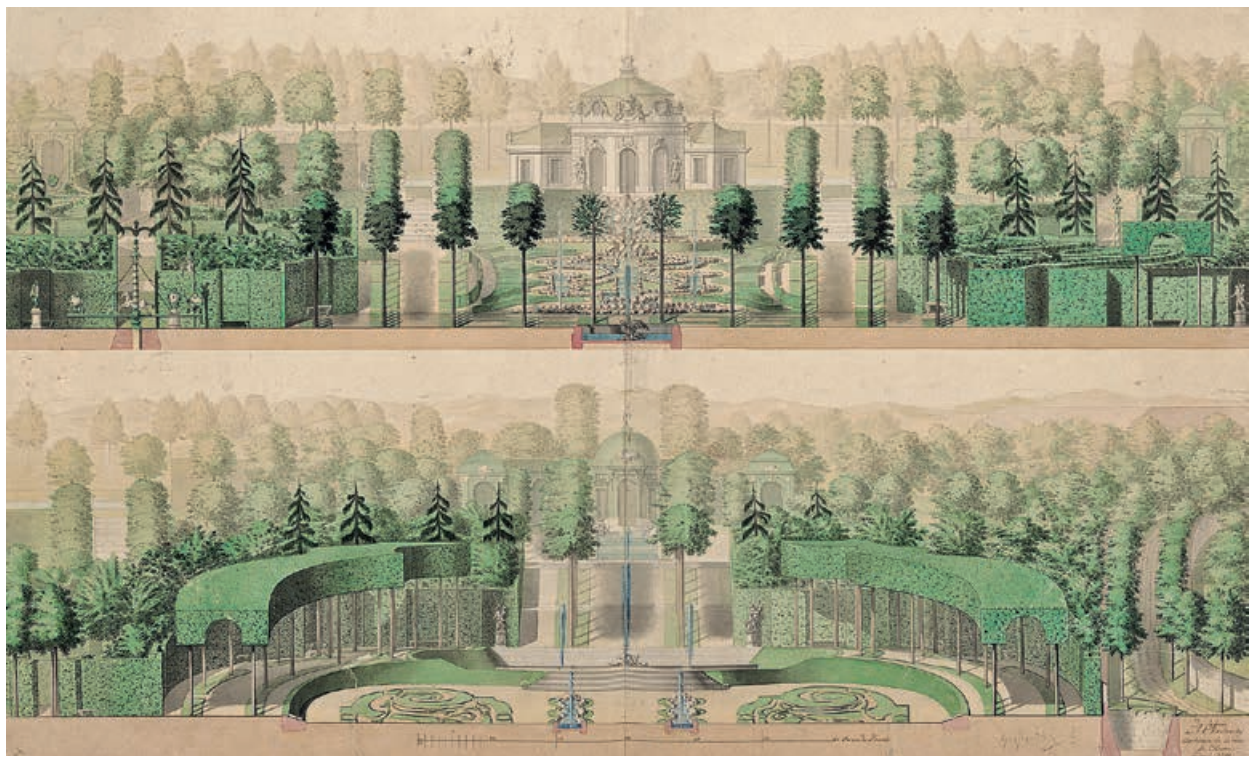
Ihr Garten ist nicht nur sozialer Begegnungsraum. Ihnen ist auch das kulturelle Veranstaltungsangebot wichtig, es geht nicht »nur« ums Gärtnern …
Ja, Kultur ist uns wichtig. In Deutschland ändert sich das Begräbnis- und Trauerverhalten zum Beispiel. Viele Friedhofsflächen werden nicht mehr benötigt. Sie können aber nicht bebaut werden und sind für Eigentümer schwierig zu nutzen. Mit unserem Projekt auf dem alten Friedhof sind wir ein Pionier, der versucht, auch Kulturveranstaltungen anzubieten. Wir versuchen, eine tolle Kultur auch auf dem Friedhof zu etablieren. Diese grüne Fläche in der Stadt kann man als Veranstaltungsort nutzen. Insbesondere während Corona war das Ganze noch mehr nachgefragt, weil alle Kulturstätten geschlossen waren. Wir haben beim Eingangsbereich ein Café und eine kleine Bühne – dort hatten wir Lesungen und andere kulturelle Veranstaltungen, fast wöchentlich. Das funktionierte bedingt, weil es einen Nachbarn gab, der sich zu Beginn jeder Veranstaltung beschwerte. Trotzdem machen wir nach wie vor drei bis fünf angekündigte Veranstaltungen im Jahr, um Beschwerden zu vermeiden.

Die Bewegung des Urban Gardening erstreckt sich über Kleingärten hinaus auf Baulücken, Hausdächer, Straßenrandstreifen usw., Flächen also, die zunächst »ungrün« erscheinen. Welche erwähnenswerten Projekte gibt es noch in Berlin?
In Berlin gibt es jede Menge tolle Projekte; Konkurrenz gibt es beim Urban Gardening eigentlich nicht. Jedes Stück Grün mehr in der Stadt ist ein Gewinn. Es gibt in Berlin viele Gemeinschaftsgärten, auch in unterschiedlichen Formen. Auf verschiedenen Webseiten sind viele von ihnen erfasst. Wir versuchen gerade im Rollbergkiez in Neukölln einen Garten großzuziehen. Dort haben wir eine Art »Hebammenfunktion«. Dafür suchen wir Menschen, die Lust haben, diesen Garten mitzugründen und zu pflegen. Es gibt auch ein interessantes Projekt in der Hasenheide: »Lucys Garten«. Ein Garten, der in einer öffentlichen Grünfläche stattfindet. Parks oder andere öffentliche Grünflächen sind aus meiner Sicht ein großes Potenzial von Gemeinschaftsgärten im öffentlichen Raum.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft des Urban Gardening?
In der letzten Legislatur gab es einen Abgeordnetenhaus-Beschluss. »Gemeinschaftsgärten in der Stadt verwurzelt« hieß der. Daraus ist ein Beauftragter der Stadt Berlin für urbane Gärten entstanden: Toni Karge. Dieser Prozess ist wertvoll, weil er den Prozess von urbanen Gärten als Kategorie in der Stadtentwicklung möglich macht. Ich hoffe, dass das weiter vorangeht. Wir hoffen, dass über diesen Ansatz eine Art Lobbyarbeit für uns möglich wird, gerade wenn es um die Sicherung von Flächen geht. Jeder Mietvertrag ist aktuell noch immer eine Individuallösung. Ich hoffe, dass der soziale Wert, der Bildungswert und der gesellschaftliche Wert von urbanen Gärten wertgeschätzt wird und sich das in offiziellen Regelungen niederschlägt.

Vielen Dank.

Robert Shaw ist Mitgründer der Prinzessinnengärten und Mitglied der Geschäftsführung. Sandra Winzer ist ARD-Journalistin beim Hessischen Rundfunk



© SLUB DRESDEN / DEUTSCHE FOTOTHEK, DEUTSCHLAND

Friedrich August Krubsacius, Entwurf für einen unbekannten Garten, 1760

Pflanzt Vielfalt!

Drei Fragen an Birgit Schattling zum Garten auf dem Balkon

Weg von Geranien hin zu Wildpflanzen auf dem Balkon – dafür macht sich Birgit Schattling als Initiatorin der Bio-Balkon-Bewegung stark. Politik & Kultur fragt nach, wie man nachhaltig auf Balkonien gärtnern kann.

Inwieweit ist der Garten auf dem Balkon ein deutsches Kulturphänomen?
In den Köpfen vieler Leute stecken alte Glaubenssätze wie »Man kann nur im Garten gärtnern« sowie »Zum Gärtnern brauche ich einen grünen Daumen«. Ich sehe, wie viele Balkons in Berlin und anderen Städten nicht bepflanzt sind. Wir verschenken damit so viel Potenzial! Blumen, Kräuter oder sogar Gemüse finden doch auf dem kleinsten Balkon ihren Platz. Meine Erfahrung als Initiatorin der Bio-Balkon-Bewegung zeigte mir, wie schwer es ist, Besitzer von Geranien-Balkons für heimische Wildpflanzen zu gewinnen. Wenige sind bereit, mehr als drei Balkonkästen mit Kräutern zu bepflanzen oder hochwachsendes Grün wie Gehölze und Rankpflanzen zu verwenden, damit ein eigenes Mikroklima auf dem Balkon entsteht. Menschen, die ihren Balkon etwas intensiver nutzen, sind in Deutschland noch selten. Menschen, die ihren Balkon dafür nutzen, mit heimischen Wildpflanzen zu gärtnern, die unseren heimischen Tieren aufgrund der Evolution am meisten nützen, sind Pioniere.

Corona brachte einen Umschwung, als die Wartelisten für Gärten länger und länger wurden. Der Balkon diente als Gartenersatz. Wer »nur« einen Balkon hat, kann auch dort viel anbauen. Der Platz ist zwar begrenzt, aber ob Kartoffeln, Spinat, Radieschen – es geht fast alles, nur kein Walnussbaum. Balkons sind prädestiniert für den Vierjahreszeitenanbau und bieten die Chance für den Rückzug in die Natur! Für viele ist inzwischen der Balkon eine kleine Flucht aus dem Alltag, das eigene Stück Garten inmitten der Stadt. Hier vergessen viele für einen Moment, dass um uns herum das urbane Leben tobt. Viele Menschen verbringen sogar ihren Sommerurlaub »auf Balkonien«.

Welche Rolle spielen Balkongärten sowohl für Flora und Fauna als auch für das Klima einer Stadt?
Jeder Blumentopf mit einheimischen Wildpflanzen ist in unseren stark versiegelten, blütenarmen Siedlungsräumen ein Gewinn für die Artenvielfalt und fürs Klima. Kein Raum ist zu klein, um Insekten und Vögeln zu helfen. Naturnah gestaltet sind Balkons und Fensterbretter wertvolle Trittsteinbiotope für Insekten, sogar für spezialisierte Wildbienen. Mit Glockenblumen z. B. fördern wir die auf deren Pollen spezialisierten Glockenblumen-Scherenbiene, mit der Aussaat oder Pflanzung von Natternkopf die Natternkopf-Scherenbiene, mit Wollziest und Echtem Herzgespann tun wir Wollbienen etwas Gutes.

Dass Balkons so viele Arten anlocken, hätte früher niemand gedacht, nicht einmal die Experten der Naturschutzorganisationen. Doch es ist noch viel mehr möglich, wenn die »Balkonier« noch gezielter und deutlicher motiviert werden, insektenfreundlich zu gärtnern. Um noch mehr Kenntnisse darüber zu erlangen, welche spezialisierten Wildbienen und anderen Insekten in welcher Stadt in welche Stockwerke hochfliegen, wurde aktuell das Citizen-Science-Projekt stadtinsekten.de aufgelegt. Es bietet eine einfache Möglichkeit, seine Beobachtungen online zu melden.

Hilfe bei der Pflanzenauswahl bietet NaturaDB, eine großartige Unterstützung, die perfekten Pflanzen für den gegebenen Standort zu finden, eine einfache Planung zu erstellen und sogar Potenziale aufzudecken, weitere Insekten und andere Tiere anzulocken. In dieser Datenbank kann man sich Pflanzen nach verschiedensten Auswahlkriterien wie Schatten, Sonne, Blühfarbe, Blühmonat, Blühdauer, Insektenfreundlichkeit, Wintergrün, Essbarkeit anzeigen lassen. NaturaDB zeigt übersichtlich, wie viele Wildbienen, Schmetterlinge sowie Schmetterlingsraupen eine bestimmte Pflanze nutzen, sodass wir uns bei unserer Pflanzenauswahl leicht vom ökologischen Wert leiten lassen, Blühpflanzen für jeden Monat von März bis Oktober finden und möglichst Wildformen nutzen können.

Gärtnern wieder mehr Menschen auf ihrem Balkon? Was gilt es beim Garten auf dem Balkon zu beachten?
Eine deutliche Coronaauswirkung war, dass das Interesse am Gärtnern, auch auf dem Balkon, spürbar zunahm. Ob bepflanzter Balkon oder Garten: In und nach der Coronazeit hat das mehr oder weniger große Stück Grün für viele Menschen eine ganz neue Bedeutung bekommen. Auch ich habe ein deutlich stärkeres Interesse am Balkonthema registriert. Die Menschen hatten mehr Zeit, später kamen finanzielle Engpässe, sie wollen sich ihr Obst, Gemüse und Kräuter selbst anbauen. Mein Online-Kongress zum biologischen Balkongärtnern hat mit 28.000 Interessierten einen neuen Rekord erreicht. In meiner Facebook-Gruppe zum Bio-Balkon-Kongress herrscht so viel Aktivität wie nie zuvor.

Pflanzt Vielfalt! Seid viel mutiger, spielerischer und experimenteller, als bisher Balkon gedacht und gehandhabt wurde. Nutzt höher wachsende Pflanzen, auch die Decken und Wände, das hat einen großen Einfluss aufs Mikroklima. Pflegt das Bodenleben in den möglichst großen Pflanzgefäßen, schafft Dauererde. Töpfe mit integriertem Wasserspeicher erleichtern das Gärtnern enorm. Schwärmt vom pflegeleichten Naturbalkon. Schließlich dürfen wir immer etwas ernten, haben einen Blick ins Grüne, sorgen für bessere Luft, fördern Insekten. Das Gefühl, ein Ökosystem geschaffen zu haben, in dem »Schädlinge« von »Nützlingen« reguliert werden, auf dem Südbalkon auch im Hochsommer ein angenehmes Mikroklima zu genießen, tut einfach gut. Lassen wir es gemeinsam brummen, summen und zwitschern! Unsere Balkons, ja jedes begrünte Fensterbrett ist ein kleines Puzzlestück zur Renaturierung unserer Städte.

Birgit Schattling initiierte die Bio-Balkon-Bewegung im Jahr 2017. Sie ist »Natur im Garten«-Balkonbotschafterin und Medienpreisträgerin 2018 der Deutschen Gartenbaugesellschaft

MEHR ZUM BIO-BALKON

Birgit Schattling ist Autorin der Bücher »Mein Biotop auf dem Balkon. Naturerlebnis und Ernteglück mitten in der Stadt« und »Mein genialer Bio-Balkon. Mit großartigen Pflanzkombis & DIY-Projekten zu mehr Artenvielfalt und leckerer Ernte«. Weiteres unter: bio-balkon.de

Kulturelles Phänomen: Schrebergärten

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

CATERINA PAETZELT

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird die Bezeichnung Schrebergarten heute als Synonym für einen Kleingarten verwendet. Das heute einheitlich wirkende Kleingartenwesen weist in seiner Entwicklungsgeschichte vielfältige Ursprungslinien auf. Bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert gab es in Großbritannien – dem Pionierland der Industrialisierung – erste Versuche, Armut durch Vergabe von Gartenland abzumildern. Gemeinden, Kirchenkreise und Wohlfahrtsorganisationen sahen darin eine Möglichkeit, die Ausgaben für die Armenfürsorge zu senken und präventive Gesundheitsförderung zu leisten. Im 19. Jahrhundert vollzog sich dann gänzlich der entscheidende Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft und die Landflucht führte zu einer immensen Abwanderung in die dadurch stark wachsenden Städte. Allerdings konnte dem raschen Anstieg der Einwohnerzahlen dort kein ausreichender Wohnraum entgegengesetzt werden. In den übervollen Quartieren traten die sozialen Probleme immer deutlicher hervor und die Zahl der Bedürftigen stieg ebenso kongruent an.

Als eine der ersten Formen von organisierten Kleingartenstrukturen auf deutschem Gebiet sind die Armengärten zu nennen. 1814 wurden erstmalig im norddeutschen Kappeln an der Schlei Gartenparzellen an bedürftige Bürger gegen eine geringe Pachtzahlung vergeben. Dort wurden überwiegend Kohl und Kartoffeln für die Eigenversorgung der Familien angebaut. Als weitere Ursprungslinien sind zu nennen: Arbeitergärten des Roten Kreuzes, die Gärten von Betrieben und Institutionen, die Gärten der Naturheilbewegung, die Berliner Laubenkolonisten und die Gärten der Schreberbewegung. Aus den Benennungen der Ursprungslinien lassen sich bereits regionale Schwerpunkte bzw. Bezüge zur Organisationsstruktur ablesen. Hervorzuheben ist hierbei die Entwicklung der Schrebergärten.

Der 1864 in Leipzig als »Eltern- und Lehrerverein« gegründete und posthum nach dem Ideengeber Daniel Moritz Schreber benannte Verein beabsichtigte anfangs die Bereitstellung und Pflege eines Areals als »Spiel- und Tummelplatz« für die Kinder der Leipziger Westvorstadt. Bereits einige Jahre später kam das gärtnerische Element hinzu. Die Jugendpflege blieb inhaltlich markant und ebenso in der Anlage dauerhaft sichtbar – der Spielplatz bildete immer das zentrale Element in der Schrebergartenanlage. Diesem Leipziger Vorbild folgend gründeten sich bis in die 1920er Jahre mehrere Hundert Schrebervereine im mitteldeutschen Raum. Unabhängig von den ursprünglichen Gründungsabsichten konkurrierten die Vereine in den prosperierenden Städten aufgrund ihrer flächenmäßigen Ausdehnung mit Grundstückseigentümern und Bauherren. Die noch unzureichende rechtliche Absicherung führte oftmals zur Kündigung der Vereinsfläche bzw. aufgrund fehlender gesetzlicher Preisregelungen zu unverhältnismäßig hohen Pachtzinsforderungen durch die Generalpächter.

Die durch den Ersten Weltkrieg angestiegene Lebensmittelknappheit verdeutlichte immer stärker die Notwendigkeit der Selbstversorgung mit Obst und Gemüse aus eigenem Anbau. Im Allgemeinen stieg die Anerkennung für das Kleingartenwesen. Als eines der ersten Reichsgesetze der Weimarer Republik wurde am 21. Juli 1919 die »Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung« beschlossen. Dieses schuf erstmals einen einheitlichen gesetzlichen Rahmen und enthielt neben Regelungen zur Pachtpreisberechnung auch verpflichtende Angaben zu Kündigungsrichtlinien.

Die den verschiedenen Gründungsideen entstammenden Vereine bildeten jeweils übergeordnete Verwaltungseinheiten, um deren Organisation nach innen zu vereinfachen und nach außen als starker Verband agieren zu können. Der daher naheliegende Zusammenschluss der einzelnen Verbände zu einem übergeordneten Dachverband erfolgte im Jahr 1921 mit der Gründung des »Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands«.

In seiner gesamten Entwicklung reagierte das Kleingartenwesen stets wie ein Indikator auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen. Einerseits war in Krisenzeiten ein sprunghafter Anstieg der Anzahl an Kleingärten zu verzeichnen. Andererseits war in wirtschaftlich stabilen Zeiten die Parzellenanzahl rückläufig. Früher, heute und in Zukunft erfüllen Kleingärten – besonders im urbanen Kontext – städtebauliche, ökologische und soziale Funktionen.

Aktuell gibt es in Deutschland über 900.000 Kleingärten in rund 14.000 Kleingartenvereinen auf einer Gesamtfläche von etwa 40.000 Hektar. Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde gärtnern ca. fünf Millionen Menschen in ihrer Freizeit im Kleingarten. Seit 1983 regelt das Bundeskleingartengesetz einheitlich die gesetzlichen Bestimmungen. Weitere Regelungen zu Heckenhöhen oder Vorgaben bei der Pflanzenauswahl sind in den jeweiligen Satzungen der Verbände und Vereine geregelt.

Zusätzlich zur chronologischen Einordnung in organisationsgeschichtliche Abschnitte bietet eine Betrachtung der gesamtgesellschaftlichen Prozesse einen detaillierteren Einblick in die Kulturgeschichte der kleinen Gärten. Die übergeordneten Verbandsstrukturen schufen und schaffen den Rahmen für ein kulturelles Phänomen. In Kleingärten begegnen sich unterschiedlichste Menschen weitestgehend unabhängig von Herkunft, Alter, Beruf und Status. Ob als Ort für Freizeit und Erholung, Ausgleich zum hektischen Stadtleben, Gegenpol zur digital geprägten Arbeitswelt oder dem Wunsch nach eigens geerntetem Obst und Gemüse sowie der Möglichkeit, seinen individuellen gärtnerischen Ambitionen und handwerklich-kreativen Neigungen Ausdruck zu verleihen. Alle Kleingärtner – früher wie heute – eint der Wunsch, sich in der Natur aufzuhalten und zu gärtnern.

Das »Gärtnern« als kleinster gemeinsamer Nenner findet sich ebenso in »allotment«, »jardin« oder »tuin« in ganz Europa. Kleingärten sind ein europäisches Kulturphänomen, welches entweder vom Nichtkleingärtner mit der Aura von etwas nicht ganz fassbar Unklarem eingeordnet wird oder durch den individuellen Bezug bereits seine wertvolle Einzigartigkeit unter Beweis stellen konnte.

Caterina Paetzelt ist Leiterin des Deutschen Kleingärtnermuseums

MEHR ZUM SCHREBERGARTEN

Das Deutsche Kleingärtnermuseum in Leipzig präsentiert weltweit einmalig in einer Dauerausstellung sowie mit drei Schaugärten inmitten der denkmalgeschützten Gartenanlage des ersten Schrebervereins die Geschichte der Kleingärten: kleingarten-museum.de

Insektensommer

Der heimische Garten als Lebensraum

LAURA BREITKREUZ

Mit der Ordnung ist es so eine Sache. Sie ist das halbe Leben, sagt man. Ist Unordnung dann die andere Hälfte? Darf ein Garten unordentlich sein? Man bedenke, er ist nicht nur grünes Wohnzimmer für uns Menschen. Er ist auch Kinderstube, Nahrungsquelle und Wohnort für Insekten. Dort kann man sie beobachten und in ihre faszinierende Welt eintauchen. In ihrer eigenen Ordnung. Denn Insekten regeln ihre Angelegenheiten weitgehend untereinander.

Also einfach mal nichts tun im Garten? Ein Buch lesen? Entweder das oder mal genauer bei den Krabblern hinschauen. Das lohnt sich, im eigenen Garten sieht man verrückteste Formen, Farben und Verhaltensweisen. Da kann kaum Langeweile aufkommen. Insekten sind wichtig für uns. Etwas zugespitzt – aber ohne Insekten kein Garten, keine Blumen, keine Früchte. Und damit auch keine Marmelade zum Frühstück. Das Brummen und Summen, das einen Garten in den sonnigen Monaten ausmacht, würde fehlen. Wer außerdem Vogelgezwitscher mag, sollte sich auch über Insekten freuen, denn diese stehen auf ihrem Speiseplan ganz oben. Umgekehrt ist der Garten ein wichtiger Lebensraum für die Sechsbeiner. In manchen Gegenden gehen geeignete Rückzugsorte mit Blühpflanzen drastisch zurück. Unter anderem damit hängt auch der Rückgang der Insektenpopulationen zusammen, Studien zufolge nahm die Biomasse in den vergangenen Jahrzehnten deutlich ab – beispielsweise um 75 Prozent innerhalb von 30 Jahren in Schutzgebieten.

Wie viele Insekten man im Garten beobachten kann, hängt – naturgemäß – von der Gestaltung ab. Englischer Rasen und Thujahecken leisten wenig für die heimische Insektenwelt. Schön fürs Auge und gut für sie sind dagegen heimische Blühpflanzen, die viel Nektar als Nahrung bieten. Und Unordnung lohnt sich. Oder geordnetes Chaos, wenn man so will: Totholzecken, Laubhaufen und offene Bodenstellen für Insekten, die dort nisten, bieten Schutz und Rückzugsmöglichkeiten. Ganz wesentlich ist der Verzicht auf Pestizide. Neben den vermeintlichen Schädlingen leiden darunter nämlich auch alle anderen Insekten. Auch der eigenen Gesundheit ist das nicht zuträglich. Man kann das auch den Insekten selbst überlassen: Sollten z. B. die nicht gern gesehenen sogenannten Schädlinge wie Blattläuse überhand nehmen, würden sie in einem naturnahen Garten von Fressfeinden wie Florfliege, Marienkäfer, Schwebfliegenlarve in Schach gehalten werden.

Auch wenn in den vergangenen Jahrzehnten viel Wissen über den Plattbauch, Grünrüssler, Ameisenlöwen oder Bienenwolf verloren gegangen ist, nimmt das Bewusstsein bei den Menschen für die Multitalente, Überkopfhänger und Überwasserläufer langsam wieder zu. Auch im eigenen Freundeskreis macht sich das bemerkbar: »Kannst du mal schauen, was das für ein Tierchen ist? Das ist uns neulich in unserem Garten begegnet«, solche oder ähnliche Fragen und unscharfe Fotos von kleinen Insekten erreichen mittlerweile häufiger mein Postfach und das ist wunderbar. Denn dass Menschen wieder genauer hinschauen und ihre Umwelt in Augenschein nehmen, ist ein gutes Zeichen und Voraussetzung dafür, wenn wir wieder mehr Artenkenntnis und den Bezug zur Natur aufbauen wollen. Dass sich der Garten wunderbar zum Beobachten eignet, zeigt sich beim NABU-Insektensommer, bei dem in ganz Deutschland Insekten beobachtet, gezählt und gemeldet werden sollen. Rund drei Viertel der Teilnehmenden haben sich in den vergangenen Jahren die Zeit genommen und im eigenen Garten geschaut, was dort krabbelt und fliegt. Und dabei auch ihr Wissen, z. B. über Insekten wie den Wollschweber oder die Blauschwarze Holzbiene, erweitert. Die Aktion ist die einzige Erhebung bundesweit. Über einen sich mehrere Jahre erstreckenden Zeitraum soll so herausgefunden werden, wie sich der Bestand entwickelt. Immerhin gibt es in Deutschland rund 34.000 Insektenarten, von denen viele eben auch im heimischen Garten leben. Damit das auch so bleibt, versucht der NABU neben dem Insektensommer auch mit Tipps und Informationen zum naturnahen Gärtnern das Interesse und den Spaß daran zu wecken und den Insekten auch auf politischer Ebene eine Stimme zu geben. Auch leidenschaftliche Gärtner wie mein Großvater ändern langsam ihre Gewohnheiten und lassen Gehölz und Schnitt für die Insekten liegen. Sogar eine Nisthilfe für Wildbienen wurde aufgehängt! Und das zahlt sich aus. Denn die Vielfalt der Insekten wird wieder größer. Um zum Anfang zurückzukommen: Ob Ordnung das halbe Leben ist, bleibt jeder und jedem selbst überlassen. Etwas Unordnung schadet jedenfalls nicht, wenn sie ihren Beitrag zur Artenvielfalt leistet.

FOTO: DONALD LOGGINS

Liz Cristy in einem Gemeinschaftsgarten, New York City, 1970er Jahre

Laura Breitkreuz ist Referentin für Biodiversität und Entomologie beim Naturschutzbund Deutschland

INSEKTEN & KULTUR

Menschliches Leben kann ohne Insekten nicht existieren. Gleichwohl verhandelt der Mensch den Einfluss von Insekten in seinen kulturellen Ausdrucksformen seit den frühesten Quellen. Der Schwerpunkt unserer Ausgabe 6/21 beleuchtet die kulturelle Welt der Insekten. Lesen Sie alle Beiträge hier: politikkultur.de/archiv/ausgaben/nr-6-21/

»Der Klimawandel zwingt zu Anpassungen«

Barbara Schneider-Kempf im Gespräch

Wie kann Gartendenkmalpflege in Schlossparks und -gärten heute gelingen? Die Vorsitzende der Freunde und Förderer der Preußischen Schlösser und Gärten in Berlin und Brandenburg, Barbara Schneider-Kempf, spricht mit Ludwig Greven über den Erhalt dieses Weltkulturerbes in Zeiten von Trockenheit und Waldsterben.

Ludwig Greven: Sie haben Architektur studiert, dann aber lange in Bibliotheken gearbeitet, die Universitätsbibliothek Potsdam aufgebaut und 18 Jahre lang die Staatsbibliothek Berlin geleitet. Wie kam es, dass Sie nun Vorsitzende der Freunde der Preußischen Schlösser und Gärten sind?
Barbara Schneider-Kempf: Dass ich gefragt wurde, lag wohl daran, dass ich durch meine Tätigkeit in der Staatsbibliothek in der Kultur enorm gut vernetzt bin. Und dass ich mich da um die Buch-Sammlungen der Preußen gekümmert habe. Das war nah dran.

Hatten Sie denn schon immer ein Faible für Schlösser und Parks?
Grundsätzlich ja. Bereits in meinem Studium habe ich mich auch mit Gartenarchitektur beschäftigt. Die großen Namen wie Peter Joseph Lenné oder Fürst Pückler, die einige der Preußischen Schlossanlagen geschaffen haben, waren mir dadurch geläufig.

Sind für Sie Gartenanlagen Kunst?
Unbedingt. Die Preußischen Schlösser und Gärten sind ein riesiges UNESCO-Weltkulturerbe, nicht nur Schloss Sanssouci.

Wie ist dieses Ensemble der Schlossparks entstanden?
Das hat sich an den jeweiligen Herrschern orientiert, die mehr oder weniger der Gartenarchitektur zugeneigt waren. Friedrich der Große hat nicht nur das Schloss Sanssouci gebaut, sondern auch für den Garten Vorgaben gemacht. Seine Nachfolger haben ihre jeweils eigenen Akzente gesetzt. Dadurch gibt es eine enge Verbindung zwischen der Hohenzollern-Dynastie und diesen Anlagen. Unsere Aufgabe als Stiftung und Freundeskreis ist, die Schlösser und die umgebenden Parks zu erhalten.

Drückt sich in den Parks auch das jeweilige Herrschaftsverständnis aus?
Es gab und gibt unterschiedliche Stile, man könnte auch sagen: Moden – vom Barockgarten bis zum Englischen Garten. Das hat jeweils die Fürsten und Könige beeinflusst.

Nach dem Sturz der Monarchie gingen die Schlösser und Parks 1927 in den Besitz der Stiftung. Ist es heute noch sinnvoll, sie als Preußisches Erbe zu bewahren?
Es geht um den historischen Rahmen. Jeder, der sich mit den Preußischen Schlössern und Parks beschäftigt, merkt sowohl die große Vielfalt wie auch die Alleinstellung dieser Anlagen. Dieses historische Band gilt es zu würdigen.

Das Preußentum ist hoch umstritten. Kulturstaatsministerin Claudia Roth und andere wollen die Stiftung Preußischer Kulturbesitz umbenennen. Ist das auch bei der Schloss- und Parkstiftung ein Thema?
Die Kunstsammlungen und die Staatsbibliothek zu Berlin haben nur noch begrenzt mit den Preußischen Anfängen zu tun. Aber die Schlösser und Parks sind zutiefst Preußen. Deshalb hat der Generaldirektor unserer Stiftung, Christoph Martin Vogtherr, sehr klar gesagt, dass es bei dem Namen bleibt.

Wie bringen Sie dieses spezielle preußische Erbe nicht nur den 1.300 Freunden und Förderern, sondern auch den Besuchern nahe?
Vor allem durch Führungen. Als Freundeskreis ist unsere Aufgabe das Einwerben von Spenden und die Vermittlung. Dazu gehören auch Vorträge und Veranstaltungen. Für einige der Anlagen gibt es auch schon Apps. Im Grunde muss die kulturelle Bildung im Kindergarten anfangen. Wir haben die Erfahrung gemacht: Wenn man Kindern die Parks und Schlösser in kindgerechter Weise nahebringt, sind sie z. B. bei Vandalismus – für uns leider ein großes Thema – sehr aufmerksam und weisen ihre Eltern darauf hin.

Schlösser kann man restaurieren und so bewahren. Aber wie macht man das bei Parks, deren Bäume und Pflanzen nur eine begrenzte Lebenszeit haben?
Auch die Gärten werden in ihrer Struktur konserviert. Die ist nicht verhandelbar. Wie die Beete und Pflanzungen angelegt wurden, so bleibt es. Das folgt aus der Idee der Garten-Denkmalpflege.

Aber ist das nicht extrem museal? Gärten sind lebendig, sie verändern sich mit den Jahreszeiten, auch die Stile der Anlagen haben sich schon bei den preußischen Erbauern gewandelt.
Ein Denkmal ist ein Denkmal, das gilt auch für Parks. Der Klimawandel zwingt allerdings zu Anpassungen. Wenn Pflanzen absterben und es keinen Sinn macht, sie durch gleiche zu ersetzen, muss man überlegen. So weit ist es noch nicht. Aber es gibt Aussagen auch unseres Generaldirektors, dass es in 50 Jahren andere Gärten sein werden.

Das Baumsterben und die große Trockenheit trifft auch Sie?
Ja, absolut. Wir haben noch keine Antworten darauf. Aber das steht im Raum. Wir wollen deshalb als Freundeskreis am Rand des Parks Sanssouci und in anderen Parks Baumschulen anlegen. Denn Erfahrungen haben gezeigt, dass Bäume, die am gleichen Standort erzogen wurden, besser gedeihen, als wenn man sie von woanders holt. Auch andere Parkanlagen experimentieren damit. Probiert wird auch eine Impfung der Bäume mit Nährstofflösungen.

Ihre Förderer haben in der Vergangenheit vor allem für Erwerbungen für die Schlösser oder Restaurierungen gespendet. Sind sie auch für solche neuartige Projekte zu gewinnen?
Nicht ganz so leicht, wie ich es mir vorgestellt habe. Es ist ein großer Schwenk von einer Spende für eine Skulptur zum Thema Nachhaltigkeit. Aber das wird klappen.

Vielen Dank.

Barbara Schneider-Kempf ist Vorsitzende des Fördervereins Freunde der Preußischen Schlösser und Gärten, der die Arbeit der gleichnamigen Stiftung unterstützt. Sie war bis 2021 Generaldirektorin der Staatsbibliothek zu Berlin, die zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz gehört. Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor

THEMA

Natürliche Verjüngung gegen den Klimawandel

Cord Panning im Gespräch

Dürre versus kulturelles Erbe: Cord Panning, Direktor des Fürst-Pückler-Parks im sächsischen Bad Muskau, spricht mit Ludwig Greven über die Einzigartigkeit dieses deutsch-polnischen Landschaftsgartens, Naturmalerei und Selbsthilfe der Bäume gegen die Folgen der Klimaerwärmung.

Ludwig Greven: Als man Ihnen mit Mitte 30 nach einer Baumschullehre und einem Landschaftsarchitekturstudium in Hannover die Leitung des Fürst-Pückler-Parks antrug, haben Sie zunächst abgelehnt. Warum?
Cord Panning: Ich komme aus Niedersachsen und mein Horizont endete an diesen Grenzen. Das Höchste waren für mich damals die Herrenhäuser Gärten, wo ich seit 1992 arbeiten durfte. Dieter Hennebo, der aus der Lausitz stammt und in Hannover Gartenkunst und Gartendenkmalpflege als Fach etabliert hat, hat mich neben anderen ermutigt, dann doch nach Muskau zu gehen.

© SAMMLUNG STÄDEL MUSEUM FRANKFURT

Oberrheinischer Meister, Das Paradiesgärtlein, ca. 1410-1420

Was ist das Besondere am Muskauer Park?
Neben der gewaltigen Größe ist das Einzigartige, dass er seit 1945 zweistaatlich ist. Die Neiße bildet nicht nur die Grenze zwischen Deutschland und Polen, sondern ist auch der Mittelpunkt des Parks. Im April 1945 gab es dort Kämpfe, durch Artilleriebeschuss wurden die Stadt und der Park schwer beschädigt, das Alte Schloss wurde zerstört, auch viele Bäume wurden in Mitleidenschaft gezogen. Es ist eine wunderbare Geschichte, dass seit 1990 die Restaurierung des Parks gemeinsam mit den polnischen Kollegen gelungen ist. Über den Verheerungen des Krieges und seine Folgen ist man durch die Gartenkunst wieder zusammengekommen. Ein gutes Beispiel, wie man das gemeinsame kulturelle Erbe erhalten und pflegen kann. Das andere, was man sonst so nicht kennt, ist, dass man in Muskau den Begriff Landschaftspark wörtlich genommen hat. Es wurde sehr sensibel und zurückhaltend in der gegebenen Natur und Landschaft eine idealisierte Naturlandschaft geformt, mit einer monumentalen, kontemplativen Weite. Ein malerischer Entwurf. Das ist nirgendwo sonst in Kontinentaleuropa so geglückt.

Mit welchem Gedanken hat Fürst Pückler ab 1815 diesen Park angelegt?
Er wollte aus seinem kleinen Herrschaftsbereich das Bestmögliche entwickeln, auch ästhetisch, und sich als Landschaftsgestalter hervortun. Orientiert hat er sich vor allem an den Parks in England, die er mehrfach studieren konnte. Dies erfolgte bei ihm aber nicht nach einer strikten »Roadmap«. Vieles entsprang flüchtigen Visionen und Launen, etliches ist schiefgegangen. Er hat das Projekt auch schon nach wenigen Jahren abgebrochen, aus Geldmangel und weil ihm Ländereien fehlten, und musste schließlich Muskau verkaufen.

Wenn es seine Frau und den professionellen Gärtner Rehder nicht gegeben hätte, wäre es nie zur Ausformung der Parklandschaft gekommen. Erst unter seinen Nachfolgern ist der Park dann im Detail vollendet worden.

Auf Ihrer Website sprechen Sie von Naturmalerei und Landschaftskomposition. Lässt sich der Park tatsächlich mit einem Gemälde vergleichen?
Der Park folgt den klassischen Mustern der Malerei, dem Goldenen Schnitt, einem Bildaufbau mit Vorder-, Mittel- und Hintergrund, dem Wechsel von Licht und Schatten, mit verschiedenen Texturen und Ähnlichem mehr. Aber anders als ein Gemälde ist er nicht statisch. Es gibt nicht den einen Betrachterstandpunkt. Das Grandiose an einem Landschaftspark ist, dass man sich mit allen Sinnen inmitten eines Gartenkunstwerks bewegt. Man kann die Wahrnehmung völlig individuell auf sich selbst ausrichten. In Muskau hat man zudem den großen Entwicklungssprung vollzogen, dass man nicht mehr auf Architektur setzt, um zwischen den verschiedenen Partien zu vermitteln. Über die raumbildende Vegetation kommt man zu einer eigenen Ausdrucksform.

Der Park ist naturnah angelegt, aber dennoch eine von Menschen geschaffene Kulturlandschaft.
Er ist, dem damaligen Zeitgeist folgend, ein ästhetisches, naturidealisierendes Kunstwerk. Letztlich sind fast alle Landschaften in Mitteleuropa gestaltet. Die reine Naturlandschaft gibt es kaum noch. Das Schöne an Muskau ist, dass Pückler und seine Nachfolger nur mit dem vorhandenen Boden, Wasser und Relief der Gegend gearbeitet haben. Die wichtigsten Akzente, die er gesetzt hat, sind nicht Obelisken oder Gebäude, sondern schlichte Steinbänke aus Granit der Lausitz.

Passt die Pflege und der Erhalt eines solchen Parks zum heutigen Gedanken des Naturschutzes?
Teilweise. Da haben sich leider zwei benachbarte Disziplinen auseinander bewegt, auch durch divergierende Gesetzgebung. Ein extremes Beispiel ist der Biber. Er richtet größtmöglichen Schaden an den Bäumen an, ist aber so stark geschützt, dass man ihn kaum wieder aus den Anlagen herausbekommt. Auf der anderen Seite bietet der Muskauer Park wie andere historische Gärten Habitate, die man sonst nirgendwo mehr findet. Wir haben jahrhundertealte Bäume, die wunderschön morbid sind. Für die Fauna, Vogelwelt und Insekten ein Paradies. Derartige Biotope findet man sonst kaum noch, weder in Deutschland noch in Polen.

Ist das ähnlich wie bei manchen Wildtieren, die nur noch im Zoo überleben?
Anders als die sind bestimmte Bäume nicht völlig verschwunden. Aber wo findet man sonst noch 800 Jahre alte Eichen? Das gilt auch für einige unserer Magerwiesen, die man besonders in der Agrarlandschaft nicht mehr vorfindet.

Kommen Besucher gezielt deswegen?
Auch. Wir bieten dazu Führungen an, mit dem BUND und Insektenkundlern. Es ist hochspannend, was sich da alles im Park tummelt. Es ist auch für mich eine besondere Erfahrung, dass man den Park ganz unterschiedlich erleben kann: als Ausflug, als romantischer Spaziergang, unter botanischem oder gartenkünstlerischem Gesichtspunkt, unter dem Aspekt der Artenvielfalt oder auf der Mikroebene der Gräser, jenseits der großen Sichtachsen. Kultur, Landschaft und auch der Tourismus gehen da eine Symbiose ein.

Der Park ist seit 1991 Gartendenkmal, seit 2004 UNESCO-Weltkulturerbe. Bedeutet das, dass Sie nichts verändern dürfen?
Das wäre eine sehr puristische Sicht. Schon unter Pückler gab es Umgestaltungen und Erweiterungen. Es hat nie einen statischen Punkt gegeben, den man einfrieren wollte oder könnte. Dazu kommen die Zerstörungen im Lauf der 200 Jahren und besonders des Zweiten Weltkriegs und nach der Teilung des Parks. Bei den dadurch entstandenen Bestandslücken und »weißen Flecken« überlegen wir jeweils, ob eine punktuelle Rekonstruktion infrage kommt. Das gelingt manchmal. Oft fehlen aber die Quellen, um das exakt wieder hinzubekommen. Da greifen wir dann zu einer modernen Interpretation, in Abstimmung mit dem Denkmalschutz. Was an historischer Substanz da ist, wird in jedem Fall erhalten.

In einem so großen Landschaftsgarten kann man nicht flächendeckend zur Spritze greifen, das ist keine Option. Es kommen mit der Klimaerwärmung auch immer neue Schädlinge dazu. Wir haben seit Kurzem den Austernseitling, den es hier vorher nie gegeben hat. Prophylaktisch helfen dagegen die natürliche Verjüngung mit resistenterem Nachwuchs und eine gesunde Mischung der Gehölze

Wie stark trifft der Klimawandel und die jahrelange Trockenheit den Park?
Das ist eine Herausforderung. Wir haben dazu ein Forschungsprojekt aufgelegt, mit der Deutschen Stiftung Umweltschutz, um deutschlandweit eine Bestandsaufnahme für staatlich verwaltete Gärten zu machen. Der Klimawandel ist ein Extremfall dessen, was in den Parks ohnehin immer notwendig ist, die Bäume und Pflanzen stetig zu erneuern und dabei die gestalterische Idee in eine neue Generation von Gehölz zu übertragen. Das ist durch die Dürrejahre enorm dynamisiert worden. Wir haben gewaltige Abgänge zu verzeichnen. Dazu kommen die Kriegseinwirkungen, die viele Gehölze vorgeschädigt haben. Viele Bäume haben nach über 200 Jahren auch ihr natürliches Lebensalter erreicht, sodass sowieso ein Umbruch ansteht. Das alles führt im Muskauer Park zu unterschiedlichen Symptomen.

Wie sehen die aus?
An der Neiße geht es, weil wir da einen relativ hohen Grundwasserspiegel haben. Im höher gelegenen Bergpark mit teils sandigem Boden kollabieren die historischen Buchen zunehmend. Die schlechte Nachricht: Diese Bäume werden wir nicht halten können und müssen sie zum Schutz der Besucher und der angrenzenden Häuser fällen. Da wird es eine Zäsur geben im Erscheinungsbild des Bergparks. Die gute Nachricht: Es klappt bei uns wunderbar mit der Naturverjüngung. Die Buchen generieren Nachwuchs an Ort und Stelle, der vitaler und resilienter ist und sich so an die verschärften klimatischen Bedingungen anpasst. Trotzdem müssen wir Vorsorge treffen und experimentieren, welche Ersatzarten in Betracht kommen könnten, biologisch, aber auch vom Phänotyp, weil wir ja das Erscheinungsbild des Parks erhalten wollen. Wir haben dafür unter anderem eine Versuchsfläche mit 8.000 Jungpflanzen angelegt. Aber das ist für mich immer nur der Plan B, auch weil wir durch andere Bäume das Ökosystem des Parks, die Biozönose im Zusammenspiel von Tieren und Pflanzen verändern. Das Ideal ist, dass sich der Park selbst über die genetische Vermehrung regeneriert. Das geht allerdings nicht bei Hybriden, wie z. B. Platanen, die steril sind. Den überwiegenden Teil unserer Bäume betrifft diese Einschränkung jedoch nicht.

Von Trockenheit betroffene Bäume sind auch anfälliger für Schädlinge. Was tun Sie dagegen?
In einem so großen Landschaftsgarten kann man nicht flächendeckend zur Spritze greifen, das ist keine Option. Es kommen mit der Klimaerwärmung auch immer neue Schädlinge dazu. Wir haben seit Kurzem den Austernseitling, den es hier vorher nie gegeben hat. Prophylaktisch helfen dagegen die natürliche Verjüngung mit resistenterem Nachwuchs und eine gesunde Mischung der Gehölze, um eine höhere ökologische Stabilität zu erreichen und Totalverlust wie bei der Fichten-Monokultur im Harz durch den Borkenkäfer zu vermeiden. Wir haben zum Glück keine Nadelgehölze. Dennoch kann man sich gegen immer neue Wellen von Schädlingen nicht völlig schützen, eine ganz praktische und leider sehr real erfahrbare Folge des Klimawandels.

Vielen Dank.

Cord Panning ist Parkdirektor und Geschäftsführer der Stiftung Fürst-Pückler-Park Bad Muskau. Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor

»Durch die Jahrhunderte wechselte die Funktion der Gärten«

Vier Fragen zu den Staatlichen Schlössern und Gärten Baden-Württemberg

Als Geschäftsführerin ist Patricia Alberth für die Schlösser, Burgen, Klöster und Gärten im Besitz des Landes Baden-Württemberg verantwortlich. Doch wie ist es aktuell um dieses Kulturerbe bestellt? Welche Herausforderungen bringt insbesondere der Klimawandel für das gartenkulturelle Erbe mit sich? Politik & Kultur fragt nach.

© ALEXANDRA KEHAYOGLOU, MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG DER NATIONAL GALLERY OF VICTORIA

Alexandra Kehayoglou, Santa Cruz River, Teppich, 2016/17

Wofür stehen die Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg?
Die Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg öffnen, vermitteln, entwickeln und bewahren 62 der landeseigenen historischen Monumente im deutschen Südwesten. 2022 besuchten rund drei Millionen Menschen diese Originalschauplätze der Geschichte mit Kulturschätzen von höchstem Rang. Damit sind wir der größte kulturtouristische Anbieter in Baden-Württemberg und ein bedeutender Arbeitgeber. Unter den Monumenten in unserer Obhut befinden sich unter anderen Schloss Heidelberg, das UNESCO-Welterbe Kloster Maulbronn sowie das Residenzschloss Ludwigsburg.

Seit 1. März sind Sie Geschäftsführerin der Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg. Was planen Sie als neue Leitung? Welche Ziele verfolgen Sie?
Wir sind in den vergangenen Jahren um einige Monumente gewachsen und haben ein heterogenes Portfolio, das mit der Heuneburg von der Frühgeschichte bis zum 20. Jahrhundert mit der Sammlung Domnick reicht. All diese unterschiedlichen Orte im Spannungsfeld zwischen konservatorischen Notwendigkeiten, touristischen Interessen und medialen Standards in die Zukunft zu führen, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Mein Ziel ist es, dass wir unsere hohen Standards beibehalten und das kulturelle Erbe einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Digitale Technologien spielen bei der Vermittlung und bei der Vermarktung eine zentrale Rolle. Darüber hinaus ist mir daran gelegen, dass wir unser Wissen aus der Geschichte zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen aufbereiten und kommunizieren. So sind Lebensmittel aus der Region mit kurzen Transportwegen kein neues Konzept. »Vom Teich auf den Teller« haben schon die Zisterzienser mit ihrer ausgeklügelten Teichwirtschaft praktiziert. Dieses Wissen ist heute noch relevant und auch für junge Menschen interessant.

Vor welchen Herausforderungen, auch bedingt durch den Klimawandel, stehen die Staatlichen Schlösser und Gärten aktuell?
Der Klimawandel betrifft uns bei den Gebäuden und in den Gärten, teilweise mit gefährlichen Folgen. Vergangenen Sommer mussten wir im Bruchsaler Schlossgarten Bereiche wegen Grünastbrüchen absperren. Wegen der hohen Temperaturen und Trockenheit haben gesunde Bäume vollbelaubte Äste abgeworfen. Nicht alle Pflanzen kommen dauerhaft mit den neuen Bedingungen zurecht. Der Pflege- und Erhaltungsaufwand steigt. Ein Schlüssel, um herauszufinden, welche Bäume mit der Klimaentwicklung zurechtkommen, ist die eigene Aufzucht. In Schwetzingen haben wir die Baumschule reaktiviert, die über Generationen zum Schlossgarten gehörte. Bei Jungbäumen, deren Entwicklung vom Sämling an in der Situation des Schwetzinger Gartens beobachtet werden konnte, können wir gut abschätzen, ob sie in das Klima passen. Auch der Wasserverbrauch in den Gärten beschäftigt uns. Der grüne Rasen ist möglicherweise kein Zukunftsmodell.

Welche kulturhistorische Bedeutung kommt insbesondere den staatlichen Gärten in Baden-Württemberg zu? Wie hat sich diese im Laufe der Zeit entwickelt?
Durch die Jahrhunderte wechselten das Ideal und die Funktion der Gärten. So entstand eine große Vielfalt an Gartenanlagen. Die Klostergärten dienten vor allem der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Heilkräutern. Die Gärten der Renaissance wie der berühmte Hortus Palatinus in Heidelberg waren große Kunstwerke – mit Labyrinthen, Grotten und gemauerten Beeten. Symmetrisch und prächtig – so präsentieren sich noch heute die barocken Schlossgärten wie in Weikersheim: mit ornamentalen Kiesfeldern, beschnittenen Bäumen, Figuren und Wasserspielen. Im Schwetzinger Schlossgarten legte der Gartenkünstler Friedrich Ludwig von Sckell Ende des 18. Jahrhunderts einen englischen Landschaftsgarten um den bestehenden Barockgarten. Natürlichkeit war die oberste Devise und ging einher mit Baumgruppen, sanften Wiesen und romantischen Ausblicken.

Während die Gärten früher der Repräsentation der Fürstenhäuser dienten, erfüllen sie heute ökologische und soziale Funktionen. Mit ihrer kulturhistorischen Bedeutung sind sie eine wichtige Bildungsquelle und gleichzeitig Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten. An mehreren Standorten bieten wir entsprechende Gartenführungen an.

Patricia Alberth ist Geschäftsführerin der Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg

Paradiesgarten?

Der Garten in der persischen Kultur

JOCHEN WIEDE

Der Garten spiegelt als Symbol eines räumlich-geografischen und zeittypischen Wertekanons die Lebenswelt seiner Menschen. Ungeachtet seiner Permanenz oder seiner formalen Mutationen ist der Garten daher immer kultureller Ausdruck einer Gesellschaft. Inwieweit der Garten als Kunstobjekt im Sinne von Gartenarchitektur zu betrachten sei, hängt von der physischen Ausgestaltung ab, die das Geschaffene mit einem dauerhaften ästhetischen Wert verbindet und gleichzeitig die Beziehung zwischen Mensch und Natur konnotiert. In diesem Sinne ist das Kulturgut Garten immer mehr als bloße Natur oder nur eine Gebäudegruppe. Es ist die formal betonte Verschmelzung von Gebautem und Gewachsenem, in dem sich erworbenes technisches Know-how mit tradierter Baukultur und der Liebe zur Natur verbinden.

Der frühe islamische Garten grenzt sich gegen die Unbill des trocknen Landes ab

Persien wird gegen Ende des 20. Jahrhunderts offiziell Iran genannt, ist jedoch hinsichtlich der ehemaligen Ausdehnung des Reichs nicht mit diesem identisch. Etwa 1.000 Jahre vor dem Einfall der Araber, also in vorislamischer Zeit bis zum Ende des 7. Jahrhunderts, beherrschten persische Dynastien wie die Achämeniden Teile von Hochkulturen wie Griechenland, Mesopotamien und Ägypten. Mithilfe der Baumeister und Künstler entfaltete sich eine eigene persische Baukultur am Hof der Herrscher. Zu nennen sind hier vor allem Dareios I. und Kyros II., der Große, mit ihren wichtigen Residenzstädten Susa, Pasargadae und Persepolis. Die Beherrschung der Bewässerungstechnik, Palastbauten und Baumpflanzungen sind bereits im Reich der Assyrer im Zweistromland in ihrer Metropole Ninive bezeugt. Die legendären hängenden, terrassierten Gärten der Semiramis werden damit oft in Verbindung gesetzt. Die dortige rektilineare Verflechtung von Palastbauten mit Freiflächen, wie dies Kyros II. in Pasargadae erstmals ausführen ließ, wird als Ausgangspunkt einer Entwicklung gesehen, die in der islamischen Gartenkultur ihre besondere Ausprägung findet und mit dem Begriff »Paradiesgarten« verbunden wird. In seiner Grundstruktur (Tschahār Bāgh) ist er mit zwei Achsen viergeteilt, sodass vier Achsenabschnitte als die vier legendären Ströme im Koran verstanden werden können. Diese Vierteilung ist auch ein Merkmal der persischen Palast- und Sakralarchitektur als religiöses Verständnis der Welt und – wie auch in den Gärten erkennbar – dient ihre Ausschmückung von Innen- und Außenwänden mit bunter Keramikornamentik der Ehre Gottes.

Der frühe islamische Garten ist nie nach außen orientiert und grenzt sich gegen die Unbill des wasserlosen, trocknen und staubigen Landes ab. Baumpflanzungen, später auch Rosenpflanzungen, Wasserspiele, Wasserrinnen und Wasserfälle scheinen dem Besucher ein paradiesisches Wohlbefinden zu entlocken. Derartige leicht hängende Gartenanlagen sind in ihrer architektonischen und treppenreichen Ausformung eher ein Machtstatement des Herrschers, der am obersten Punkt in seinem Palast die Bitten seiner Schutzbefohlenen entgegennimmt. Erkennbar ist dies etwa in den Mogul-Gärten Indiens, die in einer frühen Phase als Mausoleen gestaltet wurden. Das bekannteste Beispiel ist das Taj Mahal. Immer ist die Wasserachse ein prägendes Element. Dieser Archetyp eines islamischen Gartens hat sich während der 350-jährigen Herrschaft der Timuriden und der Safawiden in Zentralasien ab dem Ende des 14. Jahrhunderts und während der über 350-jährigen Mogul-Herrschaft in Indien und im heutigen Pakistan ab dem 16. Jahrhundert entwickeln können. Wasser ist ein essenzielles Element der persischen Kultur.

Wasser ist ein essenzielles Element der persischen Kultur

Seine Verfügbarkeit geht auf ein jahrtausendealtes unterirdisches Kanalsystem (Qanat) zurück und trug wesentlich für die Entstehung einer persischen Gartenkultur bei. Das grundwasserführende System soll ursprünglich über 300.000 Kilometer Länge betragen haben. Mit der Ausbreitung des Islams über das römische Byzanz, Ägypten, Nordafrika bis nach Spanien im 8. Jahrhundert verlor das Qanat in diesen Ländern seine Bedeutung, ohne dass der Archetyp der Gartenwasserachse in den neu eroberten Ländern wie Spanien vergessen wurde, wie man noch heute in Granada erkennen kann.

Das Kunsthandwerk, in besonderem Maße die Fliesen- und Keramiktechnik, die in ihren Anfängen auf die persischen Dynastien der Achämeniden und Sasaniden zurückgeht, ist in seinen floralen Mustern eng mit Gartenkultur verbunden. Man denke an die berühmte Blumen-Keramik von Izmir oder an die spanisch-portugiesischen Azulejos, die auf islamische Bauten in Spanien des 11. bis 14. Jahrhunderts zurückgehen. Natur- und Gartenornamentik ist ein wichtiger Teil persischer Gartenkultur, wie an berühmten Gartenteppichen im Stil des Tschahār Bāghoder am Beispiel bunter Buchminiaturen mit Gartenmotiven ab dem 13. Jahrhundert zu sehen ist. Dazu gehört die epische Dichtung von Firdausi, die im 10./11. Jahrhundert »Das Buch der Könige« (Schāhnāme) geschrieben hatte und damals bereits Einblicke in die persische Gartenkultur erlaubte. Dichter wie Hāfez benutzten Pflanzen als Symbolträger in ihren Gedichten. Goethe, der selbst nie in Persien war, hat sich intensiv mit dem Werk von Hāfez auseinandergesetzt und daran angelehnt seine Lyriksammlung »West-östlicher Divan« entwickelt.

Diese kurze Übersicht zur persischen Gartenkultur zeigt ihre Bandbreite auf, die bis heute auch unsere Gartenkultur mit dem Symbol des Paradiesgartens befruchtet, obwohl sich die Gartenkunst den Herausforderungen des Klimawandels und den Fragen der Nachhaltigkeit nicht verschließen kann.

Jochen Wiede ist Landschaftsarchitekt und Autor diverser Sach- und Fachbücher, unter anderem »Abendländische Gartenkultur«, »Fernöstliche Gartenkultur« und »Orientalisch-Persische Gartenkultur«, erschienen im Marix Verlag

Architekturlabore der Zukunft

Das Bauen von morgen in Afrika

PHILIPP MEUSER

Bauen mit Altplastik, Bauen im Klimawandel oder Bauen als soziale Aufgabe – die Themen der diesjährigen Architekturbiennale in Venedig bilden den gegenwärtigen Diskurs in westlichen Gesellschaften treffend ab. Dass die Besucher der Lagunenstadt seit der offiziellen Eröffnung am 20. Mai in den über 60 Länderpavillons immer wieder mit Afrika konfrontiert werden, hängt vor allem mit der Generalkommissarin Lesley Lokko zusammen. Die in Schottland geborene Architektin und Romanschriftstellerin mit ghanaischen Wurzeln hat es möglich gemacht, dass erstmals die Hälfte der Teilnehmer aus Afrika oder der afrikanischen Diaspora stammen. Darüber hinaus ist Demas Nwoko, adeliges Familienmitglied des Oba von Benin, mit dem Goldenen Löwen für sein Lebenswerk ausgezeichnet worden. Der 88-jährige Nigerianer Nwoko und Onkel von König Ewuare II., dem neuen Eigentümer der restituierten Benin-Bronzen, war bislang in Europa nur einem kleinen Zirkel von Afrika-Experten bekannt. Mit der Ehrung nimmt sein Werk an der Schnittstelle zwischen Architektur und Kunst nun auch Einzug in die Baugeschichtsschreibung, deren Deutungshoheit bis heute in der Hand von westlichen Eliten liegt.

FOTO: ANDREW MOORE

In Ibadan errichtete Demas Nwoko die Kapelle des Dominican Institute. Die Architekturbiennale in Venedig zeichnete den 88-Jährigen nun für sein Lebenswerk aus

Theorie der afrikanischen Architektur

Dabei zeigt die Architekturbiennale fast nebenbei, dass Architekturtheorie tief in der Baukultur Afrikas verwurzelt ist. Der südafrikanische Pavillon etwa thematisiert das Erbe des nicht mehr existenten Nomadenvolks der Bokoni. Verstreut über 10.000 Quadratkilometer Grasland in Mpumalanga, 200 Kilometer östlich von Johannesburg, liegen die Ruinen dieser vorkolonialen Zivilisation, die bis ins frühe 19. Jahrhundert nachweisbar ist. Von besonderem architektonischem Interesse an dieser Stätte sind Felsritzungen, die Baupläne darstellen. Archäologen sind sich weitgehend einig, dass die Pläne nicht für den Bau bestimmt waren. Die Hirten fertigten diese Zeichnungen als Ausdruck ihrer Kultur und ihres Wissens. Nicht Schriftstücke, sondern Grundrisse geben Aufschluss über die soziale Ordnung.

Das Sprechen über Architektur – wesentlicher Bestandteil einer theoretischen Debatte – ist in Afrika Teil des kulturellen Gedächtnisses. Das Bauen der eigenen Behausung ist nicht nur für das Überleben notwendig, es spiegelt auch soziale Hierarchien und mannigfaltige Formen des Kunstwollens als selbstverständlichen und oft unbewussten Bestandteil des Lebens wider. So ist es auch zu verstehen, dass die informellen Siedlungen der rasant wachsenden Städte in Afrika die Architekturlabore der Zukunft sind. Begriffe wie Baustoffrecycling oder zirkuläres Bauen sind dort eine Voraussetzung, um mit knappem Budget überhaupt etwas bauen zu können. Das Bauen in urbanen Agglomerationen wird darüber entscheiden, ob die prognostizierten 400 Millionen zusätzlichen Stadtbewohner in Afrika bis 2050 einen Beitrag zu einer klimafreundlichen Entwicklung leisten werden. Akosua Obeng Mensah, eine in Accra tätige Architektin und Kollegin von Lesly Lokko am African Futures Institute (AFI), beziffert das zukünftige Bauen im subsaharischen Afrika mit drastischen Prognosen: »Etwa 80 Prozent der Bauten müssen erst noch errichtet werden.« Die vor zwei Jahren von Lokko gegründete Architekturschule in der ghanaischen Hauptstadt hat ihren Lehrbetrieb nach britischem Curriculum bereits aufgenommen. Der besondere Fokus der Architekturbiennale auf Afrika sichert nun auch dem AFI eine höhere Bekanntheit.

Über das Bauen sprechen, nicht schreiben

Architektur wird im subsaharischen Afrika an etwa 100 Schulen unterrichtet, gemessen an einer Bevölkerung von über 900 Millionen Menschen eine geringe Zahl. Aber die Verantwortung von qualifizierten Architekten am Planen und Bauen liegt im einstelligen Prozentbereich. Das Gros der Gebäude entsteht durch Bauleute, die ohne Plan und nur mit dem verfügbaren Material arbeiten. Auch sie sprechen über Konstruktion und Raum, ohne je eine akademische Ausbildung genossen zu haben. Wenn es also eine afrikanische Theorie der subsaharischen Architektur gibt, dann können ihre Wurzeln nur in mündlichen Überlieferungen liegen. Zwar bilden außerafrikanische Beschreibungen des Bauens in Afrika ein Grundgerüst. Doch um eine breite Akzeptanz zu erreichen, muss eine solche Architekturtheorie von afrikanischen Autoren aufgestellt werden. 1997 vermochte der heute in Südafrika lehrende Architekturprofessor Nnamdi Elleh mit seiner Monografie »African Architecture. Evolution and Transformation« so etwas wie den Beginn einer innerafrikanischen Debatte auszulösen. Elleh strukturierte das Erbe der afrikanischen Architektur in drei Bereiche: das indigene Erbe, das aus der Menschheitsgeschichte und dem Klimawandel hervorgegangen ist; das Erbe des eurozentrischen Kapitalismus, der den Afrikanern durch den europäischen Kolonialismus aufgezwungen wurde; das religiöse Erbe durch Christianisierung und den Dschihad. Dass es bislang noch nicht gelungen ist, eine umfassende Theorie der zeitgenössischen afrikanischen Architektur zu verschriftlichen, zeigt einmal mehr, dass der kulturelle Wissenstransfer in Afrika anderen Regeln als denen der westlichen Welt folgt.

Was für die Architektur gilt, das gilt ebenso für die Debatte über die Stadt. Die angolanische Architektin Ângela Mingas befasst sich in ihren Arbeiten mit dem Begriff der Urban Semiotics, einer Lesart von Stadt durch Zeichen, Symbole und deren soziale Wirkung. Die Hochschullehrerin kritisiert besonders den urbanen Diskurs über informelle Siedlungen der rasant wachsenden Städte Afrikas: »Wir haben nicht einmal eine Terminologie, um über diese Art von Städten zu sprechen. Wir müssen die Kultur und unsere Sprache neu bewerten, um Worte zu finden, die beschreiben, was vor uns liegt.« In ihren Seminaren in Luanda versucht Mingas gemeinsam mit den Studierenden die urbanen Phänomene zu beschreiben, denen Politiker und Planer ohnmächtig gegenüberstehen. Zugleich ist ihre Arbeit ein wertvoller Beitrag, das Sprechen und Schreiben über die gestaltete Umwelt weiterzuentwickeln und der jungen Generation ein Vokabular für das spätere Berufsleben mitzugeben. »Wir versuchen, eine Form der Urbanität zu erfinden, die auf der Bantu-Philosophie basiert.«

Einen anderen Ansatz für die Formulierung einer Theorie der afrikanischen Architektur liefert der US-amerikanische Ethnomathematiker Ron Eglash, der in den Mustern und Ornamenten afrikanischer Kulturen Algorithmen erkennt, die auf der Wiederholung von Fraktalen basieren. Die geografischen Muster zeichnen sich durch ihre immer kleiner werdenden Maßstäbe aus, wie es Eglash etwa in einer Siedlung in Sambia nachgewiesen hat und als typisch für das subsaharische Afrika definiert. »In Europa und Amerika sehen wir oft Städte, die in einem Rastermuster mit geraden Straßen und rechtwinkligen Ecken angelegt sind. Im Gegensatz dazu neigen traditionelle afrikanische Siedlungen dazu, fraktale Strukturen zu verwenden: Kreise von Kreisen kreisförmiger Behausungen, rechteckige Mauern, die immer kleinere Rechtecke umschließen, und Straßen, in denen sich breite Alleen zu winzigen Fußwegen mit auffälligen geometrischen Wiederholungen verzweigen. Diese einheimischen Fraktale sind nicht auf die Architektur beschränkt. Ihre rekursiven Muster finden sich in vielen unterschiedlichen afrikanischen Designs und Wissenssystemen wieder.«

Vom Begriff zum Denksystem

Will man also eine afrikanische Architekturtheorie formulieren, sollte man zunächst fragen: Welche Begriffe verwenden die Menschen in Afrika, wenn sie über Architektur sprechen? Bei den über 2.000 in diesem Kulturraum gesprochenen Sprachen könnte dies zu einer Antwort von kaum zu erfassender Komplexität führen – und eher zu einem sprachwissenschaftlichen Kompendium als zu einer architekturtheoretischen Bestandsaufnahme. Wer die Diskussionen über afrikanische Architektur aufmerksam verfolgt, wird jedoch schnell eine Liste der immer wieder genannten Schlagwörter zusammenstellen können. Diese Begriffe sind häufig sozialen oder politischen, aber nur selten architektonischen oder stadtplanerischen Ursprungs: Partizipation, Kolonialismus, Armut. Selbst eine Bezugnahme zum Bauen macht daraus noch keine Architekturtheorie. Dennoch sind diese Begriffe sowie eine Erfüllung der ihnen innewohnenden Forderungen mit dem Planen und Bauen eng verbunden. Die Partizipation der Bevölkerung beginnt schon beim Planungsprozess von Nachbarschaften, und Projekte können durch eine frühzeitige Beteiligung der späteren Nutzer erfolgreich realisiert werden. Der Kolonialismus hat ein baukulturelles Erbe hinterlassen, das je nach Lesart als Mahnung und Erinnerung an die Unterdrückung und das Leid dienen kann, unter dem Banner des »Neuen Kolonialismus« aber auch eine Provokation widerzuspiegeln vermag, die durch Großprojekte ausländischer Investoren hervorgerufen wird. Und Armut lässt sich unter anderem durch den Bau von bezahlbarem Wohnraum bekämpfen. Charakteristisch für die Gespräche über Architektur in Afrika sind aber auch Begriffe wie Gemeinschaft und soziales Bedürfnis. Mit ihnen ist der Ort gemeint, an dem der Mensch sein soziales Wesen entwickelt: die Feuerstelle, wo er mit seinen Mitmenschen Essen zubereitet, die ihn nachts wärmt und vor Wildtieren schützt.

In der »necessitas«, zu Deutsch: Notwendigkeit, sah schon Vitruv den Ursprung des menschlichen Bauens. Seine drei Anforderungen an die Architektur »firmitas, utilitas, venustas«, zu Deutsch: Festigkeit, Nützlichkeit, Schönheit, finden sich als Parameter in weltweit jeder Baukultur wieder. Doch in der afrikanischen Diskussion um Architektur spielen diese Begriffe kaum eine Rolle – obwohl sie in der afrikanischen Baukunst viel offensichtlicher zutage treten als etwa in der westlichen Architektur. Diese Beobachtung unterstreicht die These, dass das indigene Bauen auf dem afrikanischen Kontinent so eng mit dem täglichen Leben verflochten ist, dass sich keine Sprache oder gar ein komplexes Denksystem darum gebildet hat. Dies mag mit der Schlichtheit der Bauten zusammenhängen, die zwar alle Anforderungen an die Architektur erfüllen, aber aufgrund ihrer ephemeren Bauweise einem permanenten Ausbesserungsprozess unterliegen. Fast immer dominiert die Konstruktion das äußere Erscheinungsbild. Die funktionale Anordnung der Hütten in einem Gehöft und die Räume an sich entsprechen dem Mindestbedarf an Platz. Und jeder Volksstamm beherrscht die Kunst, seine Bauten zu dekorieren.

Vielleicht wäre es dienlich, für eine Theorie der indigenen Architektur in Afrika andere Parameter zu benennen, als dies für die europäische und für die islamische Architektur möglich ist. Die Gesetzmäßigkeiten und die Harmonie von Natur und Kunst, wie sie der afrikanischen Architektur attestiert werden können, ließen sich wohl mit dem Begriff der Ästhetik beschreiben. Könnten also eine Ästhetik des Schutzes, eine Ästhetik der Kultur und eine Ästhetik des Wissens eine Grundlage bilden? Diese Sichtweise ginge von sozialen Gruppierungen aus – Familie, Gleichaltrige, Berufskollegen –, also vom Menschen, nicht von der Baukonstruktion. Es könnte ein Weg sein zu einer stärkeren Emanzipation der afrikanischen Kultur. Der von Lesley Lokko inszenierte Auftritt bei der Architekturbiennale Venedig mag ein Anfang sein, wenn er nicht nur afrikanischen Eliten vorbehalten bleibt.

Philipp Meuser ist Architekt in Berlin und baut mit seinem Büro seit vielen Jahren in Afrika

Migration der Kulturen

Gemeinsamkeiten entdecken

KLAUS-DIETER LEHMANN

Das Germanische Nationalmuseum (GNM) in Nürnberg zeigt in einer spannenden Ausstellung »Geschichten und Zukunft der Migration«. Ist das überraschend für ein Museum mit diesem sperrigen Namen? Erwartet man hier nicht eher eine Fokussierung auf das Nationale, das Deutsche? Ist das Thema Migration überhaupt ein Thema für Museen? Betrachtet man die Gründungsgeschichte des Germanischen Nationalmuseums, so erfährt man, dass das Museum eng verbunden mit der deutschen Demokratiebewegung und der Versammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848 war. Vier Jahre danach – 1852 – wurde es gegründet, unter anderem als Reaktion auf das Scheitern des demokratischen Ansatzes. Damit vermittelt dieses Museum nicht nur ästhetische Kategorien, sondern bezieht sich auf einen gesellschaftspolitischen Ansatz.

Das GNM, das sich dem deutschsprachigen Kulturkreis verpflichtet sieht, hat vom Sammlungskonzept Zeugnisse über weite geografische Räume erworben und bewahrt, es erzählt und dokumentiert die wechselseitigen Einflüsse. Die Migration von Menschen und Ideen gehört seit jeher zum menschlichen Erfahrungshorizont. Für Museen war aber Migration lange Zeit ein nachgeordnetes Thema. Museen sind jedoch transitorische Einrichtungen. Die Interpretation der Sammlungen nimmt immer wieder neue Blickwinkel auf, abhängig von den gesellschaftlichen Themen und den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Ein Museum ist nicht monokausal. Durch das jeweilige Arrangement können Blick und Gegenblick entstehen.

Mitte 2022 waren dem UN-Bericht zufolge weltweit 103 Millionen Menschen auf der Flucht. Zu der unfreiwilligen Migration kommt die Zahl der freiwilligen Wanderbewegungen. Es ist also ein großes gesellschaftliches Thema. Da unser menschliches Zusammenleben eine kulturelle Leistung ist, kann das Museum über eine faktenbasierte Auskunft hinaus mit Metaphern, Symbolen, Emotionen und poetischen Bildern Perspektiven eröffnen und Zusammenhänge herstellen, die ein überraschendes und erweitertes Verständnis ermöglichen. Ein so kontroverses und vielschichtiges Thema wie Migration gehört in ein Museum.

Die europäische Kultur beruht auf dem Austausch von Wissen, Kulturtechniken und Objekten aus den verschiedenen Kulturkreisen. Kulturen sind immer Teil auch von anderen Kulturen. Es gibt keine reinen Kulturen, aber es gibt Traditionen. Das GNM stellt sich damit in die Tradition einer europäischen Migrationskultur. Deshalb ist es nicht überraschend, dass gerade diese Ausstellung dazu beitragen will, Migration nicht nur als Krise oder Bedrohung wahrzunehmen, sondern als eine Grundbedingung für die Entwicklung und den Fortbestand des Lebens und der Menschheitsgeschichte. Migration kann zu einer wesentlichen Triebfeder von Kunst und Kultur werden.

Goethe liefert uns dazu selbst die geistigen Vorgaben, wenn er im 2. Heft seiner Zeitschrift »Über Kunst und Alterthum« schreibt: »Vielleicht überzeugt man sich bald, dass es keine patriotische Kunst und Wissenschaft gebe. Beide gehören, wie alles Gute, der ganzen Welt und können nur durch allgemeine, freie Wechselwirkung aller zugleich Lebenden, in steter Rücksicht auf das, was uns vom Vergangenen übrig und bekannt ist, gefördert werden.« Das ist eine erstaunlich moderne Einstellung. Noch im 19. Jahrhundert und weitgehend auch im 20. Jahrhundert ist die Vorstellung einer nationalen Kultur als Grundlage einer homogenen Gemeinschaft üblich. Die nationalisierte und ethnisierte Kultur wurde zum Bestandteil der Nationalstaaten. Die Wanderbewegungen durch die Industrialisierung im 19. Jahrhundert mit dem dadurch bedingten massenhaften Zuzug von Menschen aus anderen Ländern und auch die Auswanderungswellen von Europa in die USA intensivierten die Fragen der Migration. Heute hat die Globalisierung durch die Ökonomie und Modernisierung nicht zu einer einheitlichen Welt geführt, sondern im Gegenteil zu einer Re-Segmentierung, nicht zuletzt ausgelöst durch industrielle Formen der Arbeitsteilung und dem Entstehen hoch industrialisierter Zentren mit schnellem Wachstum neben unproduktiven Wüsten. Das alles hat die Migration anschwellen lassen. Es sind unterschiedliche Faktoren, warum sich Menschen auf den Weg machen: Armut, Diskriminierung, Krieg oder Naturkatastrophen, es locken gute wirtschaftliche Möglichkeiten, Sicherheit, gesellschaftliche Akzeptanz und persönliche Freiheit. Mit dem Prozess der Wanderungen und des Austausches werden auch die Kulturen mobil und Bestandteil einer neuen kulturellen Beziehung. Diese

Beziehung wird weder durch ein nationales Einheitsmodell noch durch ein Integrationsmodell beschrieben, es entsteht vielmehr eine kulturelle Vielfalt.

Deutschland ist inzwischen offiziell Einwanderungsland, nachdem schon mehr als 50 Jahre Arbeitsmigration und Aussiedlerzuwanderung ohne adäquate Regelungen stattgefunden hat. Ein öffentliches Bewusstsein darüber, wie Migration die deutsche Kulturlandschaft insgesamt verändert, fehlt indes noch immer. Deutschland ist nicht nur ein Zuwanderungsland für qualifizierte Fachkräfte. Es gibt längst Musiker, Schriftsteller, Filmemacher und Bildende Künstler, die sich ganz selbstverständlich als Teil der deutschen Kultur verstehen und zur Vielfalt beitragen. Beispielhaft sind hier die Schriftsteller zu nennen, die sich nicht mit einem Sonderstatus Migrantenliteratur zufriedengeben, sondern für die nur die literarische Qualität zählt. Ann Cotton, Saša Stanišić, Terézia Mora oder Feridun Zaimoglu sind wichtige prominente Stimmen der deutschsprachigen Literatur, die sie mit neuen Bildern, Metaphern und Themen bereichern.

Gerade die zweite Generation der Einwanderer artikuliert sich inzwischen offensiv im öffentlichen Raum und sieht die Kultur als gestaltendes Element. Musiker, Filmemacher und Literaten sind ihre Sprachrohre. Der deutsch-türkische Hip-Hop und Rap hat längst Entwicklungen genommen, die auch beim deutschen Publikum als musikalische Avantgarde gelten. Diese Jugendkultur findet ihre Entsprechung auch auf der europäischen Ebene, in Italien oder Frankreich, wo die jeweiligen Migrationsgeschichten in die Jugendkultur eingeschrieben werden. Es ist eine Entwicklung jenseits der Multikulturnostalgie, sie zeichnet sich vielmehr durch Eigenproduktionen aus. Sie drückt ein Lebensgefühl aus und verfügt deshalb über eine eigene Dynamik.

Es muss heute darum gehen, für unsere Kultur keine falsche Ausschließlichkeit zu postulieren, nicht Reservate zu schützen, sondern Entwicklungen aufzunehmen und Gemeinsamkeiten zu entdecken. Dazu gehört auch eine Kultur der Teilhabe. Migration der Kulturen wird nicht dadurch beschrieben, dass die Integration folgenlos für die Mehrheitskultur geschieht als eine Art Ghettostruktur und auch nicht dadurch, dass eine unreflektierte Aneignung erfolgt, sondern ein Referenzrahmen für eine verantwortungsbewusste Entwicklung besteht, die auf verbindlichen Werten von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit beruht. Die Deutschen haben sich immer wieder in Grundsatzdebatten über ihre eigene Kultur geübt: Kulturnation, Nationalkultur, Leitkultur, kulturelle Identität. Grundsatzdebatten helfen hier nicht. Migration der Kulturen lässt sich gesellschaftspolitisch nur dann gestalten, wenn sie nicht durch eine Position der Diskriminierung belastet und durch eine Überforderung der Lebenswirklichkeit erschwert wird. Dann kann man von Kultur der Migration sprechen.

Klaus-Dieter Lehmann ist Kulturmittler. Er war Präsident des Goethe-Instituts und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie Generaldirektor der Deutschen Bibliothek

Was wäre, wenn …?

Die Zeitenwende im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

CHRISTIAN HÖPPNER

Wenn es morgen keinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mehr gäbe, dann … die vermutete Bandbreite möglicher Antworten ist in den letzten Jahren größer geworden. Die Zahl derer, bei denen zur Beantwortung dieses Szenarios die Vorstellungskraft nicht reichen würde, vermutlich geringer geworden.

Die Schärfe gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Auftrag und dessen Umsetzung, um Reformen, um die Finanzierung bis hin zur Existenzfrage verdeutlicht in der Skalierung der öffentlichen Diskussion auf die kommenden Jahre, dass auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Zeitenwende bevorstehen könnte.

Je konkreter der Einstieg zu dem Thema, »Was wäre, wenn …?« erfolgt, desto deutlicher werden sowohl der gesellschaftliche Mehrwert als auch die Baustellen beim ÖRR.

Der Deutsche Kulturrat gehört zu den »Critical Friends« des ÖRR, die einerseits die Unverzichtbarkeit des ÖRR im dualen Rundfunksystem für unser Gemeinwesen unterstreichen und andererseits eine profiliertere Umsetzung des Verfassungsauftrages einfordern.

Die Abwärtsspirale gesellschaftlicher Akzeptanz für den ÖRR kann nur umgedreht werden, wenn sich die Menschen vor Ort angesprochen fühlen, wenn Berichterstattung aus dem unmittelbaren Lebensumfeld in Beziehung zum nationalen und internationalen Geschehen gesetzt wird, wenn

Wenn die ARD die Regionalität ihrer Programmangebote ausdünnt, rüttelt sie an ihrer Gründungsidee

Kulturberichterstattung stattfindet, die Neugierde wecken und Orientierung geben kann, wenn die Rundfunkklangkörper im konstruktiven Zusammenwirken mit den Kulturakteuren vor Ort kulturelle Vielfalt erlebbar machen, wenn sich der ÖRR auch als gesellschaftlicher Verstärker kultureller Nachhaltigkeit versteht.

Information und Kultur im ÖRR bilden das Fundament seiner Existenzberechtigung. Genau an diesen beiden Säulen seiner Existenz sägen die Intendanten mit ihren Umstrukturierungs- und Kürzungs- bzw. Schließungsplänen. Die Vorstellung, beispielsweise aus mehreren Exzellenzorchestern ein ARD-Super-Exzellenzorchester formen zu wollen, zeugt nicht nur von einer erschreckenden Lebensfremdheit, sondern einer beispiellosen Ignoranz gegenüber dem Aushängeschild kultureller Vielfalt, über die der ÖRR derzeit noch mit seinen Rundfunkklangkörpern verfügt. Die Zentralisierungsbestrebungen betreffen viele Programmbereiche, darunter auch die zwölf Hörspielredaktionen, die zu einer Zentralredaktion zusammengelegt werden sollen.

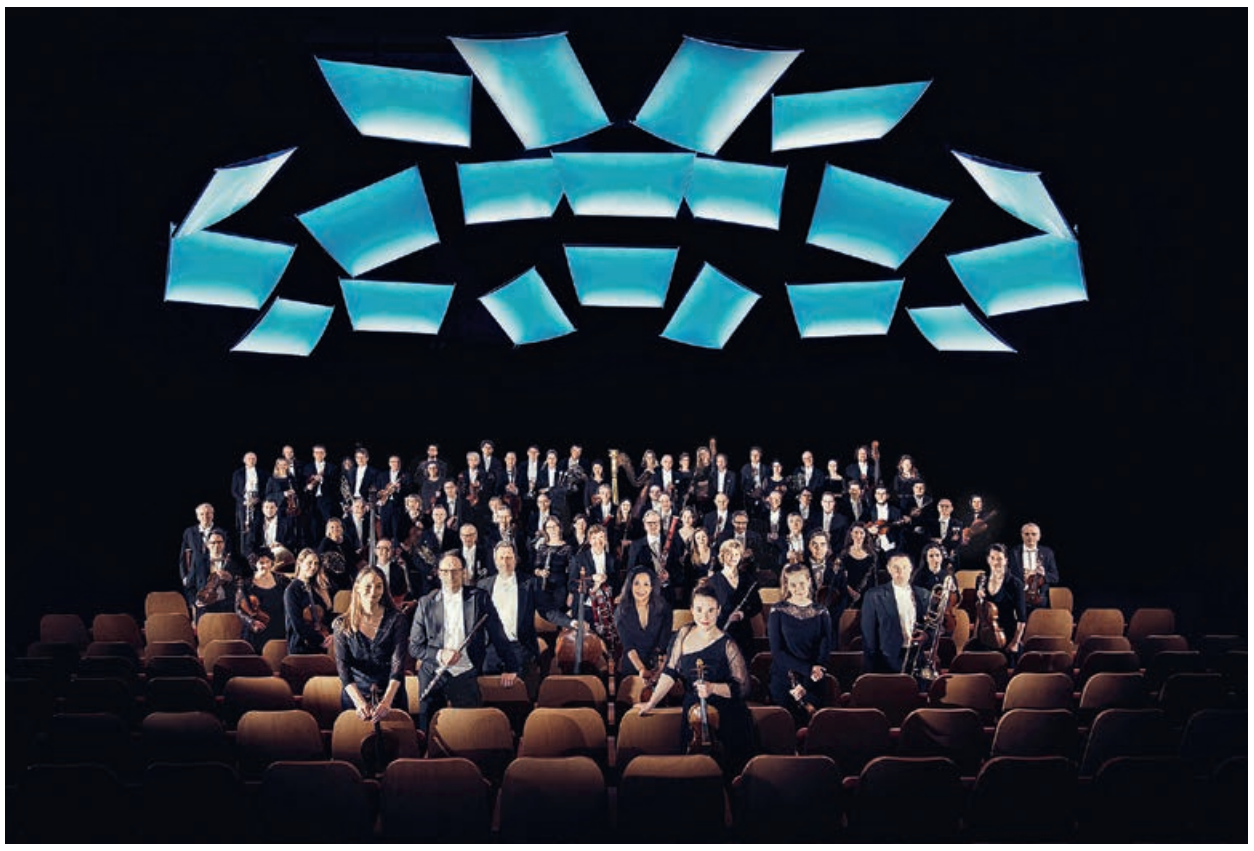


FOTO: NIKOLAJ LUND | NDR

Kulturelle Vielfalt in Gefahr: Die einzelnen Exzellenzorchester, wie unter anderem die NDR Radiophilharmonie, sollen zu einem ARD-Orchester fusionieren

Kulturelles Leben entsteht und erreicht die Menschen vor Ort. Deshalb gehört die Präsenz des ÖRR vor Ort zum Markenkern seiner Akzeptanz. Die zunehmende Quoten-Orientierung bei der Programmgestaltung in Verbindung mit dem Ausdünnen regionaler Angebote ist eine toxische Mischung auf dem Weg in die Belanglosigkeit.

Wenn die ARD die Regionalität ihrer Programmangebote ausdünnt, rüttelt sie an ihrer Gründungsidee.

Es braucht eine starke Zivilgesellschaft, die sich noch intensiver an der Zukunftsgestaltung des ÖRR beteiligt

Die Unverwechselbarkeit des öffentlich-rechtlichen Programmangebotes fußt auch auf der hohen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gerade bei den Fachredaktionen werden mit dem Argument der Crossmedialität Stellen der Fachredakteurinnen und Fachredakteure gestrichen, wie z. B. im Jazz. Authentische Programmgestaltung braucht aber die fachlich fundierte Arbeit ebenso wie eine wirkungsvolle Umsetzung bei den Ausspielwegen im digitalen Zeitalter.

Unverwechselbarkeit entsteht auch in dem Bemühen, komplexe Themen ohne die Sorge einer Rezipientenüberforderung an prominente Sendeplätze zu setzen und diese offensiv zu bewerben.

Die bisherigen Äußerungen des ARD-Vorsitzenden Kai Gniffke lassen nicht darauf schließen, dass er und seine Intendantenkolleginnen und -kollegen Geist und Wort des neuen Medienstaatsvertrags, der in Kürze in Kraft tritt, auch Taten folgen lassen wollen. Dabei haben die Länder Kultur an die erste Stelle des Programmauftrages gesetzt.

Deshalb braucht es mehr denn je eine starke Zivilgesellschaft, die sich noch intensiver an der Zukunftsgestaltung des ÖRR meinungsbildend beteiligt. Das betrifft die Mitarbeit in den Rundfunk- und Verwaltungsräten ebenso wie die Beteiligung an der medienpolitischen Diskussion in den Parlamenten und Regierungen auf allen föderalen Ebenen, die nicht durch die originäre Zuständigkeit der Länder alleinig abgedeckt ist. Der seit Langem immer wieder kritisierte Einfluss der Parteien in den Rundfunkräten offenbart eher eine Schwäche zivilgesellschaftlicher Vertretung in den Entscheidungs- und Kontrollgremien denn eine systemische Unwucht in den Gremienstrukturen selbst.

Wir sind, auch in dem Bewusstsein, die gesamte Gesellschaft und nicht nur den jeweils zu entsendenden Verband oder die Institution zu vertreten, nicht immer optimal aufgestellt, wie nicht nur die Vorfälle beim rbb gezeigt haben.

So hat beispielsweise die Rundfunkkommission der Länder in beispielloser Selbstherrlichkeit einen sogenannten »Zukunftsrat« einberufen, dessen Scheitern vorprogrammiert ist, weil die Zivilgesellschaft nicht beteiligt wurde und es die Zivilgesellschaft auch nicht geschafft hat, beteiligt zu werden.

Eine bessere Akzeptanz des ÖRR liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse, denn der ÖRR ist konstitutiver Bestandteil unserer demokratischen Verfasstheit. Dazu fünf Impulse:

1. Angesichts auseinanderdriftender Gesellschaften braucht es mehr denn je einen unabhängigen Qualitätsjournalismus und ein Kulturprogramm, das sich mit seiner programmatischen Ausrichtung an Geist und Buchstaben der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen orientiert.
2. Die gemeinwohlorientierte Verpflichtung des ÖRR braucht das (finanzielle) Engagement aller.
3. Zum konstruktiven Miteinander im dualen Rundfunksystem gehört ein vollständiges Werbeverbot im gebührenfinanzierten ÖRR. Damit ließe sich auch der Weg für eine wirksamere Präsenz des ÖRR auf den Digitalplattformen eröffnen.
4. Die überzogenen Gehälter auf den obersten Leitungsebenen des ÖRR sollten sich an vergleichbaren Bemessungsformaten, etwa der Besoldung der Bundesrichter, orientieren.
5. Die zu verstärkende Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Medienpolitik und ÖRR ist eine Chance für eine wachsende Akzeptanz des ÖRR.

Christian Höppner ist Präsident des Deutschen Kulturrates

Die KEF-Empfehlung ist für den Rundfunkbeitrag entscheidend

Bundesländer kritisieren höhere Bedarfsanmeldungen der öffentlich-rechtlichen Sender

HELMUT HARTUNG

Zu den medienpolitischen Themen, die gegenwärtig diskutiert werden, gehört die Frage, ob der Rundfunkbeitrag von 18,36 Euro monatlich steigt und wenn das der Fall sein sollte, wie stark. Regelmäßig äußern sich seit Wochen Landespolitiker dazu und viele sehen eine mögliche Erhöhung skeptisch. Doch letztendlich entscheiden die Landtage über die Beitragshöhe. Erst kürzlich sagte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, in einem Zeit-Interview, dass er eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags hinauszögern wolle. »Jeder Wunsch nach Erhöhung ist ein falsches Signal. Deshalb bin ich dafür, dass ARD und ZDF zwei Jahre lang auf Erhöhungen verzichten und diese Zeit zur Inventur nutzen«, so Haseloff. Am Landtag von Sachsen-Anhalt war 2021 eine Steigerung des Rundfunkbeitrags gescheitert, aber durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt worden. »Beim nächsten Mal wird es nicht nur im Parlament von Sachsen-Anhalt schwierig werden, davon können Sie ausgehen«, sagte der Ministerpräsident. »Schauen Sie, ich bin bloß der Bote. Ich sage: Ich sehe keine Mehrheit. Und künftig werde ich meine Unterschrift erst leisten, nachdem mein Parlament zugestimmt hat.« Neben dem CDU-Politiker haben inzwischen auch weitere sechs Regierungschefinnen oder -chefs öffentlich erklärt, dass sie eine Aufstockung des Salärs für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht mittragen könnten.

Anscheinend gehen viele Politiker, quer durch alle Parteien davon aus, dass es zu einer Anhebung kommen werde, da die Reformen in den Anstalten nicht ausreichen, dies jedoch dem Bürger nicht zu vermitteln sei. Doch bedeutet die Bedarfsanmeldung automatisch, dass die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) einem beantragten höheren Aufwand auch zustimmen wird? Wie verbindlich und verfassungsgemäß sind die heutigen politischen Absichtserklärungen, die Empfehlung der KEF abzulehnen?

KEF verlangt detaillierte Angaben von den Anstalten

Mit dem Schreiben vom 25. Oktober hatte die KEF alle öffentlich-rechtlichen Sender aufgefordert, ihr bis 28. April 2023 mitzuteilen, wie viel Geld sie in der nächsten Beitragsperiode benötigen. Dafür hat sie einen 50-seitigen Fragebogen an alle Sender verschickt. Im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag ist festgelegt, dass die Rundfunkanstalten »die für die Beitragsfestsetzung erforderlichen und zur Bewertung geeigneten, vergleichbaren Zahlenwerke und Erläuterungen über ihren mittelfristigen Finanzbedarf in der von der KEF vorgegebenen Form vorzulegen« haben. Erträge und Aufwendungen seien jeweils nach Ertrags- und Kostenarten gesondert auszuweisen. Dementsprechend forderte die KEF von den Anstalten in der detaillierten Auflistung in 15 Punkten Angaben über den Aufwand für das Programm, das Personal und für Sachleistungen. So bestand die KEF auf einer genauen Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben seit 2021 sowie der Planung für 2023 und 2024. Auch die Auswirkungen der Coronapandemie sollten berücksichtigt werden. In Punkt 6 erwartete die KEF »die Darstellung der Planungen zur weiteren Entwicklung der Telemedienangebote« und geht davon aus, dass diese Aktivitäten begrenzt werden.

Ein wichtiger Aspekt sind für die Finanzkommission die Mehrerträge zwischen 2021 und 2024. Durch die Coronapandemie hat es weniger finanzielle Ausfälle und zusätzliche Ausgaben gegeben als eingeplant und zudem ist die Zahl der Haushalte gestiegen. Dieses Geld darf von den Anstalten nicht ausgegeben werden und soll als Sonderrücklage III ab 2025 Verwendung finden. Die Sender mussten nachweisen, dass der aus dem Programm abgeleitete Finanzbedarf »unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Haushalte der öffentlichen Hand« ermittelt worden ist. Auch über sogenannte Umschichtungen möchte die KEF genau informiert werden. Einen wichtigen Platz nahmen im Anmeldungsschreiben die Strukturprojekte ein, die 2017 beschlossen und für die erhebliche Einsparungen prognostiziert worden sind. Hierzu sind von den Rundfunkanstalten »Daten zu den Einsparvolumina pro Strukturprojekt und der damit verbundene Aufwand« vorzulegen. Eine solche Auflistung der Kosten und Einnahmen erfolgt alle zwei Jahre. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat die Bedarfsanmeldung die »primäre« Rolle bei der Festsetzung des Rundfunkbeitrages. Die auf den Programmentscheidungen der Rundfunkanstalten basierenden Anmeldungen bilden die Grundlage der Bedarfsermittlung und der ihr folgenden Gebührenfestsetzung, so die Karlsruher Richter. Von den Anstalten getroffene Programmentscheidungen dürfe die Gebührenfestsetzung nicht übergehen und ihre finanziellen Konsequenzen nicht ignorieren.

Zusätzlicher Bedarf der Sender von fast 1 Milliarde Euro

ARD, ZDF und Deutschlandradio meldeten termingerecht am 28. April einen zusätzlichen Finanzbedarf für die Zeit von 2025 bis 2028 an. Die Pressemeldung enthielt keine absoluten Zahlen, sondern nur Prozentangaben. Dass diese von ARD und ZDF nahezu deckungsgleich sind, werden die Sender sicher als Zufall bezeichnen, doch sie belegen die Intransparenz des Vorganges. Zu den 40 Milliarden, die sie bisher innerhalb von vier Jahren erhalten, soll noch eine Milliarde obendrauf kommen, geht man von den Anmeldungen aus. »Die ARD erfüllt die von der KEF festgelegte Personalabbauquote und wird ihren Personalbestand weiter reduzieren. Seit 1992 haben die ARD-Landesrundfunkanstalten inzwischen über 20 Prozent bzw. über 5.000 Stellen im Personal abgebaut. Mit diesem Abbau entlang demografischer Abgänge leistet die ARD einen signifikanten Beitrag, um den ARD-Finanzbedarf zu begrenzen«, hieß es in der Pressemeldung zur Bedarfsanmeldung der ARD. Die KEF fordert von den Anstalten jährlich einen Abbau von 0,5 Prozent bis 2028. Doch aufgrund der natürlichen Fluktuation könnte die Zahl höher liegen. 23.000 feste Mitarbeiter hat gegenwärtig die ARD, 3.400 das ZDF, dazu kommen Tausende weitere freie Journalisten, Techniker, IT-Fachleute usw. Bei RTL Deutschland sind 8.000 feste Mitarbeiter beschäftigt.

Das Leistungsspektrum, dass das Bundesverfassungsgericht für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschreibt, betrifft qualitative Leistungen und keine quantitativen. Zahlreiche Doppelangebote bei ARD und ZDF können also ersatzlos gestrichen werden. Die Karlsruher Richter schreiben auch keine zwei öffentlich-rechtlichen Sendergruppen vor, die ein nahezu gleiches Angebot bereithalten. Wettbewerb nennen das die Intendanten von ARD und ZDF, Doppelversorgung viele Medienpolitiker. Geht man von den Absichtserklärungen der ARD der letzten Wochen für Reformen aus, hätte sich der Senderverbund eigentlich für eine Beitragssenkung aussprechen müssen.

Am gleichen Tag, als auch das ZDF seinen umfangreichen Brief der KEF übergab, tagte der ZDF-Verwaltungsrat. Die Ministerpräsidenten Reiner Haseloff aus Sachsen-Anhalt und Dietmar Woidke aus Brandenburg, beide gehören dem Verwaltungsrat an – CDU-Mitglied der eine, SPD-Mitglied der andere – gaben ihr Unverständnis über den zusätzlichen Finanzbedarf zu Protokoll: »Herr Dr. Reiner Haseloff und Herr Dr. Dietmar Woidke weisen darauf hin, dass das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk derzeit schwer erschüttert ist und insbesondere die Akzeptanz der Höhe des Rundfunkbeitrags stetig sinkt. Sie sind der Auffassung, dass das ZDF dies bei der Anmeldung ihres Finanzbedarfes für die Jahre 2025 bis 2028 berücksichtigen muss. Deshalb sollte das ZDF im Gesamtergebnis keinen Mehrbedarf anmelden, der zu einer Erhöhung des monatlichen Rundfunkbeitrags führen würde. Die für die Weiterentwicklung des ZDF im Sinne der verfassungsrechtlichen Entwicklungsgarantie notwendige Bedarfe sollten durch Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden. Die Empfehlungen der letzten KEF-Berichte sollten hierbei vollumfänglich berücksichtigt werden.«

Volkswirtschaftsdaten werden berücksichtigt

Die Entscheidung über eine notwendige Beitragserhöhung fällt die KEF. Deshalb muss es nicht zu einer Anhebung kommen. Und wenn die KEF diese eine Milliarde nicht für notwendig und vertretbar hält, wird sie auch keine Aufstockung des Beitrages empfehlen. Die Bewertung und Analyse der Bedarfsanmeldung erfolgt durch die 16 unabhängigen Sachverständigen, die der Kommission angehören. Jedes Land benennt ein Mitglied. Sie werden von den Regierungschefinnen und -chefs der Länder für fünf Jahre berufen und sollen über verschiedene fachliche Qualifikationen verfügen, die von Betriebs- und Volkswirtschaftslehre bis zu Medienrecht und Medienwissenschaft reicht. Auch fünf Präsidenten von Landesrechnungshöfen gehören der Beitragskommission an.

Um die Datenmenge aus dem 50-seitigen Fragebogen strukturiert auswerten zu können – ausgedruckt entspräche das einigen Tausend Seiten – ist die KEF in Arbeitsgruppen, die sich nach inhaltlichen Schwerpunkten richten, organisiert. Jedes KEF-Mitglied hat die Möglichkeit, die komplette Anmeldung zu sichten und zu interpretieren, aber die genaue Auswertung erfolgt in den fünf Arbeitsgruppen. Deren Zwischenergebnisse werden in mehreren Plenarsitzungen erläutert, damit jedes Mitglied der Kommission über den Stand der Arbeiten informiert ist. Im Herbst wird die erforderliche Datengrundlage für mögliche Veränderungen beim Beitrag vorliegen, verbunden mit ergänzenden Empfehlungen für Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in den Anstalten. Darüber wird im Plenum erneut diskutiert und ein Berichtsentwurf beschlossen. Zum Jahresende findet zum Entwurf der KEF für die Beitragsempfehlung eine Anhörung der Intendanten und der Bundesländer statt. Im Februar 2023 wird der Vorschlag veröffentlicht.

FOTO: ADOBE STOCK/MARKUS MAINKA

Wird der Rundfunkbeitrag von 18,36 Euro monatlich weiter steigen?

Die KEF stützt sich, unabhängig von den Angaben der Sender, auch auf eigene Daten, beispielsweise zur Entwicklung des Werbemarktes, der Tariflöhne oder auch der Kosten. Bei den Preissteigerungen werden jedoch nicht die Angaben des Statistischen Bundesamtes auf der Basis des sogenannten Warenkorbes eines Vierpersonenhaushaltes, das gegenwärtig von einer Inflationsrate von 7,2 Prozent ausgeht, einbezogen. Der stärkste Preistreiber sind dabei die Lebensmittel. Deshalb verwendet die KEF den BIP-Deflator, der alle im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen berücksichtigt. Diese Zahl liegt bei zwei bis vier Prozent. Zusätzlich wird noch eine rundfunkspezifische Teuerungsrate berechnet, die auch deutlich unter der Inflationsrate liegt.

»Wir analysieren nicht nur den künftigen sechsjährigen Zeitraum, sondern sehen uns auch die Entwicklung in den vergangenen Jahren an. Trotz eines Rückganges liegen die Energiekosten beispielsweise aktuell deutlich über denen von vor zwei Jahren. Zudem wissen wir, dass die Produzenten, Journalistenverbände oder Autoren selbst auf höhere Kosten verweisen und einen Ausgleich fordern. Einerseits sehen wir bei den Ausgaben einen Anstieg, aber dagegen laufen Rationalisierungseffekte, Einsparungen durch Kooperationen und Pläne zum Personalabbau. Das reduziert einen höheren, angemeldeten Bedarf. Heute eine Prognose über unsere Beitragsempfehlung abzugeben, bedeutet einer neunmonatigen Arbeit der KEF vorzugreifen. Das wäre unseriös. Wir werden ein Ergebnis vorlegen, das alle Wechselwirkungen berücksichtigt, unabhängig von politischen Wunschvorstellungen«, sagte dazu Martin Detzel, Vorsitzender der KEF in einem Interview der FAZ.

Zukunftsrat soll Empfehlungen für Reformen geben

Die Bundesländer hatten im März einen Zukunftsrat berufen, der aus acht Personen besteht, die die Medienbranche kennen oder sich beruflich mit medienspezifischen Themen befassen. Bis zum Herbst soll dieser Expertenrat auf vier Fragen der Rundfunkkommission antworten. Dazu gehören Überlegungen zum künftigen Angebot öffentlich-rechtlicher Medien in der dualen Medienordnung und die Abbildung »regionaler Vielfalt« im Rahmen einer digitalisierten Medienwelt. Auch sollen Schlussfolgerungen aus der Veränderung der Medienmärkte und der Mediennutzung gezogen und Vorschläge über grundsätzliche Mechanismen sowie Aufsichts- und Kontrollstrukturen zur Stabilisierung der Ausgabenseite unterbreitet werden. Die Reformüberlegungen der acht Räte sollen nach Möglichkeit noch in die Beitragsberechnungen für die Gebührenperiode ab 2025 einfließen. Es sei gängige Praxis, dass die KEF alle vier Jahre eine Beitragsempfehlung ausspreche, erläutert Martin Detzel gegenüber der FAZ. Das sei aber gesetzlich nicht zwingend. »Wir müssen alle zwei Jahre einen Bericht über die finanzielle Lage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorlegen und damit kann theoretisch immer auch eine Beitragsempfehlung verbunden sein, allerdings mit dem kompletten Verfahren, bis zur Zustimmung in den Parlamenten. Sollten die Länder die KEF bitten, das laufende Verfahren zu stoppen, würde der für die aktuelle Periode festgesetzte Beitrag von 18,36 Euro wohl für zwei Jahre über 2024 hinaus eingefroren«, sagt der KEF-Vorsitzende.

So oder so, der Vorschlag für den Rundfunkbeitrag kommt von der KEF und nicht aus den Staatskanzleien der Bundesländer. Sollte der politische Wunsch bestehen, davon abzuweichen und einen anderen Beitrag vorzusehen, bedarf es sehr schwerwiegender volkswirtschaftlicher Gründe, wie das Bundesverfassungsgericht mehrfach geurteilt hat. Zudem muss das Votum der Regierungschefs einmütig ausfallen. Sonst müsste erneut in Karlsruhe über die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entschieden werden. Ob die obersten Richter allerdings wieder wie 2021 pro Erhöhung entscheiden würden, ist nicht sicher. Es wäre ein Vabanquespiel sowohl für die Sender als auch die Politik.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

Kurz-Schluss

Wie ich einmal die außerordentlich wehrhafte Kraft der holden Musik kennenlernte

THEO GEIßLER

Ich weiß nicht: Bin ich als musikaffiner alter weißer Mann überempfindlich, paranoid, greisenunduldsam? Oder geht es Ihnen vielleicht gelegentlich genauso? Wenn ich in einem proppenvollen Bus, in U- oder S-Bahn umringt von zumeist jugendlichen Hightech-Musikanten jeglichen Geschlechtes aus drei Lautsprecher-Boxen und neun offenen Kopfhörern zeitlich auch noch versetzt vom BummBummBumm der Techno-Freaks gemischt mit unverständlichem Gebrabbel von Rappenden beschallt werde, ergreife ich mittlerweile die Flucht. Zumal die höflich vorgetragene Bitte, die Schall-Tsunamis etwas zu dämpfen, geschlossene Abhör-Ohrwürmer zu nutzen üblicherweise wenigstens mit der Androhung von Blutrache beantwortet wird. Nein, ich will meinen Fremdlärm-Hass gar nicht auf junge Menschen reduzieren: Den röhrenden Handy-Opa, der im Ruheabteil des ICE seine Ruhmestaten bei der Fremdenlegion en détail ins Mobi seines Enkels ausmärt. Die sirenenstimmige Mittfünfzigerin, deren Hass auf jüngere Männer, fein durchargumentiert, mobiltelefonisch ein ganzes Regio-Abteil indoktriniert. Der zwanghafte Tennisrasenfetischist mit seinem Zweitakt-Motormäher, der allabendlich beim Kreislauf in seinem Zehn-Quadratmeter-Vorgarten neben krachendem Getöffe auch noch Gestank produziert: Horror. Wehrlos ergeben möchte ich mich solchen Trommelfellfoltern auch nicht. Mangels materieller Masse und dank hinlänglicher Erfahrung mit der Gebührenordnungslotterie von Rechtsanwälten suche ich juristischen Rat und Fallbeispiele im Netz. Unter dem Stichwort »Lärmbelästigung«: Links in Hülle und Fülle. Jede Menge gesetzlicher Regelungen und Verbote lassen mich ungläubig zurück. Allein die Überwachung würde zwei- bis dreihunderttausend mit teuren Phonmetern ausgestattete Lärmchecker erfordern. Ich suche nach technischen Rettungsringen – und werde fündig: Im Angebot fürs noch unverdorbene Kinder- und Jugendohr, ein nicht ganz preisgünstiges »Vergräm-Gerät«: nervige Jugendliche einfach per Knopfdruck verjagen – ein Kasten aus Großbritannien sendet Gefiepe, das angeblich nur Jugendliche hören. Nun kommt das Gerät nach Deutschland. Die Behörden sind unsicher, ob der »Mosquito« legal ist. Der Trick: Mit dem Alter lässt das Gehör nach, sodass Menschen über 25 die hohen Töne aus dem »Mosquito« meist nicht mehr hören können. Wer sie aber hören kann, wird von dem Gezirpe gequält: ein steter, leicht pulsierender Ton im Frequenzbereich zwischen etwa 16 und 19 Kilohertz und mit einem Schalldruckpegel von bis zu 104 Dezibel komme aus dem »Mosquito«, so die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Dortmund. Aus einem Meter Entfernung zum Ohr kann dieser Druck so schmerzhaft wahrgenommen werden wie der Lärm eines Presslufthammers oder eines vollen Clubs. Das Hörfolter-Instrument erreicht laut Hersteller eine Reichweite von bis zu 20 Metern. Die »Mosquitos« hängen ohne DIN-Zertifizierung offenbar schon an zahlreichen Stellen in Deutschland (Osnabrück, Nürnberg, Oberammergau): Über 700-mal hat eine Firma aus Vechta – nach eigenen Angaben – den Pieper verkauft. Auf einem Beipackzettel ist zu lesen, das Gerät diene dazu, »Gruppen von Jugendlichen zu zerstreuen, die durch ihr unsoziales Verhalten die Öffentlichkeit (…) belästigen oder bedrängen«, sodass man seinem rechtschaffenen Tagesablauf nicht nachgehen könne … Au Backe: Als gewaltverachtender Frühboomer habe ich keinen Bock, selbst rücksichtslose Spießigkeit wie Schallterror mit offensichtlicher Technik-Spießigkeit zu begegnen. Das klingt ja nach Vorstufe von elektrischem Stuhl. Also mache ich mich auf die Suche nach den Umständen angemessener gleichgesonnener Unterstützerschaft. Auf den einschlägigen sozialen Netzwerken veröffentliche ich mein Anliegen – und erhalte eine Fülle unterschiedlichster Ratschläge. Als semikulturell konditionierter Bürger überrascht mich die Wirkung der zahlreichen musikbasierten Vertreibungsbeispiele. Eine theoretische Begründung lieferte schon vor 20 Jahren der Musikpädagoge Michael Büttner über den Versuch, Junkies mit klassischer Musik aus Bahnhöfen zu vertreiben: »Büttner: Ich habe mich noch keinem Selbstversuch unterzogen, vermute aber, dass höhere Frequenzen z. B. der Geige als brutaler physischer Schmerz erlebt werden können.« Tja, soll ich dauernd einen CD-Player mit Violinkonzerten rumschleppen? Dennoch scheint sowohl im Hamburger wie im Leipziger Hauptbahnhof der Einsatz klassischer Musik die von der DB gewünschte Wirkung gezeitigt zu haben: Das forsche Sachsen meldet: »Sie waren die ersten ›Leipziger‹, über die Reisende beim Verlassen des Hauptbahnhofs stolperten: Punks, Gammler und aggressive Bettler, die vor dem Westeingang auf dem Boden saßen, Bier tranken, an die Wände urinierten. Seit ein paar Tagen sind sie nun verschwunden. Dank Bach, denn neuerdings ist auf dem Bahnhofsvorplatz klassische Musik zu hören. Die kommt aus an der Fassade versteckten Boxen – und die vertreibt die Gammler.«

Wüste Diktion. Dann wagte – mitten im Öffentlich-Rechtlichen FDP-Lindner, zur Abwehr von Flüchtlingen erstmals den Begriff »Zaun« anzuwenden. Und zwei Tage später erreichte mich ein mit Rotwein-Fingerabdruck verifizierter Brief des FDP-Vize und stellvertretenden Bundestagspräsidenten Wolfgang Kubicki. Ein Assistent hätte ihn auf meine hochinteressant-defensive Schallmauer aufmerksam gemacht. So könne Europa seine Außengrenzen doch mit ureigenstem Kulturgut schützen. Er stelle sich Lautsprecher-Türme (»deutlich preiswerter als Panzer oder F16-Jets«) an empfindlichen Stellen vor. Je nach abzuweisender Volksseele könnten Hundert-Dezibel-Dauerschleifen von Heino (Belgien), Stockhausen (Luxemburg), Rammstein (Dänemark), Mozart (Türkei), Badenweiler Marsch (Schweiz, diese Feiglinge) oder Zehn kleine N-Wörter (Italien) grenznah Wunder wirken. Verlage und Komponisten (soweit noch lebendig und nicht ausgewandert) profitierten dank GEMA.

Sine musica nulla vita, und »Wo man singt, da lass dich …«, schoss es mir durch den Kopf, verbunden mit einer pfingstigen Erleuchtung: Künftig würde ich in den mich quälenden beschriebenen Situationen laut singen, fröhliche Lieder, notfalls verstärkt mit einer kleinen Karaoke-Anlage. Böse Menschen kennen bekanntlich keine Lieder.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: TIM OLIVER FEICKE

Diese Karikatur ist dem Cartoon-Band »#Antisemitismus für Anfänger« entnommen, eine Anthologie satirischer Texte und Cartoons, herausgegeben von Myriam Halberstam, Ariella Verlag. Im Rahmen unseres Engagements gegen Antisemitismus zeigen wir 2023 in jeder Ausgabe von Politik & Kultur eine Karikatur zu diesem Thema.

LAWROWS TRÄUME

Leipzig: Vor ihrer Flucht aus Leipzig haben Tom und Bill Kaulitz von Tokio Hotel und Heidi Klum der Leipziger Polizei einen Besuch abgestattet. Die Brüder hätten vor Kurzem in ihrem Podcast verraten, dass sie sich vorstellen könnten, Clan-Ganoven zu werden, schrieb die Polizei Sachsen auf Instagram. »Da wir diesen Beruf wegen des geringen Risikos auch empfehlen können, haben wir uns bei der Bereitschaftspolizei getroffen – Einblicke in verschiedene Arbeitsfelder der Polizei inklusive.« Dazu postete die Polizei (abgelenkt von Frau Klum) mehrere Bilder von den Kaulitz-Zwillingen beim erfolgreichen Einbruch in die Waffenkammer.

Los Angeles: Mit waghalsigen Stunts und rasanten Actionszenen stimmt Tom Cruise (90) zwei Monate vor dem Kinostart auf »Mission Impossible 17 – Dead is Dead Teil 1« ein. Der Film mit Cruise als Superagent Ethan Hunt soll vielleicht in die Kinos kommen. Cruise, der seine Stunts gewöhnlich selbst ausführt, rast mit einem Motorrad über eine steile Klippe in den Abgrund, stirbt, er »überlebt« dann als Avatar einen Messerkampf auf dem Dach eines Schnellzugs, Explosionen und eine Exkursion in den Reaktorkern des schnellen Brüters im Trump-Mausoleum.

Flensburg: Die Zahl der Führerscheinprüfungen – praktische und theoretische zusammen – ist mit rund 3,6 Millionen so hoch wie nie zuvor, aber eben auch die Zahl der nicht bestandenen Prüfungen. Fast 40 Prozent der Fahrschülerinnen und Fahrschüler fielen zuletzt im Schnitt bundesweit durch, der Wert steigt seit Anfang der Zehnerjahre. Die Gründe dafür? »Eine systematische Verkehrserziehung über die Grundschule hinaus findet an den Schulen kaum statt«, beklagt ein TÜV-Sprecher. Außerdem können die Fahrschüler zu 60 Prozent nicht lesen.

Berlin: Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender Axel Springer, hat sich anlässlich des International Paid Content Summit zu den Auswirkungen von künstlicher Intelligenz auf Journalismus und Medienmarken geäußert. »Journalismus wird durch generative künstliche Intelligenz jedenfalls besser und billiger«, sagte Döpfner auf der von Axel Springer zum zehnten Mal ausgerichteten Veranstaltung. Die entscheidende Frage, die er sich auch immer gestellt habe, sei: Warum soll jemand für Medien etwas bezahlen, anstatt sich durch Antwortmaschinen kostenlos, objektiver, genauer und besser informieren zu lassen? Döpfner sieht Verlage und Politik gefordert, sehr schnell Antworten und einen fairen Regulierungsrahmen zu finden: »Baut euch schleunigst ein paar Terabytespeicher in eure doofen Köppe und einen USB-Anschluss ins Genick. Tut nicht weh und macht überlegen. Guckt mich an.« *tg*

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10
10115 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Lisa Weber, Barbara Haack, Andreas Kolb,
Audrey Fricot (Redaktionsassistenz)

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93-35,
Fax: 0941 . 945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.